

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

## Die Taktik gelber Gewerkschaften: Spalten, unterlaufen, zerstören

Es gibt sie schon lange – die gelben Gewerkschaften. Verstärkt wahrgenommen werden sie aber erst wieder in jüngster Zeit. Das vor allem, im Zusammenhang mit der Berichterstattung über Korruptionsskandale bei Siemens oder der PIN AG. Mit gelben Gewerkschaften werden Organisationen bezeichnet, hinter denen die Unternehmer stecken. Das heißt, sie werden meist verdeckt von ihnen gegründet und auch finanziert. Der Sinn dieser Übung ist: Arbeiter und Angestellte sollen in den Kapitalisten genehmen Organisationen organisiert werden und damit von den selbständigen Gewerkschaften und deren Forderungen ferngehalten werden. Da hinter den gelben Gewerkschaften die Kapitalisten selbst stehen, sind sie von ihnen natürlich auch leicht kontrollier- und steuerbar.

Historisch ließen die Kapitalisten die Gelben in Frankreich entstehen. Im Jahr 1899 wollten sie die Streikfront der CGT bei der Rüstungsschmiede Creusot spalten und unterlaufen, indem man Streikbrecher in ihnen organisierte.

Der Name geht vermutlich darauf zurück, dass die gelben Organisationen in Paris die Fenster ihrer Büros mit gelbem Papier abdeckten, im Gegensatz zu den sozialistischen Gewerkschaften, welche rotes Papier verwendeten.

Natürlich dauerte es nicht lange, bis auch in anderen europäischen Industrieländern, sowie den USA solche Spalterorganisationen gegründet wurden. In Deutschland war das 1905 der Fall, und zwar, fast kann es nicht anders sein, „im Hause Siemens“.

Werkvereine, wurden von Siemens finanziert, waren siemensfreundlich und deutschnational und ließen sich trefflich als Rammbock gegen die freien Gewerkschaften in Stellung bringen. Bis zum heutigen Tag gibt es immer wieder von den Unternehmern initiierte Versuche gelbe Gewerkschaften zu etablieren. Die Kapitalisten und ihre politischen Hilfskräfte sind dabei durchaus erfolgreich. Im Folgenden sollen drei Kontergewerkschaften die im gewerkschaftlichen Umfeld ihr Unwesen treiben vorgestellt werden. Es handelt sich dabei um die AUB (Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger), den CGB (Christlicher Gewerkschaftsbund) und die GNBZ (Gewerkschaft Neue Brief- und Zustelldienste). Allen dreien ist gemein, dass sie unzweifelhaft



das Geschäft des Kapitals betreiben und zwar mit allen unlauteren Mitteln. Nichts ist ihnen zu hinterhältig, verlogen und infam.

### Der christliche Gewerkschaftsbund (CGB)

Der älteste dieser Vereine ist der CGB, dessen Gründung im Jahr 1899 liegt. Diese Gewerkschaft war konservativ national und katholisch und grenzte sich sowohl gegen die Sozial-

Fortsetzung auf Seite 3

### Inhalt

– Spalten, unterlaufen, zerstören! Die gelben Gewerkschaften	Seite 1
– In eigener Sache	Seite 2
– Die Transnet-Legende	Seite 7
– Gewerkschaftliche Vertrauensleute	Seite 9
– Frühjahrstagung in München	Seite 10
– Nahrungskrise	Seite 11
– Rolf Becker im Interview	Seite 16
– Versammlungsgesetz auf bayerisch	Seite 18
– Ein Wahldesaster für Labour	Seite 21
– Einige Anmerkungen zu Afghanistan	Seite 23
– Schon wieder mal besorgt... NPd in Sachsen	Seite 25
– Die Sowohl-als-auch-Partei	Seite 26
– Die Kunst der Revolution/Rezension	Seite 30
– Krieg und Gesellschaftssystem/Rezension	Seite 32
– Das letzte Gefecht/Rezension	Seite 33
– Recht für „Kriegsverräter“	Seite 34

## In eigener Sache

Die angeblich so mächtigen Führer der kapitalistischen Welt stehen nun, trotz einer Kette von Gipfelkonferenzen, dem Ausbruch schwerwiegender globaler Krisen nahezu hilflos gegenüber. Angesichts der geballten Kraft, die von der Weltfinanzkrise, der Weltenergiekrise, der ökologischen Krise und der sich zuspitzenden Weltnahrungsmittelkrise ausgeht, gehen die alten Rezepte zunehmend ins Leere. Es ist abzusehen, dass diese Krisen von langwieriger Art sind und sie sind gemäß dem Systemcharakter unabwägbar, wie selbst ihre Spezialisten zugeben müssen. Die so lange geleugneten systemeigenen Widersprüche nehmen globale Ausmaße an. Sie sind nicht mehr auf einzelne Länder oder Regionen beschränkt, auch wenn die Wucht der Betroffenheit in der Welt ungleich verteilt ist. Vielerorts ist die soziale und politische Stabilität bereits bedroht. Über der weltwirtschaftlichen Prosperität schwebt ein großes Fragezeichen. Die sozialen Spaltungen in der Welt und auch in den Industriegesellschaften schreiten weiter voran.

Auf unserem Seminar in München war die Nahrungsmittelkrise erstmals Thema. Das Referat erscheint nun als Artikel. Die Diskussion kann nur ein Anfang sein, denn beim Kampf um Lebensmittel und um Wasser sind noch ganz andere politische Dimensionen zu befürchten.

Die von den neoliberalen Eliten und medialen Propagandisten so lange hochgelobte Markt- und Profitwirtschaft beginnt sich selbst zu entlarven – sie kann die Bedürfnisse breiter Massen immer weniger befriedigen. Nach neuesten Umfragen haben in Deutschland noch 31% der Bevölkerung eine positive Meinung von der sogenannten sozialen Marktwirtschaft. 38% bewerten sie bereits negativ. Nur noch 13% sehen die Verteilung von Vermögen und Einkommen als gerecht an.

Die Ausbeuterklassen und ihre politischen Geschäftsführer bereiten sich auf eventuelle politische Eruptionen vor: Mit Repressionsmaßnahmen und „Gummigesetzen“. Beim Kampf um die Rohstoffversorgung der imperialistischen Mächte und zur Unterdrückung von Hungeraufständen in der dritten Welt werden vermehrt Gewalt und Kriege zum Mittel der Politik.

Auch in den entwickelten Ländern werden breite Massen von Inflation und Lohndrückerei heimgesucht, während die besitzenden Klassen und die Spekulanten immer reicher werden. Die Beherrschungsmittel ufern aus: Siemens, Telecom, Nestlé, Lidl usw. – immer mehr Konzerne und Firmen nehmen sich den Überwachungsstaat illegal zum Vorbild, Gesetze hin Gesetze her! Die CSU in Bayern ist gerade dabei das Versammlungsgesetz grundgesetzwidrig zu entkernen.

Der gesellschaftlichen Bedeutung nach ist man versucht die Gewerkschaften als Hauptträger des Widerstands gegen die zunehmend reaktionärere Entwicklung einzuordnen. Mit Einschüchterung und Erpressung (Arbeitslosigkeit / Verlagerung), oder auch mit materiellen Zuwendungen (Beispiel VW-Betriebsräte) versuchen die Unternehmer die Gegenkräfte schon im Ansatz niederzuhalten. Außerdem wurden Millionenbeträge zur Gründung und zum Unterhalt „gelber“ Gewerkschaften aufgewandt, wie z.B. bei Siemens. Damit befasst sich ein Artikel in diesem Heft, ein anderer mit Transnet, der auch die Verkommenheit in dieser DGB-Gewerkschaft bloßlegt. Die Entpolitisierung und Orientierungslosigkeit der Gewerkschaften allgemein betrifft nicht nur Teile der Führungsschichten, sie hat auch ein breites Fundament an der Basis.

Ausdruck der Verschlechterung der Lebenslage breiter Schichten und der „Entsozialdemokratisierung“ der SPD in den letzten

zehn Regierungsjahren war die Entstehung und der Erfolg der neuen Linkspartei. Dass es sich bei ihr um keine marxistische Partei handelt, sondern um eine Union linker Kräfte, muss man immer wieder betonen, kommt doch von daher auch ihre Zwiespältigkeit. Ekkehard Lieberam hatte sich in der Jungen Welt (16.10.07) mit dem Zustand und der Politik der Partei „Die Linke“ beschäftigt und fügte seine Gedanken zum Parteitag der PDL hinzu. Wir drucken seine Ausführungen ab und werden uns noch länger mit dem Positiven und Negativen auseinandersetzen müssen, was Politik und Programmatik dieser Partei angeht.

Nicht nur in den neuen Bundesländern, aber vor allem dort finden politisch Enttäuschung und sozialer Protest ihren Niederschlag in Wahlabstinz und Stärkung der Rechtsradikalen, deren Militanz besorgniserregend zugenommen hat. Wie der „Spiegel“ berichtete, werden jetzt 400 der Faschisten zu den „Autonomen Neonazis“ gezählt. Im „Freitag“ wird die Zahl der gewaltbereiten Rechtsradikalen auf 10.000 geschätzt. Der Verfassungsschutzbericht spricht 2007 von 17.600 Fällen rechtsmotivierter Kriminalität in der BRD, darunter auch Gewalttaten und Brandstiftungen. Der „Spiegel“ spricht von „*einer Gesellschaft in der rechtsradikale Gewalt zur Normalität geworden ist*“, in manchen Gegenden zum „*Alltagsphänomen*“. Unser Artikel zur Kommunalwahl in Sachsen beschreibt, wie weit die Verankerung der braunen Pest an der Basis schon fortgeschritten ist.

Ein Genosse aus England berichtet in diesem Heft ebenfalls wenig Erfreuliches.

**Vorankündigung: Unsere Jahreskonferenz findet diesmal am 24./25. Oktober statt.**

**Wir bedanken uns bei allen ABO-Zählern und Spendern und hoffen weiter auf die Unterstützung unserer Leserinnen und Leser!**

### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg

Druck: Eigendruck im Selbstverlag.  
Verleger, Zuschriften:

Thomas Gradl, Postfach 910307  
90261 Nürnberg

e-Mail: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)  
Internet: [www.arbeiterstimme.org](http://www.arbeiterstimme.org)

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: I ban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

demokratie als auch gegen die freien Gewerkschaften ab. Immerhin war der Verband damals nicht ein solch zahnloser Tiger, wie das sein blasser Nachfolger heute ist. Die christlichen Gewerkschaften hatten nämlich bis zu 18 Prozent der organisierten Arbeitnehmerschaft in ihren Reihen. Das gewerkschaftliche Programm basierte auf der Suche nach sozialem Ausgleich innerhalb des kapitalistischen Systems. Auf Kooperation und möglichst nicht auf Konfrontation. Da sich die gewerkschaftliche Praxis der ADGB-Gewerkschaften, trotz ihrer sozialistischen Programmatik, nicht besonders von der christlichen Gewerkschaften unterschied, ist es nicht verwunderlich, dass es am Ende der Weimarer Republik zu einer weitgehenden Annäherung des ADGB an die Christen gekommen war. Sogar ein Zusammenschluss mit dem ADGB wurde vorstellbar. Nach der Machtübergabe an die Nazis erlitten die christlichen Gewerkschaften allerdings das gleiche Schicksal wie die freien Gewerkschaften: sie wurden verboten.

Die Neugründung erfolgte erst 1955. Der DGB, indem sich auch viele Christen organisiert hatten, stand zur Adenauerregierung in Opposition in Sachen Montanmitbestimmung, Betriebsverfassungsgesetz und Aufrüstung. Der KAB (katholischer Arbeiterbund) sah darin die Chance für einen neuen Anlauf zur Gründung einer christlichen Gewerkschaft. Seine Begründung: „...die katholischen Arbeiter sind zunehmend geneigt, die sozialen Wirklichkeiten... rein gewerkschaftlich zu beurteilen (d.h. marxistisch-sozialistisch)“. Der Erfolg dieser Kopfgeburt CGB blieb allerdings aus. Der Massenübertritt katholischer Arbeiter erfolgte nicht. Der CGB ist daher bis zum heutigen Tag eine Sekte. Er gibt seine Mitgliederzahl heute mit 300.000 an, was wahrscheinlich gelogen ist, denn die Auflage aller seiner Publikationen, auch die der Branchenorganisationen, liegt bei nicht einmal 200.000. Das politische Profil der Sekte wird durch eine zügellose Hetze gegen die DGB-Gewerkschaften und ihre Repräsentanten bestimmt, während Unternehmer grundsätzlich mit großer Sympathie behandelt werden. Probleme in der Arbeitswelt kommen nicht vor – für die Christen gibt

es solche nicht. Der CGB ist deshalb heute in Wort und Tat eindeutig eine gelbe Gewerkschaft.

### CGB – bei Kapitalisten wohl gelitten

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die Kapitalisten sich diesen Verband von Anfang an warm hielten. Für sie war die Sekte eine Option, die man zu gegebener Zeit ziehen kann. Ob durch sie eine finanzielle Unterstützung für den CGB erfolgte und erfolgt lässt sich nicht beweisen. Beweisen lassen sich aber die Gefälligkeiten, die man den Gelben zukommen lässt. Die Unternehmerverbände waren über Jahrzehnte hinweg bereit, mit den christlichen Gewerkschaften Tarifverträge derselben Qualität abzuschließen, für die zuvor die DGB-Gewerkschaften bis hin zum Streik kämpfen mussten. Mit diesem „Erfolg“ gingen die Gelben dann anschließend in den Betrieben hausieren.

Die große Stunde des CGB kam dann nach der Übernahme der DDR durch die BRD. Die Kapitalisten zogen die Option CGB, um den neoliberalen Umbau der Republik voranzutreiben.

So werden heute Tarifverträge, gleich ob im Handwerk oder in der Industrie, nicht mehr nur einfach übernommen, sondern es werden eigenständige Abkommen vereinbart. Allerdings finden keine Tarifverhandlungen statt, sondern es werden, von den Unternehmern vorformulierte Vertragstexte, von den Gelben ohne Diskussion unterschrieben. Das Mandat einer Mitgliedschaft zu Verhandlungen und Forderungserstellung gibt es nicht. Das kann ja auch nicht sein, denn Mitglieder haben diese Christen in den Betrieben kaum einmal. Werden sie trotzdem nach Abschluss einer Vereinbarung, auf die Frage, in wessen Auftrag sie gehandelt haben festgenagelt, findet sich immer eine „Tarifkommission“ aus leitenden Angestellten, opportunistischen Karrieristen und Typen mit lumpenproletarischer Einstellung, auf die man verweisen kann.

Bereits 1991 begann dieses erbärmliche Spiel. In allen Tarifgebieten der Metallindustrie in den neuen Bundesländern ließen sich

die Unternehmer während der Tarifbewegung von der christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) „Tarifverträge“ unterschreiben, die mit dem Unternehmerangebot identisch waren. In zwei Fällen lag die Vereinbarung sogar unter diesem Angebot. Damit sollte ein Keil in die IG Metall-Mitgliedschaft getrieben werden. Hier die „vernünftige CGM“ und dort die „Betonköpfe“ der IG Metall.

Im Jahr 1991 waren die Gewerkschaften auch im Osten noch stark genug den Flächentarifvertrag durchzusetzen und die CGM ins Leere laufen zu lassen. Aber mit der zunehmenden Erosion der Flächentarifverträge im Osten wurden die Gewerkschaften schwächer. Die Erosion kam zustande, weil die einzelnen Kapitalisten aus ihrem Verband austraten. Nach einer erfolgten Tariffucht hat ein alter Tarifvertrag erst einmal eine so genannte Nachwirkung, d.h. er gilt so lange weiter, bis eine neue Vereinbarung abgeschlossen ist, oder einzelarbeitsvertraglich etwas Neues vereinbart ist. Der Kapitalist kann also nicht so ohne weiteres die Entgeltbedingungen der Beschäftigten verschlechtern. Trotzdem geht das,



Das Bundesverfassungsgericht hat die Amtsenthebung eines ehrenamtlichen Stuttgarter Richters wegen seiner Zugehörigkeit zu einer rechtsextremen Rockband bestätigt. Der „Rechtsrocker“ war vom Christlichen Gewerkschaftsbund vorgeschlagen worden. Der Mann, der Anfang 2004 als Laienrichter ans Arbeitsgericht Stuttgart berufen worden war, gehört seit 20 Jahren der im rechtsextremen Spektrum aktiven Rockband „Noie Werte“ an. Lieder der Gruppe waren auch auf „Schulhof-CDs“ der NPD zu finden.

*Süddeutsche Zeitung vom 29. Mai 2008*

denn es gibt ja den CGB. Dafür wird er vom Kapital gehätschelt, dafür ist er da. Und für den CGB ist das ein willkommenes Betätigungsfeld. In vielen Betrieben gibt es inzwischen „Tarifverträge“ in denen das drin steht, was der Kapitalist bereit ist zu gewähren. Den Beschäftigten wird dabei meist viel genommen: Urlaub, Urlaubs- und Weihnachtsgeld und manchmal mehrere hundert Euro im Monat. Dafür dürfen sie dann in der Regel länger arbeiten. Trotz der Verschlechterungen handelt es sich um einen neuen „Tarifvertrag“, der den nachwirkenden Tarifvertrag ablöst. Rechtlich ist er unangreifbar und wasserdicht. Meistens wird das Bubenstück klammheimlich durchgezogen. Die Gewerkschaft, die Belegschaft und der Betriebsrat bekommen das oft erst mit, wenn das Ergebnis verkündet wird. Im Osten wurde so schon mit vielen Belegschaften verfahren und im Westen gibt es auch mehrere Versuche dieser Art. Erfolg hat die Kapitalstrategie immer dort wo die Gewerkschaft schwach ist und die Belegschaften sich nicht wehren. Mit Sicherheit werden die Angriffe dieser Art bei der nächsten Konjunkturkrise, wenn die Widerstandsbereitschaft von Belegschaften abnimmt, auch im Westen verstärkt auftreten. Der CGM auf jeden Fall, ist zu allem bereit und macht willig jede Schweinerei. Er ist der Strichjunge des Kapitals.

### **Die Arbeitgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger (AUB)**

Was Insider schon immer wussten ist, dass die AUB aufs inigste mit dem Siemens-Konzern verbunden ist. Dass Siemens den ganzen AUB-Laden finanziert, konnte bis vor kurzem nicht bewiesen werden. Aber spätestens mit der Inhaftierung ihres Vorsitzenden Wilhelm Schelsky im Zusammenhang mit der Siemens-Korruptionsaffäre, besteht in dieser Frage Klarheit. Siemens zahlte an die AUB viel Geld. Geflossen sind wohl rund 50 Millionen Euro in einem Zeitraum von ungefähr 20 Jahren. Schelsky war bei dem Kapitaltransfer die Schlüsselfigur. Neben dem Tatbestand der Steuerhinterziehung,

sollte mit dem Geld die Arbeit der IG Metallbetriebsräte bei Siemens behindert werden. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz stellt das ebenfalls einen Straftatbestand dar und kann mit Gefängnis geahndet werden. Deshalb, und natürlich auch weil diese Transaktion der Öffentlichkeit verborgen bleiben sollte, lief das Geld über eine von Schelsky gegründete Unternehmensberatung. Als Honorare für geleistete Beratungen deklarierte der Konzern seine Zahlungen. Waren die „Beratungen“ anfangs alleine auf den Siemenskonzern beschränkt, expandierte Schelskys Unternehmensberatung im Laufe der Jahre. Die Nützlichkeit der AUB für die Kapitalverwertung sprach sich wohl herum. Außer bei Siemens gibt es heute die AUB bei Opel, Aldi und Hornbach, sowie bei den Halbleiterunternehmen ZMD, Qimonda und Infineon. Es ist natürlich durchaus möglich, dass die AUB in noch weiteren Unternehmen ihr Unwesen treibt. Ein Anspruch auf Vollständigkeit wird nicht erhoben. Die Staatsanwaltschaft hat schließlich im Zusammenhang mit der Siemens-Affäre herausgefunden, dass auch bei Aldi geheime Zahlungen an die AUB flossen. Aber warum sollte das nur bei Siemens und Aldi der Fall gewesen sein? Warum nicht auch bei den anderen erwähnten Konzernen? Schließlich gibt es im Kapitalismus nichts umsonst!

Wer sich eine gelbe Quasi-Gewerkschaft kauft, hat schließlich deren Spesen zu tragen. Es lohnt sich eine solche gelbe Organisation für die Konzerne ja auch. Es gibt keinen Wunsch, der ihnen von einer AUB-Mehrheit im Betriebsrat nicht erfüllt wird. Seien es Überstunden, Sonderlichkeiten, Eingruppierungsfragen oder sonstige Angelegenheiten, die mitbestimmungspflichtig sind. Jeder Unternehmerwunsch ist für die AUB Befehl. Auch bei Entlassungen, selbst wenn es sich um Massenentlassungen dreht, braucht ein Konzern, der die AUB pflegt, keinen Ärger zu befürchten. Bei Infineon in Dresden hat die AUB sogar erfolgreich verhindert, dass es zu Tarifverhandlungen mit der IG Metall gekommen ist. Schließlich ist ein tarifloser Zustand und niedrige Löhne das höchste Interesse für einen Werk tätigen. Und dafür sorgt die AUB.

### **Ein antigewerkschaftlicher Berufsverband**

Schelsky machte für seine AUB-Organisation von Anfang an den inoffiziellen den Hauptkassier. Mitte der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts war Schelsky selbst Mitglied im Siemens-Betriebsrat und Initiator für die Gründung der AUB. Offiziell hieß es, dass die Gründung auf eine Initiative von AT-Angestellten bei Siemens zurückgehen würde. Ob das den Tatsachen entspricht ist aber letzten Endes belanglos. Die AUB bezeichnete sich selbst als einen antigewerkschaftlichen Berufsverband, der dem Arbeitskampf den Betriebsfrieden entgegensetzt.

Ob der Konzern direkt bei der Planung einer Spalterorganisation mitgewirkt hat, kann nur vermutet werden. Einem Memorandum von 1995 zufolge machte Siemens jedenfalls klare Vorgaben: Ziel sei, bei künftigen Betriebsratswahlen zahlreiche AUB-Kandidaten durchzubringen, bis zur Aufsichtsratswahl 1997/98 sollten bereits 40 Prozent der Wahl-Delegierten von den „Unabhängigen“ gestellt werden (Freitag, 11. 04. 08).

Der Konzern verstand die AUB also als seine Kampfgruppe gegen die IG Metall, die in den Betriebsräten wenig und im Aufsichtsrat gar keinen Einfluss haben sollte. Inzwischen gibt Schelsky seinen Kampfauftrag gegen die IG Metall zu. Im Stern (Ausgabe 30. 05. 08) nahm er zu den Millionenzahlungen von Siemens Stellung. Schelsky zum Stern: *„Ich sollte mit dem Geld eine Dachorganisation aufbauen. Und das habe ich getan. Ich war verdeckt als Lobbyist für Siemens tätig. Es gab einen klaren Auftrag aus der Konzernspitze. Der Plan kam aus dem Zentralvorstand“*. Nach Informationen des Stern bestätigt auch Siemens-Vorstand Johannes Feldmayer, der ebenfalls zum Kreis der Beschuldigten zählt, gegenüber der Staatsanwaltschaft Nürnberg, der eigentliche Zweck der vorgeblichen Beraterhonorare sei die Finanzierung von Schelsky gewesen, damit der sich um die Stärkung des Betriebsräte-Verbandes AUB kümmere.

Von der AUB wird das alles abgestritten. Alle Fakten werden von ihr konsequent ignoriert. Auf ihrer Website war noch vor Kurzem

folgende Stellungnahme zu den ihr gemachten Vorwürfen zu lesen: „Tatsache ist, dass die AUB im Sinne des § 2 Abs.1 des Betriebsverfassungsgesetzes ‚Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten ... vertrauensvoll ... zum Wohl der Arbeitnehmer und Betriebes zusammen‘, ihre Tätigkeit für die Arbeitnehmer ausübt. Die AUB hält die betriebsbezogene Interessenvertretung für wichtiger als ideologische Fernsteuerung. Der Vorwurf ist auch unzutreffend, weil die AUB finanziell nicht vom Arbeitgeber abhängig ist,

- die AUB sich ihre Meinungen selbst bildet und zwar betriebsbezogen,
- die AUB ihre Handlungen ausschließlich in eigener Verantwortung durchführt

*Beweis: Gerade Arbeitgeberverbände betonen ihr gutes Verhältnis zum DGB, während sie den Nicht-Organisierten oft skeptisch gegenüberstehen. Der Vorwurf ‚gelbe Gewerkschaft‘ ist lediglich ein Propagandamittel der Gewerkschaften, die um ihre Monopolstellung fürchten.*

So kann man das auch sehen. Und so muss man es sehen, wenn man in der gewohnten Manier weitermachen will. Nach eigener Aussage hat sie sich im Sommer 2007 völlig „neu aufgestellt“. Neuer Vorsitzender und natürlich das alte Programm – ideologiefrei und nicht fremdgesteuert und über das Geschehene: Schwamm darüber! Ganz im Sinne der Siemens-Kapitalisten, die ebenfalls ihre sichtbar gewordene kriminelle Energie aus dem Gedächtnis der Öffentlichkeit löschen würden. Und es kann als gesichert angesehen werden: Der Herr lässt die seinen nicht im Stich. Im März diesen Jahres stellt der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrat Heckmann fest: „Es gibt noch immer Sympathisanten im Management“. Ja, Kollege Heckmann, es wäre seltsam, wenn es anders wäre. Was sich bewährt hat, an dem hält das Kapital fest.

Was Heckmann nicht erwähnt, ist, dass es die Sympathisanten auch in der Belegschaft gibt – und zwar nicht wenige. Darüber würde es sich lohnen nachzudenken. Warum ist das so? Hat das nicht vielleicht auch mit der eigenen Politik gegenüber der Konzernführung zu tun? Von Nöten wäre eine konsequente Interessenpolitik für die Siemensbelegschaften und durchgesetzt mit

den Siemensbelegschaften. Eine Eindeutige Klärung der Frage, wer auf welcher Seite steht. Wenn das den IG Metall- und anderen Betriebsräten nicht gelingt, wird die gelbe AUB bald wieder fest im Sattel sitzen und für den Siemenskonzern ihre arbeiterfeindliche Politik betreiben.

### Die Gewerkschaft Neue Brief- und Zustelldienste (GNBZ)

Die GNBZ wurde am 12. Oktober 2007 gegründet. Der Hintergrund für diese „Gewerkschaftsgründung“ ist die Einführung des Postmindestlohnes. Ver.di hatte im September d.J. mit dem Arbeitgeberverband Postdienste einen Mindestlohn von 8,- bis 9,80 Euro in der Stunde vereinbart. Sofort ging bei den privaten „Postdienstleistern“, das Geschrei los. Mit dem Mindestlohn wolle die Deutsche Post AG, die in dem Arbeitgeberverband die Führerschaft

habe, die unliebsame Konkurrenz der Privaten loswerden, so tönte es. Unterstützt wurde das Jammern von der Bildzeitung, die ihren Lesern ohne Unterlass vorrechnete, wie viele Arbeitsplätze Mindestlöhne kosten werden. Die geleistete Schützenhilfe darf nicht verwundern, gehörte das größte der neuen Postunternehmen, die PIN Group, schließlich dem Springer-Konzern zu zwei Dritteln.

Flugs gründeten die privaten Postunternehmen einen Arbeitgeberverband, der einen deutlich geringeren Lohn in Höhe von 6,00 bis 7,50 Euro in der Stunde forderte. Diese Lohnhöhe entspricht den heute dort bezahlten Dumpinglöhnen. Um Tarifverträge abschließen zu können, braucht es auch eine Gewerkschaft. Der Erste, der eine neue Gewerkschaft ankündigte, war der Präsident der Arbeitgeber. Florian Gerster, der neue Chef des Arbeitgeberverbandes „Neue Brief- und Zustelldienste“, erklärte am 10. Oktober, er wolle „nicht



Schauen wir, was Florian Gerster, dieser Mann der SPD so alles kann. Von März 2002 bis zum 24. Januar 2004 war er Vorsitzender des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit. Angenommen hatte er den Job erst, nachdem sein Gehalt und später auch das Spesenkonto des Vorstandes verdoppelt wurde. Im Stern 14/2004 sprach man von seinem Verhalten als Boss der BA von den „Attitüden eines Sonnenkönigs“. Aber das war sicherlich nur Neid, weil er mit einem Jahresgehalt von 250.000 € und einem entsprechenden Spesenkonto doppelt so viel verdiente wie sein Vorgänger Jagoda. Auch, dass er sein Büro von der Größe einer Vierzimmerwohnung neu und mit Geschmack (sprich teuer) einrichten ließ und drei Dienstwagen beanspruchte, schien den Stern aufzuregen. Dass er sich am neuen Arbeitsort keine Wohnung nahm, sondern in einem Luxushotel residierte, rundete das negative Urteil des Stern ab. Abgesägt wurde er allerdings, weil bekannt wurde, dass er der WMP EuroCom AG einen PR-Auftrag in Höhe von 1,3 Millionen Euro zugeschanzt hat. Als dann noch bekannt wurde, dass er Berater-Verträge bei 5 Unternehmen mit einem Gesamtvolumen von 38 Millionen € vergeben hatte, konnte nicht einmal Clement ihn noch halten. Der Schmerz bei Gerster hat sich sicherlich in Grenzen gehalten, lief sein Gehalt doch bis zum Ablauf des Vertrages weiter. So nebenher war und ist er Gründungsmitglied der INSM („Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“), ist Beiratsvorsitzender in Deutschland unter anderem für den amerikanischen Immobilieninvestor Fortress Investment Group, die massiv auf dem Deutschen Wohnungsmarkt Sozialwohnungen aufkauft und ist Mitglied im Aufsichtsrat des Wohnungsunternehmens GAGFAH. Ich schließe nicht aus, dass er am Verkauf der GAGFAH (die einmal der Rentenkasse gehört hat) zusammen mit Ulla Schmidt gebastelt hat. Doch das ist nur eine subjektive Vermutung von mir. Nach seinem Abgang bei der BA ist er in Frankfurt als Unternehmensberater tätig. Ob das mit seiner Partnerschaft in der Personalberatung Ray und Berndtson zusammenhängt oder zusätzlich ist, weiß ich nicht. Zusätzlich ist aber seine Tätigkeit als Direktor Policy Fellows für das politisch-gesellschaftlich ausgerichtete Policy Fellow Netzwerk des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit. Das wiederum gehört zum neoliberalen Netzwerk der Deutsche Post World Net unter Klaus Zumwinkel, dem Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Post World Net.

ausschließen, dass es eine neue Gewerkschaftsgründung geben könnte in diesen Tagen“. Zwei Tage später war es dann so weit: die GNBZ war aus der Taufe gehoben. Die GNBZ hat ihren Sitz in Köln. Der Vorsitzende ist ein gewisser Arno Doll, der früher einmal der Geschäftsleitung der Tengelmanngruppe angehörte und dann als Unternehmensberater tätig war. Die weiteren sechs Vorstandsmitglieder sind ebenfalls „gestandene Gewerkschafter“: allesamt Angestellte in Leitungsfunktionen der PIN Group.

So seltsam die Zusammensetzung des Vorstandes, war die anfängliche Mitgliedschaft dieses Gebildes. Es waren nicht etwa die Briefzusteller, die ein berechtigtes Interesse an der Überwindung ihrer Hungerlöhne gehabt haben könnten, nein es waren mittlere Angestellte, wie zum Beispiel Personalentwickler und Disponenten von PIN, also eher mittlere Angestellte, die sowieso oberhalb aller Dumpinglöhne bezahlt werden. Heute gibt die GNBZ ihre Mitgliedschaft mit 1300 an. Kaum gegründet, wartete man nicht mit der konkreten „Tarifarbeit“. Am 11. Dezember 2007 wurde zwischen dem Arbeitgeberverband Neue-Brief und Zustelldienste und der GNBZ ein „Tarifvertrag“ vereinbart, der die geforderten Dumpinglöhne für das gesamte Bundesgebiet festlegt. Wirksam ist diese Machwerk allerdings noch nicht. Zwar wurde am 7. März 2008 der Post-Mindestlohn vom Berliner Verwaltungsgericht, aufgrund der Klage von drei privaten Postdienstleistern gekippt und für rechtswidrig erklärt, doch ist das Urteil wegen des möglichen Instanzenweges nicht rechtskräftig. Somit bleiben die Mindestlöhne vorläufig in Kraft.

Die Retourkutsche folgte umgehend. Springer hatte keine Lust mehr und wollte der Öffentlichkeit und den politischen Akteuren zeigen, was geschieht, wenn Kapitalisten nicht das bekommen was sie wollen. Die PIN-Gruppe wurde in den Konkurs getrieben. Die Briefzusteller verloren ihre schlecht bezahlte Arbeit. Einer parlamentarischen Anfrage zufolge haben inzwischen weitere 26 Gesell-

schaften durch Insolvenz, Liquidation und Lizenzaufgabe aufgegeben. 5693 Arbeitsplätze sollen dadurch in der Branche verloren gegangen sein.

Für jeden wirklichen Gewerkschafter, für die Politiker und die Medien war von Anfang an klar, dass die Konkurrenten der Deutschen Post sich eine eigene gelbe Gewerkschaft geschaffen haben. Durch die Insolvenz von PIN wurde das dann auch bewiesen. Mehr als 133 000,- Euro sind durch die PIN-Gruppe an die



GNBZ geflossen. Von dem ehemaligen Chef der Gruppe, Günther Thiel, wurde das dann auch bestätigt. Allerdings bestreitet er, jemals Einfluss auf die GNBZ genommen zu haben, was wir natürlich sofort glauben.

### Mittel im Kampf gegen die Arbeiterklasse

Die gelben Gewerkschaften sind, und das zeigen die drei Beispiele eindeutig, Teile im Waffenarsenal der Kapitalisten. Immer wenn es der Interessendurchsetzung der Kapitalisten nützt, kommen sie zum Einsatz. Die Gelben sind bei weitem nicht das Schlimmste, das lehrt die Geschichte, was im Klassenkampf von Seiten des Kapitals zum Einsatz kommen kann. Aber diese Organisationen sind lästig, zermürbend und manchmal, wie es das Beispiel AUB zeigt, in einem Konzern durchaus erfolgreich. Ihr Auftrag ist, die gewerkschaftliche Autorität in den Betrieben zu unterlaufen, zu spalten oder sogar zu zerstören. Betrachtet man heute Positionen und den Zustand mancher DGB-Gewerkschaften, so stellt man fest, dass ihnen der Erhalt des

„sozialen Friedens“ ein wichtiges politisches Ziel ist. Entsprechend konsequent ist dann ihr Handeln. Mehr oder minder ausgeprägt finden wir überall die Bereitschaft zur Kooperation mit dem Kapital, sowie Wirtschafts- und Sozialfriedlichkeit. Kriterien also, die die gelben Gewerkschaften charakterisieren. Und trotzdem sind der DGB und seine Gewerkschaften nicht gelb.

Die Gewerkschaften sind nach wie vor selbständige Klassenorganisationen. Sie können deshalb, gleichgültig, wie ihr politischer Zustand ist, gar nichts anderes machen als beispielsweise gegen den Abbau von Arbeiterrechten anzugehen, gegen die Privatisierung der Sozialeinrichtungen anzukämpfen und sich für den Werterhalt der Ware Arbeitskraft einzusetzen. Würden sie das nicht tun, wären sie zum Untergang verdammt. Das ist der Unterschied zu den gelben Organisationen. Bei ihnen ist es gerade umgekehrt. Würden sie sich für tatsächliche Klasseninteressen einsetzen, wären sie zum Untergang verdammt, denn sie sind die Geschöpfe des Kapitals.

Eine andere Frage ist, ob die Gewerkschaften in diesem Kampf mit der derzeitigen Taktik erfolgreich sein können. Die gesellschaftliche Realität beweist eher das Gegenteil.

Die öffentliche und gesellschaftliche Autorität und Akzeptanz der Gewerkschaften beruhte in der Vergangenheit auf der Einbettung in das politische und soziale Geflecht der BRD. Sie hatten mit ihren Tarifverträgen eine Ordnungsfunktion zu erfüllen. In Zeiten der neoliberalen Umstrukturierung ist das nicht mehr der Fall. Sie verlieren ihre Akzeptanz und werden deshalb zunehmend schwächer. Die vergangene Autorität war mit von der Bourgeoisie geschenkt. Wenn diese schwindet gilt es eine eigene aufzubauen. Das gelingt allerdings nicht durch Kooperation sondern nur in der Konfrontation mit dem Kapital. Wird diese konsequent geführt, dann werden gelbe Gewerkschaften keine Rolle mehr spielen, weil die Werktätigen eine klare Orientierung haben. Dann werden gelbe Gewerkschaften zu Randnotizen der Geschichte.



# Die Transnet-Legende



Als aus der GdED die Transnet wurde, war ihr Schicksal besiegelt<sup>1</sup>. Rudi Schäfer, Vorgänger und Ziehvater von Norbert Hansen, stimmte der Bahnreform zu, weil er nicht wollte, dass die Gewerkschaft durch Privatisierungsgegnerschaft zerschlagen wird. Ob er selber an dieses Märchen glaubte, ist schwer einzuschätzen – den Glauben an die Klasse hat er wohl nicht besessen. Jedoch er erhielt für diese ritterliche Tat zwar nicht wie Mehdorn den Offiziersorden der französischen Ehrenlegion und den Orden „Kommandeur der Ehrenlegion“, aber doch wie dieser immerhin das Bundesverdienstkreuz. Man weiß nur nicht, ob er es erhielt, weil er den Börsengang mit auf den Weg gebracht hat oder weil er dadurch die Zerschlagung des Eisenbahnverbandes vorbereitete. Wahrscheinlich handelte es sich um eine Danksagung für beides. Dessen ungeachtet hielt sich hier und da hartnäckig die Legende von der Transnet als Interessenvertreterin aller Eisenbahner. Diese Legende war nötig, denn ohne sie keine Privatisierung der Bahn in Deutschland. Das mag unglaublich erscheinen und doch ist es so.

Weit entfernt davon, dem Anspruch einer Gewerkschaft gerecht zu werden, die die Gewerkschaftseinheit im Klassensinn fördert, ist die Transnet dennoch die größte Eisenbahner-

gewerkschaft in Deutschland. „Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will“ – diese Horrorvision des Bahnvorstandes und der Regierung (ob Kohl, Schröder oder Merkel) wäre im wahrsten Sinne des Wortes machbar gewesen. Und so erbrachte die Transnet in der zurückliegenden Zeit auch echte Leistungen für die Kollegen. Anders an die Beurteilung der Dinge heranzugehen würde bedeuten, die Natur des Kapitalismus völlig zu ignorieren. Je mehr sie sich allerdings auf die Kungelei mit dem Konzern einließ, desto schwächer wurde die Transnet als Gewerkschaft. Alle Aktionen erschienen als abgesprochen mit Mehdorn, als am Biertisch ausgehandelt. Aber die Ruhigstellung der Eisenbahner – das war die Funktion, die das Kapital der Transnet zugedacht hatte und die ohne den Hauptvorstand und den Gesamtbetriebsrat nicht zu verwirklichen war. Das System Hansen machte daraus die Losung: „Sozial sanieren statt aufs Parkett marschieren!“ oder „Den Börsengang sozial bzw. sozialverträglich begleiten!“. Diese Ruhigstellung der Kollegen ließ sich das Kapital scheinbar etwas kosten. Aber diese „Kosten“ stellten sich letztlich als Gewinne für den Konzern und als Verluste für die Eisenbahner heraus. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Bahngutachten, die der Regierung und Mehdorn nach dem Munde re-

deten, die besonders förderliche Rolle der Tarifgemeinschaft hervorgehoben haben. Das Beschäftigungsbündnis, das vor allem den konzerninternen Arbeitsmarkt zum Inhalt hat, war ein „Pflaster“ auf die gefährlichste Wunde, nämlich die Arbeitslosigkeit. Tatsächlich bringt es dem Konzern aber enorme Profite. Es steht ihm gewissermaßen eine „industrielle Reservearmee“ zur Verfügung, die ganz anders behandelt wird, als die Armee der Eisenbahner in den anderen Bereichen der Bahn.

Ein Ereignis jedoch sollte wie ein Erdbeben unter den Eisenbahner und den Mitgliedern der Transnet wirken: Norbert Hansen – der Gewerkschaftsvorsitzende – trat von seinem Amt zurück und wechselte in den Bahnvorstand als Arbeitsdirektor (Verzehnfachung des Gehaltes). Das war der Lohn für seinen Betrug an den Interessen der Eisenbahner. Als Verräter, als Gewerkschafts-Judas, als einer, der sich verkauft hat wird er bezeichnet. Die „junge Welt“ hatte diese Entwicklung fünf Jahre vorher vorausgesagt. Auch für viele Kollegen kam diese Wendung nicht überraschend, denn Hansen gilt eben als Wendehals. So ganz stimmt das allerdings nicht. Hansen hat nämlich von Anfang an mit fast krimineller Energie den Börsengang unterstützt – und immer ging es um den Börsengang des ganzen Konzerns.

Ein großes Manöver ist durchgeführt worden. Mit vielen taktischen Winkelzügen innerhalb der Gemeinsamkeit von Merkel, Beck, Tiefensee, Mehdorn und Hansen wurde ein Schaustück organisiert, an dessen Ende der Privatisierungsbeschluss des Bundestages stand, der nicht im geringsten die Vollprivatisierung verhindert, da die Struktur des jetzigen Konzerns so beschaffen ist, dass alles in den Händen von Mehdorn verbleibt und der Weg zum Staat sehr vermittelt ist über die DB-AG. Die ersten Konsequenzen sind bereits sichtbar: Streckenausdünnungen, Pläne vom Streckenverkauf, Bahnhofsverkäufe, Fahrpreiserhöhungen, Reduzierung von Halten, Streichung von Zugkategorien, Intensivierung der Ausbeutung usw. Den beabsichtigten Personalabbau – getarnt als Rationalisierung – das größte „Geheimnis“ des Börsenganges, hat Hansen trunken von übersteigertem

Ehrgeiz, übersteigter Eitelkeit und vorausseilendem Gehorsam vorschnell in die Öffentlichkeit hinausposaunt.<sup>2</sup> Mehdorn piff ihn sofort zurück und dementierte! Ob Hansen nach seinem Ausflug in die Spielhalle überhaupt noch „nützlich“ sein kann, bleibt fraglich.

Man sollte meinen, dass dies Anlass genug für eine grundlegende Wende in der Transnet sein sollte, wobei es ja nicht einfach um eine Hansen- oder Transnetkrise geht, sondern um eine handfeste Gewerkschaftskrise. Besonders laut konnte man jedenfalls keine Stimme aus dem DGB gegen Hansen vernehmen. Anders verhielt es sich im Kreise der Kollegen. Als nämlich der Hauptvorstand der Transnet den Schritt von Hansen zunächst überhaupt nicht verwerflich fand, erntete er fast noch mehr Zorn als dieser selbst.<sup>3</sup> Über die Gewerkschaftsfrage wurde wie über die Parteifrage diskutiert – und das war nicht falsch, denn schon die SPD-Durchdringung der Transnet, also die Durchdringung durch eine neoliberale Partei erwies sich als verhängnisvoll für die Interessenvertretung der Eisenbahner. Aus den verschiedensten Gliederungen wurden Forderungen nach einem außerordentlichen Gewerkschaftstag, nach Rücktritt des gesamten Hauptvorstandes, nach Ausschluss von Norbert Hansen, der als Gewerkschaftsmitglied nur eine Zumutung ist, nach rücksichtsloser Aufklärung der Sache und nach einer Strategie gegen die Privatisierung erhoben. Bahn von unten gewann an Einfluss! Die Transnet-Mitglieder müssen die Gewerkschaft unter ihre Kontrolle bekommen.

Doch weit gefehlt: Man will seine Ruhe haben, will zur Tagesordnung übergehen. Die Politik sei schuld, die habe Hansen gerufen. Überhaupt sei die Politik schuld, denn schließlich hat der Staat entschieden. Was kann man da schon machen? Man könnte einfach einen anderen Kampf führen, nämlich einen politischen. Aber wenn die Ideologie verbreitet wird, dass Politik die Teilnahme an Wahlen und das Eintreten in die Verantwortung (die Geschäfte) einer kapitalistischen Regierung sei, dann braucht man sich über die „gespielte“ Hilflosigkeit nicht zu wundern. Der neue Vorsitzende der Transnet, Lothar Krauß, ist keine Garantie für eine grundsätzlich andere Politik. Der Beirat der Transnet hat die derzeitige Politik der Gewerkschaft „grundsätzlich bestätigt“ (Krauß). Die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages wurde abgelehnt und die Forderungen nach Rücktritt des Geschäftsführenden Vorstandes und Kurswechsel in der Politik der Transnet wurden „zurückgewiesen“ (Krauß).<sup>4</sup> Kein Wunder also, dass viele Kollegen so urteilen, wie ein Teilnehmer aus dem Transnet-Forum: „Ich bin zur Zeit in einem Seminar. Da hatten wir dieser Tage eine Diskussion, über unsere Zukunft und unsere Möglichkeiten (Beschäftigungssicherung). Es gab keinen, der die Position unserer TN (Transnet) in einem positiven Licht gesehen hat. Jeder, ich betone jeder, war der Meinung, dass im Moment von unserer Gewerkschaft die größte Gefahr ausgeht, weil sie im Moment alles was sie beginnt, in den Sand setzt! Vor allem der Börsengang, den die TN ... so gefördert hat, der bereitet den Mitarbeitern so viel Sorge! Ich konnte keinen feststellen, der

daran glaubt, dass diese TN noch hinter uns steht. Jeder war der Meinung, dass es ‚einer starken Gewerkschaft‘ bedarf, was TN derzeit nicht ist! Die Kollegen finden unsere derzeitige Führung nicht als geeignet an, die Gewerkschaft TN wieder in ein ruhiges erfolgreiches Tun manövrieren zu können!“ Der Vorsitzende Krauß reagiert allerdings wesentlich gelassener: „Der neue GDL-Chef Claus Weselsky befürchtet einen Stellenabbau, wenn die Bahn an die Börse kommt. Sehen Sie auch schwarz? Und wie bereiten Sie die Transnet-Mitglieder auf eine eventuell drohende Arbeitslosigkeit vor?

**Krauß:** Wir haben einen Tarifvertrag abgeschlossen, in dem betriebsbedingte Kündigungen im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung ausgeschlossen werden. Über den konzernweiten Arbeitsmarkt ist gesichert, dass die Mitarbeiter bei der Bahn und in Arbeit bleiben. Im Gegensatz zu Herrn Weselsky habe ich nicht die Befürchtung, dass eine Teilprivatisierung per se das Unglück der Menschheit darstellt.“

(„Herr Mehdorn ist ein netter, sympathischer Herr“, sueddeutsche.de vom 06.06.08)

Krauß hat schon Recht: „Wo der Mut keine Zunge hat, bleibt die Vernunft stumm“. Für die klassenbewußteren Eisenbahner heißt das, dass sie gewerkschaftsübergreifend die Zusammenarbeit suchen und in einer gemeinsamen Richtung Einfluss auf die Kollegen und die Vorstände nehmen. Das bedeutet, sie müssen ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen, wie es u.a. am zweiten Sonntag im Juni, dem „Tag des Eisenbahners“ vor dem Hauptquartier der DB-AG Berlin/Potsdamer-Platz demonstriert wurde.

<sup>1</sup> Die Transnet definiert sich wie folgt: „Früher konnte jedes unserer Mitglieder von sich sagen ‚Ich bin Eisenbahner‘. Unser Organisationsgebiet hat sich verändert. Die beiden großen Bahngesellschaften ‚Deutsche Reichsbahn‘ und ‚Deutsche Bundesbahn‘ sind 1994 zur Deutschen Bahn AG gewandelt worden. Gesellschaften wurden ausgegliedert, Teile der Bahnen an andere Konzerne verkauft. Immer weniger unserer Mitglieder verstehen sich noch als Eisenbahner. Mit dem Namen ‚Transnet Gewerkschaft GdED‘, tragen wir diesem neuen Organisationsgebiet Rechnung.“

<sup>2</sup> „Hansen: Wir werden bei der Bahn weiter rationalisieren müssen. Und das wird in einigen Bereichen nicht ohne Personalabbau gehen.“ (BILD vom 16. 05.08)

<sup>3</sup> „Die Vertrauensleute des bezirklichen Arbeitskreises können nicht nachvollziehen, warum der geschäftsführende Vorstand den Schritt von Norbert Hansen begrüßt. Nach Auffassung des bezirklichen VP - Arbeitskreises zeugt dies von einer völligen Verkennung der politischen Situation. Der bezirkliche VP - Arbeitskreis schließt sich daher einer Vielzahl von Mitgliedsmeinungen an und fordert den Rücktritt des gesamten geschäftsführenden Vorstands. Der Weg muss freigemacht werden für einen demokratisch legitimierten Neuanfang. Die Vertrauensleute des bezirklichen VP – Arbeitskreis TRANSNET Bezirk Nord-Ost.“ Vgl. auch: <http://www.bahnvoonunten.de>

<sup>4</sup> Entsprechend war auch das Auftreten von Krauß bei der Anhörung zur Privatisierung am 26. 05. 08. Hier die persönlichen Eindrücke eines Zuhörers: „Krauß (Transnet): Ich kann im Einzelnen die Jubelrede nicht wiedergeben, die er auf die Arbeit mit der DB AG in den letzten Jahren hielt – das Wort Gewerkschaft oder Transnet kam darin nicht vor. Hätte man als Zuhörer das Schild auf dem Tisch nicht gesehen, man hätte Krauß für einen Sprecher der DB AG gehalten: Große Erfolge, satte Gewinne, gesicherte Beschäftigung. Auch unter den MdBs gab es bisweilen unterdrückte Lacher. (Er notierte seine Antworten auf Zetteln mit DB Logo, zitierte aus Flyern der DB AG und hantierte mit Tabellen und Vorlagen, die alle aus irgend einem Hause der DB AG stammten) Es war wie eine Bewerbungsrede als stellvertretender Personalvorstand – einfach unfassbar.“



# Gewerkschaftliche Vertrauensleute

Neuere Untersuchungsergebnisse zum „ehrenamtlichen Rückgrat der Gewerkschaften“ im Betrieb

Die seit einigen Jahren geführte Auseinandersetzung um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland erwuchs aus fehlender gewerkschaftlicher Durchsetzungsmacht. Vor allem im Organisationsbereich der Gewerkschaften NGG und ver.di erlahmte die Fähigkeit, existenzsichernden Löhnen und realen Arbeitsbedingungen breite tarifliche Geltung zu verschaffen. Für die NGG betrifft das insbesondere die Beschäftigten im Gaststättengewerbe und dem Bäcker- und Fleischerhandwerk. ver.di ist u.a. für den Einzelhandel und den Gebäudeservice zuständig. Wo keine oder kaum Mitglieder vorhanden sind, lassen sich weitere schwer organisieren und sind damit Arbeitskämpfe mit hoher Beteiligung nicht durchführbar. Dort, wo aufgrund der Betriebsgröße und vorhandenen tradierten gewerkschaftlichen Strukturen Interessenartikulation erfahrbar wird, sieht es anders aus. Um festzustellen, unter welchen Bedingungen und Einstellungen derzeit aktive Vertrauensleutearbeit geschieht, befragte Jürgen Prott in hundert Intensivinterviews Vertrauensleute der IG Metall und IG BCE zu ihrem Engagement. Eben dies geschieht in größeren betrieblichen Zusammenhängen unter günstigeren Voraussetzungen wie eingangs angesprochen. Denn es lässt sich gut vorstellen, *„dass viele der befragten Vertrauensleute mit der Gewerkschaftsbewegung aktiv gar nicht in Berührung gekommen wären, (...) wenn sie im kleinen Handwerksbetrieb, in der Kanzlei eines Rechtsanwalts oder in der Drogerie um die Ecke geblieben wären bzw. hätten verharren müssen.“*

Doch auch in den Großbetrieben leidet die Vertrauensleutearbeit an Auszehrung. Im Organisationsbereich der IG Metall ist die Zahl der registrierten Vertrauensleute seit fünfundzwanzig Jahren um die Hälfte auf etwa 50 000 abgesunken. Die Zunahme tariflicher Betriebsvereinbarungen rückt nicht die Gewerkschaften, sondern immer mehr die Betriebs- und Personalräte tarifpolitisch in den Vordergrund. Wo die großen Kraftproben zwischen Unternehmerverband und Gewerkschaft in der Fläche ausbleiben und

Arbeitskämpfe ohne umtriebige Vertrauensleute unvorstellbar wären, motiviert die Kleinarbeit des alltäglichen Verbandsleben umso weniger, wo sich Vertrauensleute als Juniorpartner der Betriebsräte in untergeordnete Positionen abgedrängt fühlen und auch satzungsmäßig als Vermittlungsinstanz zwischen Betrieb und Gewerkschaft wenig zu melden haben. Dennoch: Unverzichtbar im Gefüge der betrieblichen Arbeitsorganisation haben Vertrauensleute als gewählte Sprecher ihrer organisierten Kollegen deren Interessenlagen zu artikulieren, gewerkschaftliche Ziele zu vermitteln, Mitglieder zu werben, betriebsbezogene Wahlvorgänge zu organisieren und sollen nicht zuletzt Betriebsräte informieren und kontrollieren.

Die unmittelbare Erfahrung eines selbst durchgestandenen Konflikts am Arbeitsplatz ist es in der Regel nicht, wenn eine Funktionsübernahme erfolgt. Nur jeder Fünfte bekam darüber den Anstoß. Eher wird es als eine Chance gesehen, im kollegialen Zusammenhang bei versperrtem beruflich-sozialem Aufstieg weitere Anerkennung zu finden, innerhalb einer „Ersatzkarriere“ wenigstens den erreichten Status halten zu können. Dennoch ist bei den höher qualifizierten Vertrauensleuten jeder Zweite bis zum Alter von vierzig Jahren aufstiegsorientiert. Aber erst berufliche Qualifikation bedingt die Akzeptanz, um „Vertrauen“ zu gewinnen, wengleich „Streber“ eher abgelehnt werden. Dazu ein Schlosser: *„Wer keine Leistung bringt, hat Probleme mit sich und der Arbeit. Der kann sich dann auch nicht noch um die Probleme der anderen kümmern.“* Bei den meisten Vertrauensleuten ist jedoch das Aufgabenverständnis eng auf das betriebliche Wirkungsfeld begrenzt. Ohne Anstöße seitens des Betriebsrates, bei erforderlichem akuten Beistand für sanktionsbedrohte Kollegen oder der Vorbereitung gewerkschaftlicher Aktionstermine ist eher abwartende Passivität vorzufinden. Über einen erweiterten Blick auf die Gewerkschaftspolitik als solche, die ohne entwickeltes politisches Bewusstsein ihrer Mitgliedschaft wenig erreichen kann, verfügt nur eine Minderheit. Ein Maschinenschlosser: *„Mir*

*geht es darum, die gewerkschaftliche Arbeit in unserem Betrieb zu stärken. In schlechten Zeiten rennen mir die Leute die Bude ein, in ruhigen Zeiten verschwinden sie wieder in ihren Mauselöchern. Ich möchte erreichen, dass sich die Kollegen ständig um ihre eigenen Belange kümmern. Das ist der entscheidende Punkt. Ich will sie zum Nachdenken und Mitmachen anregen. Nur dann können wir hier im Betrieb für alle Leute mehr herausholen.“* Ähnlich ein Chemielaborant: *„Aber ich muß nicht nur unsere Mitglieder im Auge haben, sondern auch die anderen. Ich versuche, auch dem zu helfen, der noch nicht bei uns ist, damit der sieht, was Gewerkschaft für ihn herausholen kann.“*

Von einer schroffen Entgegensetzung der Interessen von „Kapital“ und „Arbeit“ geht aber nur ein Fünftel der Befragten aus. Unter ihnen sind es überwiegend Beschäftigte mit Arbeiterstatus und niedriger Position in der betrieblichen Hierarchie, die der Aussage *„Vertrauensleute haben die Interessen der Belegschaft zu vertreten und sonst gar nichts“* uneingeschränkt zustimmen. Weitaus pragmatischer, wenn nicht eher sozialpartnerschaftlich eingestellt neigen mehr oder weniger als achtzig Prozent zur Meinung: *„Wer die harte Kante fährt, erreicht gar nichts“*.

Welche Eigenschaften zeichnen vorbildliche Vertrauensleute aus? Sie gewinnen an Glaubwürdigkeit, wenn sie nicht in blinder Treue jeglichen Wendungen der Gewerkschaftspolitik folgen, sondern ihre Grundüberzeugung in skeptischer Distanz beibehalten, Rückgrat zeigen und gerade deswegen in betrieblichen Konfliktfällen durch Verhandlungsgeschick möglichst viel erreichen. Das ist es, was man sich in ihrem Umfeld von ihnen verspricht. Vertrauen benötigt Bestätigung: Wer zur Teilnahme an der Maikundgebung auffordert, hat dann dort auch selbst zu erscheinen.

Das Erkenntnisinteresse der Untersuchung richtete sich nicht auf das Herausfinden der Gesellschaftsbilder der befragten Vertrauensleute, sondern auf die Umstände und Voraussetzungen, unter denen sie den auftretenden Anforderungen entsprechen müssen. Indirekt schimmert beim einen oder anderen Befragten schon durch, dass

entwickeltes Klassenbewusstsein dabei sehr hilfreich sein kann. Doch allein das oft vorgetragene Verlangen nach mehr „Wissen“ bestätigt den Mangel an „gewerkschaftlichem Grundwissen“, worunter sie eine „nicht näher definierte Gemengelage von Kenntnissen im Arbeits- und Sozialrecht, von ökonomischen Zusammenhängen, aber auch von Struktur und Funktionsweisen der Gewerkschaft selbst verstehen. (...) Viele Vertrauensleute fühlen sich von ihrer Gewerkschaft für ihr Aufgabenspektrum nicht im funktionsnotwendigen und erwünschtem Maße geschult.“

Mit seiner gelungenen Bestandsaufnahme ergänzt und aktualisiert Jür-

gen Prott die Forschungsliteratur zum Organisationsleben der Gewerkschaften, die ohne ehrenamtliche Funktionsträger nicht das „Vertrauen“ herstellen können, welches sie zur Bewältigung ihrer Aufgaben brauchen. Durchsetzt mit einer Fülle von Zitaten aus den gewonnenen Interviews bietet der Text auch für die eingangs genannten Organisationsbereiche eine Menge Anregungen, wie gewerkschaftliche Präsenz zu verbessern wäre. Politischen Aktivisten, die den Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb eher fern stehen, eröffnet sich hier zudem ein Zugang zum besseren Verständnis des innerbetrieblichen

„Grabenkrieges“, wo gewerkschaftliche Gegenmacht erst einmal formiert und erhalten werden will. Für die Debatte um die Stärkung der Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften ist die Lektüre dieser Studie und ihrer Befunde unerlässlich.



Jürgen Prott:  
Vertrauensleute  
Ehrenamtliche Gewerkschafts-  
funktionäre zwischen Beruf  
und sozialer Rolle  
Verlag Westfälisches Dampf-  
boot Münster 2006, 224 S., 24,80 Euro  
ISBN: 978-3-89691-648-8

## Frühjahrstagung in München



**A**m 24./25 Mai führten wir zusammen mit der „Gruppe International Dorfen“ unser Frühjahrsseminar in München durch. Obwohl einige Genossen krankheitsbedingt bzw. wegen Terminüberlastung nicht daran teilnehmen konnten, beteiligten sich doch viele Mitglieder und Sympathisanten an der Tagung; wir waren von der Zahl und der Zusammensetzung der Teilnehmer positiv überrascht.

Inhaltlich wagten wir uns mit einem Referat an ein für uns neues Thema, das sehr komplex ist und als Einstieg in diese Problematik zu verstehen ist. Es handelt sich um die „Nahrungsmittelkrise“. Das Referat wird im Anschluss an diesen Bericht als Artikel in leicht überarbeiteter Form abgedruckt.

Den anderen inhaltlichen Schwerpunkt bildete die Innenpolitik, mit dem Thema: „Die Brüche in der Gesellschaft und ihre politischen Folgen“. Wir wollten die Lage betrachten, wie sie sich nach den Streiks dieses Jahres darstellt. Als Grundlage diente dazu der Artikel aus der Frühjahrsnummer „Brüche in der Sozialpartnerschaft“. Ein Genosse aus der Redaktion hatte zum Einstieg in die Diskussion die wichtigsten Thesen des Artikels zusammengefasst und vorgestellt. Im Anschluss werden wir versuchen, die Hauptpunkte der Diskussion widerzugeben.

Bei den Arbeitskämpfen dieses Frühjahrs zeigte sich eine erfreulich hohe Streik- und Kampfbereitschaft der Lohnabhängigen. Nach langen Jahren der Enthaltbarkeit sollte diesmal ein kräftiger Schluck aus der vollen Pulle drin sein. Die Berichterstattung in den Medien war positiver und von mehr Verständnis für die Streikenden geprägt als in früheren Jahren. Ein Teilnehmer vermerkte das als einen kleinen Schritt hin zu einer Demokratisierung der BRD. Als zusätzlichen Beleg führte er das wohlwollende Verständnis an, mit dem die vom Streik betroffenen und teilweise doch stark beeinträchtigten Bürgerinnen und Bürger den Streikenden begegneten. Sie wurden diesmal nicht beschimpft und verteufelt, wie das früher häufig der Fall gewesen war. Das wäre ein

Schritt zu einer Streikkultur, wie sie in Deutschland bis jetzt noch nicht selbstverständlich war, wie z. B. in Frankreich.

Deutlich kritisiert wurde auf der anderen Seite jedoch die stillschweigende Hinnahme der Tarifabschlüsse durch die Beschäftigten. Die Abschlüsse waren von den Gewerkschaftsführungen wie so häufig schön geredet worden.

Die Sozialpartnerschaft, wie sie lange lange Jahre die Gewerkschaftspolitik in der BRD bestimmt hatte, war von Unternehmern und Arbeitgebern aufgekündigt worden. Es macht den Anschein, als ob Gewerkschaften zurzeit dazu missbraucht werden, schlechte Ergebnisse besser unter ihre Mitglieder bringen zu können. Die Tariffähigkeit der Gewerkschaften ist weitgehend verloren gegangen. Die Aufspaltung der Arbeiterschaft schreitet fort – ebenso wie das Aufkommen einer neuen Unterschicht, bzw. eines Subproletariats. Deutlich gestiegene Kampfbereitschaft und auch Militanz sind zu verzeichnen, wenn es um die Stilllegung von Betrieben geht. Bei diesen verzweifelten Abwehrkämpfen ist dann leider aber nicht mehr allzu viel herauszuholen.

Das sind erfreuliche Veränderungen in unserem Sinn, jedoch bedeuten sie noch keineswegs die Bereitschaft mit dem System zu brechen. Ein erwachendes Klassenbe-

wusstsein ist aber nicht und nirgends auszumachen. Ein Genosse brachte die Sachlage auf folgenden Punkt: „Was wir momentan erleben, ist die notwendige Vorstufe zur Herausbildung von Klassenbewusstsein - nicht mehr und nicht weniger.“ Das ist allerdings kein Garant, dass es wirklich entsteht.

Das Entstehen der Linken ist der politische Ausdruck dieser Entwicklung.

Die Linke ist von ihrer Programmatik keine sozialistische, geschweige denn marxistische Partei. Wir dür-

fen sie jedoch nicht bekämpfen, wohl aber kritisieren und auch kritisch unterstützen, soweit es unsere Kräfte erlauben. Nicht die Durchsetzung eines Keynesianismus zur vermeintlichen Lösung der Probleme steht im Vordergrund, sondern das kapitalistische System mit seinen Widersprüchen, Auf- und Abschwüngen und seine Kriege ist das Problem.

Das Wochenende hat dazu beigetragen unseren politischen Gruppenstandpunkt zu vereinheitlichen und in Abgrenzung zu anderen

politischen Gruppen zu festigen. Das trug dazu bei das Profil der Gruppe zu schärfen.

Die solidarisch geführten und inhaltlich fundierten gemeinsamen Diskussionen haben positiv auf die Teilnehmer gewirkt. Die Erfahrung, trotz aller Vereinzelung der Genossinnen und Genossen in ihrer täglichen Arbeit gemeinsam an einem Ziel festzuhalten und dafür einzutreten hat den Teilnehmern wieder Auftrieb gegeben, was in den Zeiten des neoliberalen Mainstreams subjektiv einfach gut tut.



Hungeraufstände in Bangladesh

## Nahrungskrise

*Wir versuchen in diesem Artikel die ökonomischen Aspekte des Themas ansatzweise darzustellen. Es ist uns klar, daß dies weiter vertieft werden muß. Die ökologischen Seiten des Problems halten auch wir für wichtig; sie werden im folgenden aber nicht eingehend behandelt, da dies den Rahmen des Artikels sprengen würde. Für Anregungen, Informationen und Kritik unserer Leser/innen wären wir dankbar.*

**H**ungersnöte gibt es seit Menschengedenken. Meist treten sie als Folge von Naturkatastrophen ein. Die Massenmedien verbreiteten und verbreiten Bilder und Schilderungen des Elends in den betroffenen Regionen und rufen zu Spenden auf.

Als politisch/ökonomisches Problem werden Teuerung und Nahrungsmangel in jüngster Zeit wieder stärker wahrgenommen. Wohl kaum zufällig fällt diese Aufmerksamkeit zusammen mit Hungeraufständen in den verschiedensten Weltgegenden in unterentwickelten Ländern und mit Teuerung von Nahrungsmitteln in Industrieländern. Die Ursachen werden je nach politischer Ausrichtung der Analysten mehr oder weniger klar benannt.

Eine alte und wieder aufgewärmte Theorie ist die von der Überbevölkerung. Die Erdbevölkerung nimmt in der Tat zu und liegt derzeit bei rd. 6,3 Mrd. Menschen. Eine Erhöhung der Nahrungsproduktion ist also notwendig. Auch nimmt der Konsum an hochwertigen Nahrungsmitteln in Teilen der Bevölkerung von sogenannten Schwellenländern zu.

Daß die Produktionskapazität an Nahrungsmitteln nicht ausreiche

zusätzliche Konsumenten zu ernähren, hat schon der Geistliche der anglikanischen Kirche, Thomas Malthus im 19. Jahrhundert behauptet (andere Schriftsteller der Zeit wiederholend). Die Zunahme an Nahrung wachse in arithmetischer, diejenige der Bevölkerung aber in geometrischer Progression. Hungersnot sei also schicksalhaft, unvermeidlich. In dieser mathematischen Form ist Malthus zwar nicht wieder auferstanden. Hungersnot als Schicksal wird aber von vielen Medien propagiert. Implizit schwingt dabei mit: Geschieht den Afrikanern, Asiaten usw. ganz recht: Warum vermehren sie sich so unkontrolliert? Nur ein wenig Wohltätigkeit der „reichen Länder“, sonst ist nichts dagegen zu tun.

Natürlich will ich die bornierte Politik der katholischen Kirche zur Anwendung von Verhütungsmitteln nicht verteidigen. In manchen Regionen mag sie zur Verschärfung des Mangels beitragen (und vor allem die Ausbreitung von AIDS fördern). Aber mit der Nahrungskrise hat sie eher am Rande zu tun.

Nach aller historischen Erfahrung der letzten 150 bis 200 Jahre geht der Bevölkerungszuwachs mit steigendem Lebensstandard und

Bildungsniveau der Bevölkerung zurück.

Tatsächlich befinden wir uns in einer Epoche schneller Entwicklung der Produktivität in der Landwirtschaft. Vergleichbar mit der Anwendung des Kunstdüngers im 19. Jahrhundert, die zu einer rasanten Erhöhung der Ernteerträge führte und Untergangspropheten wie Malthus und andere auch in der Praxis widerlegte.

Nach Berechnungen von Agrarwissenschaftlern würde die Kapazität der Nahrungsmittelproduktion der Erde für rund 12 Mrd. Menschen ausreichen. Es scheint sich also langfristig weniger um ein Bevölkerungsproblem sondern um ein Verteilungsproblem zu handeln.

### Welthandel mit Nahrungsmitteln

*„Es ist aber nur der foreign trade, die Entwicklung des Markts zum Weltmarkt, die das Geld zum Weltgeld und die abstrakte Arbeit zur gesellschaftlichen Arbeit entwickelt.“* schrieb Marx schon vor rd. 150 Jahren in Theorien über den Mehrwert, Bd. 3, Kap. 21. Landwirtschaft spielte sich bis in jüngste

Zeit, wenn auch mit sinkender Tendenz in gegeneinander abgeschotteten Märkten ab. Konkurrenz etwa der wenig produktiven ostafrikanischen gegen die hochproduktive US-Landwirtschaft fand so gut wie gar nicht statt.

Das hat sich geändert.

Die volle Einbeziehung der Nahrungsmittel in den Welthandel muß zum Ruin der einheimischen Kleinbauern führen, die teilweise noch in weitgehender Subsistenzwirtschaft bzw. Naturaltausch leben.

Die Subventionierung durch die EU und die USA der aus den Industrieländern eingeführten Nahrung spielt dabei eine gewichtige Rolle. Sie verschärft den Konkurrenzdruck auf einheimisch erzeugte Nahrungsmittel in den unterentwickelten Ländern zusätzlich. Ebenso die stark gesunkenen Frachttarife und die Verfeinerung der Kühl- und Konservierungstechnik.

Doch die Produktivität der Landwirte (bzw. der Agrarindustrie) der „entwickelten“ Länder liegt auch ohne Subventionen meist höher als die der einheimischen Bauern oder Hirten. Das ist selbstverständlich kein Naturgesetz. Auch die landwirtschaftliche Produktion setzt in steigendem Maße Kapital ein für Maschinen, Dünge- und Pflanzenschutzmittel und verbessertes Saatgut bzw. auf höheren Ertrag gezüchtete Nutztiere. Hinzu kommen in entwickelten Ländern Infrastrukturinvestitionen, die den Transport der Produkte wie der Rohstoffe optimieren. Auch einige Staaten Osteuropas sind in dieser Hinsicht zu den entwickelten Ländern zu rechnen. Vor allem aber führte der Einsatz dieses Kapitals zu einer Steigerung des Know-how bei den landwirtschaftlichen Produzenten in nur wenigen Generationen.

Der Welthandel auf heutigem Niveau setzt die Erzeuger auch bei Nahrung bzw. Bodennutzung in direkte Konkurrenz zueinander. Die Produktivität der in unterentwickelten Ländern auf herkömmliche Weise arbeitenden Produzenten von Nah-

rungsmitteln liegt unter derjenigen der importierenden Agrarindustrie vor allem der USA und der EU-Länder.

In ersteren werden weniger moderne, arbeitssparende Maschinen eingesetzt. In den USA und Teilen Europas werden größere Flächen bestellt, was im Durchschnitt weniger Arbeitskraft pro Fläche und je Produkteinheit erfordert. Es gibt sicher Ausnahmen auch in Entwicklungs- und Schwel-



*Hungeraufstände, Oben auf Haiti, unten an der Elfenbeinküste*

lenländern wo günstige natürliche Voraussetzungen bestehen oder wenn in manchen Gegenden ebenfalls großflächig angebaut und mit moderner Technik gearbeitet wird (etwa zur Erzeugung von Futtermitteln).

Trotz dieser Einschränkungen wird man in der Regel davon ausgehen müssen, daß die in armen Ländern übliche kleinflächige Landwirtschaft ohne Maschinen, Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmittel, d. h. die dort tätigen Bauern weniger produktiv wirtschaften können als in den entwickelten Ländern.

Sie werden niederkonkurriert. Allenfalls in Regionen, in denen Subsistenzwirtschaft noch möglich ist, kann sich die einheimische Land-

wirtschaft auf niedrigstem Niveau noch halten.

Restriktive Zoll- und Handelspolitik tut ein Übriges. Die WTO, stets für freien Welthandel, hindert die Entwicklungsländer Schutzzölle oder andere Handelsrestriktionen gegen die billigen Nahrungsimporte aus den Industrieländern einzuführen. Gegen die meist verschuldeten Länder kann sie mit Hilfe des IWF und der Weltbank ausreichend Druck ausüben, auch wenn der Einfluß dieser beiden Organisationen derzeit zurückgeht. Gleichzeitig begnügt sich die WTO gegenüber den reichen Ländern mit sanften Mahnungen, die Handelshemmnisse und Schutzzölle für Produkte aus Entwicklungsländern abzumildern oder aufzuheben. Ebenso stützt sie die Patentrechte der Agrokonzerne bei Saaten und Tieren. Da gibt es keine Druckmittel. Macht geht auch über Handelsrecht.

Resultat dieser Politik: Die einheimischen Bauern werden ihre Produkte nicht mehr zu kostendeckenden Preisen los.

Verschärft wird dies durch die „Wohltätigkeit“ der reichen Länder. Wenn während und vor allem nach einer Hungersnot Getreide umsonst verteilt wird, entfällt die Notwendigkeit zum eigenen Anbau. Wohltaten führen oft zum Gegenteil dessen, was die Wohltäter

beabsichtigen. Ich will Mitleid und Spendenbereitschaft damit nicht herabsetzen. Sehr respektabel. Aber das ist kein moralisches Problem sondern ein Dilemma, das unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu lösen ist.

Eine der Möglichkeiten für die Betroffenen: Ehemalige Bauern, die ihre Landwirtschaft unter dem Konkurrenzdruck eingeführter Produkte aufgeben mußten, ziehen in die Städte (Slums) wo sie sich mit Kleinhandel und -gewerbe sowie Dienstleistungen notdürftig durchbringen. Der „Lebensstandard“ aber – so ärmlich er auch ist – liegt meist noch über dem der Landbevölkerung. Bei allen Unterschieden im Einzelnen drängen

sich Analogien mit der „Landflucht“ in den europäischen Ländern im 19. Jahrhundert auf.

Die Landflucht ist kurzfristig irreversibel. Auch bei wieder steigenden Preisen für einheimische Nahrung kommt es kaum zur Rückkehr zur Landwirtschaft im herkömmlichen Sinne. Kleinbauern z. B. auf den Philippinen ziehen mehr Nutzen aus ihren Parzellen, wenn sie den Getreideanbau aufgeben. „Auf Reisfeldern sind Fabriken, Wohnsiedlungen und Golfplätze entstanden“ (Die Zeit v. 17. 4. 2008). In Gebieten Afrikas und Lateinamerikas wird Nahrungsproduktion durch den profitablen Anbau von Blumen zum Export ersetzt. Diese Nutzungsänderung verdrängt große Teile der Landbevölkerung zugunsten weniger zu Verpächtern oder Dienstleistern gewordenen früheren Bauern.

Die 2. Möglichkeit für einen Teil der Bauern in den Entwicklungsländern ist die Umstellung auf „Weltmarktprodukte“ wie Kakao, Kaffee, Soja, Erdnüsse, Ölpalmen u.a. Internationale Kapitale unterstützen diese Entwicklung mit Krediten. Sie ermöglicht Handel mit großen Quantitäten gleichbleibender Qualität. Sie zwingt aber auch die Bauern zu „modernen“ Anbaumethoden mit meist sehr unerwünschten Folgen für die Umwelt. Dünger und Pflanzenschutzmittel kommen zu den ohnehin negativen Folgen von Monokulturen hinzu.

Insbesondere die Weltbank drängte die meist verschuldeten unterindustrialisierten Länder, solche cash crops zu produzieren um damit Exporterlöse zu erzielen die ihre Verschuldung lindern und die Kredite des Finanzkapitals sichern sollen.

Den Bauern bringt diese Alternative bei guten Ernten höhere Erträge und doppeltes Risiko. Nicht mehr nur Stürme oder Dürren sondern auch Schwankungen der Weltmarktpreise können zu ihrem Ruin führen. Das eine können sie so wenig beeinflussen wie das andere.

An die Stelle weitgehender Subsistenzwirtschaft, die Bauern und Städter in Entwicklungsländern ärmlich und unter ständiger Bedrohung durch natürliche Ernteaufälle immerhin ernährte, ist vielerorts Abhängigkeit von hoch produktiv erzeugten Welthandelsprodukten getreten.

## Verstärkende Momente: Energiegewinnung

„Weltweit gesehen, gehen nur 5 Prozent der Getreideproduktion in Biosprit, was sich aber ändern dürfte. Mittlerweile haben 41 Länder Programme für den Anbau und die Nutzung von Energiepflanzen aufgelegt.“ (Die Zeit v. 17. 4. 08)

Obwohl Kraftstoffgewinnung aus Getreide, Raps, Zuckerrohr u.a. immer noch weit kostspieliger ist als Erdöl oder Erdgas, sorgen Länder



Maisernte in USA

wie in der EU und die USA durch großzügige Subventionen für den weiteren Ausbau dieser Industrie. Die Begründungen sind verschieden. In Deutschland und weitgehend auch der übrigen EU steht der Klimaschutz im Vordergrund. Es gibt zwar Expertenmeinungen nach denen die CO<sup>2</sup>-Einsparung gering bis nicht vorhanden sein soll – aber Expertenmeinungen zu diesem Thema gehen z.Zt. 13 auf ein Dutzend. Die USA argumentieren offener. Treibstoff aus Pflanzen soll künftige Lieferengpässe aus erdölproduzierenden Ländern aus ökonomischen und/oder politischen Gründen ausgleichen. Auf jeden Fall geht Nahrung zugunsten von Treibstoff verloren. Großflächiger Anbau von Energiepflanzen trägt zu ebenso großflächigen Rodungen wichtiger Waldflächen bei. Wo bleibt da der Umweltschutz?

Mexiko war m.W. das erste Land in dem größere und teilweise gewalttätige Hunger-Unruhen ausbrachen. Erst hatten billige Mais-Importe aus den USA den heimischen Maisanbau weitgehend verdrängt. Dann verknappten sich die Einfuhren, weil ein großer Teil der Maisernten in den USA zu Biosprit „veredelt“ wurde. Die Preise für das Grundnahrungsmittel stiegen beträchtlich. Die Armen konnten nicht mehr genug zu Essen kaufen. „Ein hungriger Mensch ist ein wütender Mensch,“ erklärte

Brenda Barton, Sprecherin des Weltenernährungsprogramms der UN.

Mit dem weiteren Anwachsen der Biospritproduktion aus Nahrungspflanzen ist gerade in Regionen mit prekärer Ernährungslage mit verschärfter Mangelernährung und mit Hungerrevolten zu rechnen.

## Verschleppte Bodenreformen

In weiten Regionen der sogenannten 3. Welt liegen fruchtbare Böden brach bzw. werden nur extensiv (Viehwirtschaft) genutzt. Großgrundbesitzer haben Flächen in ihrem Eigentum, halten es aber offenbar nicht für lohnend, ihr Land für Ackerbau zu nutzen. Spekulation auf späteren großflächigen Anbau von Energie- oder Futterpflanzen mag dabei eine Rolle spielen.

In vielen Ländern Lateinamerikas gibt es zwar Gesetze zur Bodenreform, doch die Regierungen sind nicht willens oder in der Lage, diese durchzusetzen. Brasilien ist ein bezeichnendes Beispiel. Auch eine sozialdemokratische Regierung wagt sich nicht an das Eigentum der Großgrundbesitzer.

In einigen Ländern können die Landlords ihre Latifundien sogar noch ausdehnen, indem sie indigene Kleinbauern, die zwar seit Jahrhunderten dort leben und sich ernähren, häufig aber keine amtlichen Besitztitel für ihre Parzellen besitzen, mit Hilfe korrupter Behörden und eigener Pistoleros vertreiben. Hier nehmen die zur Nahrungsproduktion genutzten Flächen nicht nur nicht zu sondern ab.

Venezuela zum Beispiel muß 70% seines Nahrungsbedarfs einführen, obwohl das Land über große, fruchtbare Gebiete verfügt. Die dortige Regierung will jetzt Anstrengungen unternehmen, eine wirksame Bodenreform durchzuführen und die Gründung von Kooperativen zur Nahrungsproduktion mit günstigen Krediten, Straßenbau usw. zu unterstützen.

Großgrundbesitz ist zwar nicht überall in den nichtindustrialisierten Ländern verbreitet sondern vor allem in Mittel- und Südamerika, Teilen Afrikas (z.B. Äthiopien) und Asiens (Philippinen, Teile des indischen Subkontinents). Insgesamt trägt der

nicht intensiv genutzte Großgrundbesitz aber zum globalen Nahrungsmangel bei.

## Spekulation

Mit allen knappen aber weltweit nachgefragten Gütern wird spekuliert. Auch mit Nahrungsmitteln. Das ist nichts Neues. Spekulation ist häufig das erste Scheinargument, das Politikern und Medien zu den aktuellen Problemen einfällt. Es ist selten ganz falsch, lenkt aber zunächst von wichtigeren Ursachen ab.

Zur Zeit drängt seit der Immobilienkrise der Überschuss an anlagensuchendem Kapital in die Rohstoffmärkte und treibt die Preise. Dazu gehören auch Getreide und Futterpflanzen, die vor allem an der Börse in Chicago gehandelt werden. Die Spekulanten kaufen Rohstoffe natürlich überwiegend nicht in Natura sondern in Form von Terminkontrakten in der Hoffnung auf weiter steigende Preise über dem Wert dieser Stoffe. Sie machen ggf. aus dem Surplus damit Spekulationsgewinne. Die Rohstoffpreise steigen mit dem Preis der Kontrakte – auch die für Mais, Soja, Weizen usw. Es ist eine Blase, die das überschüssige Geld (z.B. aus Erdölgewinnen oder Zentralbankzahlungen) aufsaugt. Jede Blase ist aber bisher irgendwann geplatzt. Dann sind (für eine Weile) sinkende Preise auch für Nahrung zu erwarten. Ob Preisrückgänge an der Börse auch an notleidende Menschen in Afrika, Lateinamerika usw. weitergegeben werden, oder ob die Brot- und Milchpreise bei uns sinken werden, ist aber eher unwahrscheinlich.

## Mögliche Reaktionen innerhalb des kapitalistischen Systems

Unter dem gegebenen Produktionsverhältnis wird das Ansteigen der Nahrungspreise Bemühungen des Kapitals hervorbringen, die Produktivität der Landwirtschaft in

den unterentwickelten Ländern bzw. besonders fruchtbaren und verkehrsgünstigen Teilen derselben anzuheben. Anhebung des Bildungsniveaus scheint nach meinem Informationsstand nicht dazu zu gehören. Der Begriff Biotech faßt alle Initiativen wie ertragsstärkeres Saatgut bzw. Nutztierassen, optimierte Dünge- und



*Hungeraufstände auf Haiti*

Pflanzenschutzmitteln zusammen, die höhere Erträge bringen sollen und in der Regel auch bringen.

Das ist zunächst auch unausweichlich. Der Produktivitätsunterschied, auch wenn er je nach Land unterschiedlich sein mag, zwischen Industrie- und Entwicklungsländern muß tendenziell aufgehoben werden, wenn Nahrungsmangel in den unterentwickelten Ländern wirksam bekämpft werden soll. Die Initiativen in dieser Richtung haben allerdings einen Preis. Der Bedarf an Nahrung ist zwar Voraussetzung für das Interesse internationaler Konzerne an profitablen Kapitaleinsatz auf diesem Sektor der Verwertung. Die Produktivitätssteigerung hat aber diesem Verwertungsinteresse und nicht der Bedarfsdeckung zu folgen.

Chemie- und Saatgutindustrie der Industrieländer entwickeln er-

tragsreichere Saaten, optimierte Dünge- und Pflanzenschutzmittel. Höhere Ernten könnten die Folge sein, wenn die Bauern der Entwicklungsländer sie kaufen könnten. Das ist nur teilweise der Fall. Ohne Kredit, teilweise von den jeweiligen Regierungen oder durch internationale Institutionen subventioniert, zum Teil aber auch durch den Dorfwucherer (Indien), werden sie kaum großflächig eingesetzt.

Verbesserungen bei Ackerbau und Viehzucht sind ein legitimes Mittel, den Nahrungsbedarf zu decken. Züchtung besseren Saatguts, ertragreicherer Nutztiere, Entwicklung von Dünger und Pflanzenschutz haben seit Menschengedenken das Nahrungsmittelangebot erhöht und zahlreichere Bevölkerungen mehr oder weniger gut ernährt.

Heute finden diese Verbesserungen unter Weltmarktbedingungen statt. Nicht mehr die Bauern selbst züchten (oder bekannte Institutionen wie im Mittelalter die Klöster u.a.) sondern transnationale Konzerne bieten die modernen Anbaumittel und -methoden an. Damit ist die Verbesserung der Erträge Teil der internationalen Kapitalverwertung, der Profitmaximierung und damit auch zur Machtfrage geworden.

Beginnen wir beim Saatgut. Vor allem der führende Konzern Monsanto bietet ertragreiche Terminator Saaten an. Diese bringen gute Erträge; das geerntete Korn ist aber nicht keimfähig – also nicht zur Wiederaussaat brauchbar. Die Bauern müssen nach jeder Ernte neues Saatgut von einem der Konzerne, z.B. von Monsanto (oder auch von Bayer- oder BASF-Töchtern, von DuPont/Pioneer, Syngenta oder Dow), kaufen. „*Druck ... bekommen die Brac-Leute (Regierungsinstanz in Bangladesch, Anm. d. Verf.) nicht nur von den Bauern sondern auch von Hilfsorganisationen aus dem Westen. Hybridreis, warnen die, mache abhängig von den Saatgutherstellern, denn man müsse bei gewissen Sorten stets neu Samen kaufen; sie sind nur einmal fruchtbar.*“ (Spiegel 20/2008, S. 135)



Monsanto scheint als erster Konzern, und andere folgten nach, regelrechte Abhängigkeiten z. B. in einigen Regionen Indiens geschaffen zu haben. Den Bauern ist es unter Berufung auf Patentrechte verboten (d.h. unter Konventionalstrafe gestellt) wieder anderes Saatgut zu verwenden. Nur bestimmte Dünge- und Pflanzenschutzmittel dürfen eingesetzt werden – natürlich sind das auch Produkte der jeweiligen Agrokonzerne. Wenn anfängliche Kredite zum Erwerb der Hybrid-Saaten auslaufen und zum Unglück noch ungünstiges Wetter zu schlechter Ernte führt, finden sich die Bauern hoffnungslos verschuldet. Gerade in Indien sollen Tausende überschuldeter Bauern Selbstmord verübt haben.

Dünge- und Pflanzenschutzmittel sollen schnelle Erhöhung der Ernteerträge bewirken. Langfristige Untersuchungen sind bei der Verwertung des eingesetzten Kapitals nicht vorgesehen. In einigen Regionen vor allem in Asien gibt es mittlerweile resistente Schädlingsstämme. Gewiß wird man auch gegen die irgendwelche neuen Mittel erfinden und die Produzenten werden sie kaufen müssen – egal zu welchem Preis. Ähnliches ist auch zum Düngemiteleininsatz bekannt geworden.

Kapitalistische Produktion besonders im Zeichen des Shareholder Value Denkens kennt langfristige Erprobung problematischer Stoffe und Produktionsmethoden nur als Kostenfaktor. Kosten sind zu vermeiden.

## Gentechnik

Ähnliches läßt sich zum Einsatz von Saatgut bzw. von Zuchttieren sagen, deren Genom künstlich verändert wurde. Im Prinzip ist meiner Ansicht nach dagegen nichts zu sagen. Die fast schon religiöse Feindschaft von Umweltschützern gegen genveränderte Produkte ist wenig rational. Seit es Landwirtschaft gibt, werden genveränderte Produkte erzeugt und verzehrt.

Der gravierende Unterschied besteht m.E. darin, daß genveränderte Nahrung vom Konsumenten schwer erkannt werden kann, daß eine Abgrenzung von genveränderten gegen nicht gentechnisch manipulierte Arten schwer bis gar nicht

möglich ist und daß Gentechnik eben nicht von einzelnen Züchtern erst einmal kleinflächig und längerfristig in der Praxis erprobt, sondern von großen Konzernen großflächig und kurzfristig eingesetzt wird.

Letzteres halte ich für das entscheidende.

Genmanipulierte Produkte, bei denen in langfristiger Erprobung keine negativen Eigenschaften festgestellt werden, können wichtige Beiträge für eine Steigerung der Nahrungsproduktion leisten. Auf Beteuerungen der profitierenden Konzerne allerdings ist wenig zu geben. Das hat spätestens die lange Diskussion über die „Harmlosigkeit“ von Asbest erwiesen – um nur ein Beispiel zu nennen. Gerade die langfristige wissenschaftliche Erprobung ist aber im kapitalistischen Produktionsverhältnis nicht erwünscht. Die Konzerne werden stets darauf drängen, ihre neu entwickelten genveränderten Saaten schnellstmöglich in großem Umfang einzusetzen. Staatliche Einschränkungen oder Verbote werden unterlaufen.

Die internationalen Konzerne müssen aus Gründen optimaler Kapitalverwertung die genmanipulierten Saaten verkaufen, um die eingesetzten Kapitale möglichst schnell umzuschlagen und damit zu amortisieren. Langfristige Erprobung, falls notwendig Absetzung von Gentechnik auf bestimmten Sektoren, wenn schädliche Folgen festgestellt werden, sind mit kapitalistischer Verwertungslogik unvereinbar. Dasselbe gilt für die Schadensersatzpflicht der Hersteller gentechnisch veränderter Produkte.

Am 16. 5. 2008 ging in Bonn eine UN-Konferenz zu Ende, die international gültige Regeln für Schadensersatzansprüche gegen die Agrochemiekonzerne für schädliche Wirkungen von deren Produkten festlegen sollte. Die Agrochemie und von ihr beeinflusste Regierungen (vor allem die USA) wehrten sich mit aller Macht und mit Erfolg. Die Einigung, daß die Schadensersatzpflicht grundsätzlich anerkannt wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Auf die Modalitäten, mit denen Schadensersatz auch praktisch und in internationalem Rahmen durchgesetzt werden kann, konnte man sich nicht einigen. Aber schon in 2 Jahren

will man noch einmal verhandeln. Sehr löblich.

Solange diese Zustände bestehen, halte ich Widerstand gegen Gentechnologie generell für berechtigt.

## Fazit

Bei einem so komplexen und regional so unterschiedlich strukturierten Problem wird niemand Universalrezepte zur Behebung der Nahrungskrisen erwarten können. Es bleibt übrig, Scheinursachen und Ablenkungsmanöver als solche aufzudecken, Ursachen festzustellen und, soweit möglich, mit verbessertem Wissen Solidarität auch über die Ländergrenzen anzustreben. Auf vielen Feldern wäre noch genug zu tun. Mir war es z.B. (siehe oben) nicht möglich, Fakten über die Möglichkeiten einer Fachausbildung für Landwirte in den unterentwickelten Ländern (über einige Einzelprojekte hinaus) zu erhalten. Dabei wäre das ein wichtiger Aspekt – neben vielen anderen.

Stand: Ende Mai 2008

Anzeige



**Antifaschistisches Blatt**  
**info**  
Nr.79 | Sommer 2008

**Erinnerungsarbeit  
Literatur nach Auschwitz**

Kostenloses Probeexemplar:  
Antifaschistisches Infoblatt  
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin  
e-mail: aib@nadir.org  
web: www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro  
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Aus **analyse&kritik**  
ein monatliches Magazin

# Nichts weiter als ein ideologisches Abwehrmittel

## Der Schauspieler und Gewerkschaftsaktivist Rolf Becker im Interview

**E**iner breiteren Öffentlichkeit bekannt ist der Schauspieler Rolf Becker vor allem durch



seine Gastauftritte in deutschen Krimserien wie „Derrick“, „Der Alte“ oder „Tatort“. Daneben überzeugt der Schauspieler Rolf Becker aber auch durch sein politisches Engagement: Er ist Vorstand des ver.di-Ortsvereins Hamburg, setzt sich für die Freilassung Mumia Abu-Jamals ein und unterstützt das Gnadengesuch des ehemaligen RAF-Mitglieds Christian Klar. *ak sprach mit Rolf Becker über den „Linksruck“ in Deutschland, die Linkspartei, neu-alten Antikommunismus und die Regression des aufgeklärten Denkens.*

**ak: Gibt es einen Linksruck in Deutschland?**

Rolf Becker: Ein wachsender Teil der Bevölkerung ist gezwungen, einen Ausweg zu finden aus einer materiellen Lage, die sich stetig verschlechtert. Das betrifft die Arbeitslosigkeit und die prekäre Arbeit – also alle Menschen, deren Löhne im Hartz-IV-Bereich oder darunter liegen. Diese Sorgen um die Existenzbedingungen der eigenen Familie, vor allem der Kinder, macht die Menschen nachdenklich, und sie verhalten sich entsprechend. Die Umfragewerte der Meinungsforscher zeigen: Es gibt kaum noch einen Sektor der Politik der Bundesregierung, für den sie mehr als 50 Prozent Zustimmung erhält. Von dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr über die Flüchtlingsfrage, Hartz IV, Gesundheitswesen bis zur Bildungs- und Wohnungspolitik – die Regierung stößt auf Ablehnung von 60 bis 80 Prozent der Bevölkerung. Das heißt, wir haben eine Minderheitsregierung. Aber nicht nur

die regierenden, sondern auch die Oppositionsparteien haben keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Und der stetig größer werdende Block der Nichtwähler bildet eine Partei, die eines Tages zerfallen wird. Wenn die Nichtwähler auf Grund ihrer miserablen Existenzbedingungen gezwungen sind zu wählen, dann wird sich ein großer Teil nach rechts außen wenden. Das ist das Potenzial, auf das die NPD und andere faschistische Parteien setzen.

**Welche Rolle spielen Wahlen gegenwärtig – was können sie bewirken?**

Ich halte es für Demagogie zu behaupten, die Verhältnisse, unter denen die Menschen leiden, könnten mit Hilfe von Wahlen grundlegend verändert werden. Ob diese oder jene Koalition – was ändert sich dadurch? Allenfalls Nuancen – die Grundlinien der Politik sind durch Vorgaben aus der Wirtschaft bestimmt, die dem Wähler als „Sachzwänge“ und damit unabänderlich präsentiert werden. Unerwähnt bleibt dabei, dass es sich bei „unserer“ Demokratie um eine bürgerliche handelt. Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie ist ein Instrument des Interessenausgleichs innerhalb der herrschenden Schichten, aber sie ist kein Hebel, mit dem sich die deklassierten und unterdrückten Massen aus ihrer Lage befreien können. Den Stimmzettel fürchten die Herrschenden nicht, das zeigt die Geschichte der Bundesrepublik. Die KPD wurde verboten, die DKP konnte nur gelegentlich auf lokaler Ebene die Fünf-Prozent-Hürde nehmen. Die Grünen avancieren zum Koalitionspartner der CDU, und die Berliner PDS, jetzt die Linkspartei, trägt den Sozialabbau des SPD-Senats mit. Was die Herrschenden fürchten, ist, dass Menschen sich direkt vernetzen, organisieren und Widerstand leisten.

**Aber die LINKE will einen anderen Weg einschlagen als die mittlerweile etablierten Grünen, indem sie**

**sich auf genuin sozialistische Werte konzentriert.**

Die LINKE bildet sich erst. Sie ist noch keine Partei der Arbeitenden und Arbeitslosen. Sie ist ein Sammelbecken für Oppositionelle unterschiedlichster Weltanschauungen: Enttäuschte Sozialdemokraten, linke Idealisten, Menschen, die in sozialen Bewegungen organisiert waren oder es noch sind und deren Gruppen jetzt in der LINKEN aufgehen. Sie hat noch kein politisch solides Fundament.

**Die Linkspartei wird vor allem von den Sozialdemokraten heftig attackiert. Kurt Beck bezeichnet sie sogar als „so genannte Linke“ und will damit offenbar sagen, die LINKE sei in Wahrheit eine Rechte.**

Dieser ideologische Quatsch interessiert mich wenig. Entscheidend ist, was sich realpolitisch abspielt. Vor den Wahlen versuchen die Sozialdemokraten, die Linkspartei zu zersetzen, um die Verluste der SPD in Grenzen zu halten. Nach den Wahlen werden sie versuchen, die LINKE zu integrieren. Man darf nicht vergessen, dass Oskar Lafontaine an der Spitze der Partei steht – jemand, der früher in der SPD den keynesianischen Flügel repräsentiert hat. Er war nicht bereit, die wirtschaftlichen Einschnitte der Hartz-IV-Gesetze mitzutragen und den Krieg gegen Jugoslawien zu führen. Das resultierte aus vernünftigen Überlegungen, allerdings von der Idee getragen, dass man den Kapitalismus menschlicher gestalten kann – eine Illusion, wie sich herausstellt.

**Inwiefern?**

Ein Großteil der politischen Werte, die von der Linkspartei heute vertreten werden, sind Werte, für die die SPD zur Zeit von Willy Brandt gestanden hat. Wäre diese Politik, deren Grundlage die Vollbeschäftigung war, dauerhaft möglich gewesen, dann hätte die SPD sich nicht davon verabschiedet und

wäre nicht auf den Neoliberalismus eingeschwenkt. Jetzt will die LINKE wieder einen Kapitalismus mit mehr sozialer Gerechtigkeit schaffen. Aber allenfalls eine relative und zeitweilige Machtverschiebung wird möglich sein – und das auch nur, wenn der Druck breiter Bevölkerungsschichten groß genug wird.

#### **Und die Gewerkschaften?**

In dem Verhältnis von SPD und Linkspartei spielen die DGB-Führung und die Führungen der Einzelgewerkschaften eine wesentliche Rolle. Eine aktive Minderheit von Mitgliedern versucht zwar, sich ein eigenständiges kritisches Denken zu bewahren und entsprechend aufzutreten – aber mit bislang nur gelegentlichem Erfolg. Ein Argument, von Seiten der DGB- und SPD-Vorstände immer wieder vorgetragen, ist die Forderung auf Erhalt des Standortes Deutschland. Ein Aufruf zur Konkurrenz der Arbeitenden untereinander. Darüber hinaus eine Verklausulierung des Nationalbegriffs.

Ich will das erklären: Vor Jahren hatten mich Kollegen der IG Metall zu einem kleinen Beitrag auf der Betriebsversammlung bei VW Braunschweig eingeladen. Fast 4.000 Beschäftigte waren in der Halle, und außer der Werksleitung auch Ferdinand Piëch und andere Mitglieder der Konzernspitze. Die Bühne war umrahmt von einem riesigen Transparent mit der Aufschrift „Zukunft gestalten – Standort erhalten!“ Ich fragte die Kollegen, welchen Standort – VW? Gegen wen? Gegen Opel, Mitsubishi, Fiat, Renault? Oder gegen Daimler und BMW? Vielleicht auch gegen VW Salzgitter, VW Emden oder VW Wolfsburg? Die Beschäftigten eines Betriebes gegen die anderer Betriebe, bis hin zur Konkurrenz innerhalb des eigenen Werkes. Kolleginnen und Kollegen gegen Kolleginnen und Kollegen, Arbeiter gegen Arbeiter. Und entsprechend Standort Deutschland gegen Standort Frankreich, Korea oder Japan. Also deutsche Arbeiter gegen französische, amerikanische, asiatische – bis sie sich eines Tages eine Waffe in die Hand drücken lassen, um ihren Standort zu verteidigen. Wie kurz darauf in Serbien, als die Zastava-Automobilwerke zerbombt wurden und damit 60.000 Beschäftigte ihre Arbeitsplätze verloren – im ersten Angriffskrieg, an dem sich Deutschland seit 1939 betei-

ligte. Oder wie heute am Hindukusch. Und morgen?

*Nicht nur das Establishment der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, die als Multiplikator des verkappten Nationalismus fungieren, gelten als Treibhäuser falschen Bewusstseins: Lilo Lottermoser von der Kommunistischen Plattform Clara Zetkin beispielsweise beklagt das „kleinbürgerliche Genörgel über die Ungerechtigkeiten gegen Arbeiter und sozial Ausgegrenzte“ in der LINKEN und fordert von ihrer Partei, sich endlich einer zeitgemäßen Ideologiekritik des Kapitalismus zu widmen statt dem naiven Moralisieren.*

Ich sehe das etwas anders. Die moralische Empörung über bestehende Missstände ist berechtigt und notwendig. Aber sie genügt nicht. Unsere Kritik darf sich nicht darauf beschränken. Wir müssen die, die ständig über die „Sauereien“ einzelner Regierungsmaßnahmen oder dieser oder jener Partei oder bestimmter Einzelpersonen schimpfen, daran erinnern, dass das regierende Bürgertum nicht mehr und nicht weniger als sein Klasseninteresse vertritt. Entsprechend gilt es, das Klasseninteresse der Unterdrückten zu verteidigen. Wir können den Herrschenden doch nicht vorwerfen, dass wir so schwach sind. Wir müssen uns vielmehr die Frage stellen, wie wir unsere Schwäche überwinden. Für die Linkspartei heißt das: Wie schafft sie es, sich nicht integrieren und nicht korrumpieren zu lassen, sondern sich ausschließlich an den Interessen der Arbeitenden und Arbeitslosen zu orientieren.

*In jüngster Zeit bläst das bürgerliche Lager wieder zur Parforcejagd auf alle, die im Verdacht stehen, Linke zu sein. Ist das der uralte Antikommunismus oder eine neue Form der Linken-Phobie?*

Es ist nur konsequent: Die Regierenden und die Arbeitgeberverbände müssen den breiter werdenden außerparlamentarischen Widerstand fürchten, der aus den sich verschlechternden Lebensbedingungen resultiert. Eine Weile kann gegen die Bevölkerung regiert werden, aber auf Dauer kann das bürgerliche Lager seine Politik nicht ohne ihre Billigung durchsetzen. Es hat die große Zustimmung zum GDL-Streik als ein Warnsignal verstanden.

Seine Propaganda gegen alles, was Kommunismus bedeutet, was DDR war, und ihre Gleichsetzung mit dem Faschismus ist nichts weiter als ein ideologisches Abwehrmittel.

*In den neoliberalen Denkfabriken, in denen diese Ideologie produziert wird, finden sich nicht wenige ehemalige 68er – beispielsweise der Historiker Götz Aly. Er verortet die Väter seiner eigenen Bewegung nicht mehr in der Frankfurter Schule, sondern in der NSDAP.*

Götz Aly folgt damit der Linie von Denunziationen der Linken, die sich durch die gesamte Geschichte der Bundesrepublik zieht. Jetzt werden auch die 68er mit den Nazis verglichen. Ein besonderer Akzent ergibt sich, weil aus dieser Bewegung die RAF hervorgegangen ist. Deshalb wird jetzt an Christian Klar ein Exempel statuiert, um alle zu warnen, die weiterhin bereit sind, kritisch zu denken. Alys Verhalten ist nichts anderes als ein Sich-Heranwerfen an die Brust der nährenden Bourgeoisie. Seine Darstellung hat mit der historischen Realität der 1968er-Bewegung nichts zu tun – vielmehr mit Schablonen einer radikalen Vereinfachung des Denkens, die mich an die Endphase der Weimarer Republik erinnern und die mir zunehmend Angst machen.

#### **Warum?**

Weil alle, die sich noch zum aufgeklärten Denken bekennen, kritische Fragen an die Geschichte stellen und vernünftige Schlüsse für die Gegenwart daraus ziehen, mehr und mehr in die Isolation gedrängt werden. Bislang führt das zu Benachteiligungen bis hin zum Berufsentszug, ist aber nicht wirklich bedrohlich – noch nicht ...

*Kennen Sie Beispiele von Benachteiligungen?*

Peter Sodann. Als er 2005 an der Spitze der sächsischen PDS-Landesliste für das Linksbündnis zur Bundestagswahl antreten wollte, wurden sämtliche Fernsehproduktionen, in denen er mitgewirkt hatte, aus dem Programm genommen – noch bevor seine Kandidatur feststand. Es wurde angekündigt, er könne keine weiteren Filme mehr drehen. Ihm wurde also der Entzug seiner wirtschaftlichen Existenzgrundlage angedroht. Das ist nicht nur in unserer Zunft gut verstanden worden, so dass kaum noch jemand

unbefangen politisch diskutiert und Stellung nimmt.

### Es gibt also Berufsverbote?

Es bedarf keiner strafrechtlichen Sanktionen, um Menschen zum Schweigen zu bringen. Das funktioniert heute wie von selbst – anders als beim Niedergang der Weimarer Republik: Damals war die Arbeiterbewegung relativ stark. Daher waren polizeiliche Zwangsmaßnahmen notwendig, um die Vereinheitlichung politischer Standpunkte, das eindimensionale Denken und schließlich – unter der Herrschaft der Faschisten – die Gleichschaltung der öffentlichen Meinungsäußerung durchzusetzen.

### Warum ist der Widerstand heute so schwach?

Es gibt zwar Ansätze von Arbeitern und Arbeitslosen, sich zu formieren. Die werden niedergeschrien und niedergeschrieben, weil die Herrschenden sie fürchten.

Eine Arbeiterbewegung, die sich diesem Prozess entgegenstellt, gibt es nicht. Wäre eine Kraft da, die kritische Wissenschaftler und Künstler schützt, würde sich der eine oder die andere vielleicht wieder aus der Defensive herausbewegen und Mut fassen, sich zu äußern. Das Schweigen der Intellektuellen hat einen Doppelcharakter: Zum einen ist festzustellen, dass die Einschüchterung funktioniert. Hinzu kommt, dass eine wachsende Anzahl von Menschen sich zu den Entwicklungen der politischen Verhältnisse nicht mehr als Köpfe verhält, sondern nur noch als Bäume, wie Bertolt Brecht es einmal ausgedrückt hat. Das heißt, sie wollen angenehm leben, weiterhin in die guten Restaurants gehen und ihren Wohlstand nicht aufs Spiel setzen. Vielfach handelt es sich auch um vorauseilenden Gehorsam, noch nicht aus Angst vor Repressionen geboren, sondern aus einer realistischen

Einschätzung der Machtverhältnisse und dem Willen, auf keinen Fall zu den Opfern zu gehören.

### Opfer? Das klingt beängstigend...

Wer sein kritisches Denken bewahren will, muss eben bereit sein, Konsequenzen in Kauf zu nehmen, von denen wir noch nicht wissen, wie weit sie eines Tages reichen werden. Von Guantánamo in den USA bis zur Debatte über den Tabubruch einer Einschränkung des Folterverbots in Deutschland – die Signale werden reflektiert, und sie werden verstanden...

Interview: Susann Witt-Stahl

**analyse & kritik**

ak - zeitung für linke debatte und praxis  
a.k.i Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Rombergstr. 10,  
20255 Hamburg  
redaktion@akweb.de  
www.akweb.de



## Versammlungsgesetz auf bayerisch

**A**m 1. September 2006 trat die so genannte „Föderalismusreform“ bundesweit in Kraft. Neben der Zentralisierung des Gewaltenapparates erlaubt sie es unter anderem, auf Länderebene ein eigenes Versammlungsgesetz zu erlassen. Die CSU-Staatsregierung in Bayern legte im Februar 2008 einen eigenen Entwurf zu einem bayerischen Versammlungsgesetz vor. Dieser hat es in sich! Er sieht eine weitere massive Einschränkung des demokratischen Rechts auf Versammlungsfreiheit vor und beschneidet damit die Meinungsfreiheit erheblich.

Auch bisher schon ist dieses Recht durch das (Bundes-)Versammlungs-

gesetz unzumutbar eingeschränkt. Versammlungen unter freiem Himmel müssen angemeldet werden. Es gibt Auflagenbescheide der Behörden, es gilt das „Schutzwaffenverbot“ (als sogenannte *passive Bewaffnung* gelten zum Beispiel Schienbeinschoner, Lederjacken oder andere feste Kleidung, die vor Verletzungen schützt, etc.), das „Vermummungsverbot“, das „Uniformierungsverbot“ und drei Leute sind schon eine Versammlung. All dies gilt heute bereits für Versammlungen unter freiem Himmel und darf nach dem Grundgesetz auch nur unter freiem Himmel gelten. Zudem sichert das Grundgesetz ein ausdrückliches Grundrecht auf freie Versammlung nur deutschen StaatsbürgerInnen zu.

### Die Demonstration am Küchentisch

Nach dem Gesetzesentwurf der CSU-Regierung aber sollen viele dieser Einschränkungen und noch etliche weitere auch für Versammlungen in geschlossenen Räumen gelten, teilweise sogar bei nichtöffentlichen Versammlungen. Die Ausweitung des Versammlungsgesetzes auf nicht-öffentliche politische Versammlungen – darunter können beispielsweise auch Gruppen- und Bündnistreffen, Streikversammlungen, geschlossene Informationsveranstaltungen, Seminare und ähnliches fallen – stellt diese verschärft unter staatliche Kontrolle.

Sie ermöglicht damit Verfolgungs- und Ordnungsbehörden noch mehr als bisher die Reglementierung und Kriminalisierung weiter Teile politischer Meinungsbildung.

### Flugblattverteilen anmelden?

Der neue Gesetzesentwurf definiert „eine Zusammenkunft von mindestens zwei Personen zur gemeinschaftlichen, überwiegend auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung“ als Versammlung. Darunter fallen schon zwei Personen, die z.B. Flugblätter verteilen, was demnach zukünftig angemeldet werden muss. Auch ist denkbar, dass damit sogar eine nichtöffentliche Diskussion von zwei Menschen gemeint ist, sofern diese eben „auf die öffentliche Meinungsbildung gerichtet“ ist.

### Gesinnungs-TÜV für OrdnerInnen und VeranstalterInnen

Neu ist auch, dass von allen OrdnerInnen die Personalien angegeben werden müssen. Dies kann auch für Versammlungen in geschlossenen Räumen verlangt werden. Sowohl OrdnerInnen als auch VersammlungsleiterInnen können von der Ordnungsbehörde nach eigenem Gutdünken als „ungeeignet“ abgelehnt werden. Faktisch werden AnmelderInnen und OrdnerInnen damit einem „Gesinnungs-TÜV“ unterzogen werden. Verständlicherweise wird es viele Menschen abschrecken, sich für diese Aufgaben zur Verfügung zu stellen, wenn zu erwarten ist, dass ihre persönlichen Daten dauerhaft bei Polizei und Geheimdiensten gespeichert werden.

Die/der VersammlungsleiterIn soll außerdem per Gesetz zum verlängerten Arm der Polizei gemacht werden. Schon jetzt gibt es immer wieder Strafverfahren und gerichtliche Auseinandersetzungen um die Frage, inwieweit VersammlungsleiterInnen für die Abläufe auf einer Versammlung verantwortlich sind. Zukünftig werden sie pauschal verpflichtet, „geeignete Maßnahmen“ bereits im Vorfeld zu ergreifen, um „Gewalttätigkeiten aus der Versammlung heraus zu verhindern“. Auch hier ent-

scheidet letztlich die Polizei, welche Maßnahmen „geeignet“ sind.

### „Das ist das Gesetz, mit dem der schwarze Block verboten werden soll“ (Zitat eines Polizisten)

Das gegenwärtig gültige „Uniformierungsverbot“ in der Öffentlichkeit soll um ein sogenanntes Militanzverbot erweitert werden. Danach wäre es verboten „an einer öffentlichen oder nichtöffentlichen Versammlung in einer Art und Weise teilzunehmen, die dazu beiträgt, dass die Versammlung oder ein Teil hiervon nach dem äußeren Erscheinungsbild 1. militärisch geprägt wird oder 2. den Eindruck von Gewaltbereitschaft vermittelt und dadurch eine einschüchternde Wirkung entsteht.“ Auch hier bleibt das geplante Gesetz unkonkret und pauschal. Die Einschätzung des „äußeren Erscheinungsbildes“, des „Eindrucks von Gewaltbereitschaft“ und die „einschüchternde Wirkung“ kann natürlich nur vor Ort – und damit von der Polizei vorgenommen werden. Darunter können GewerkschafterInnen mit Streikwesten fallen, die laut und mit erhobenen Fäusten gegen ihre Entlassung protestieren und damit eventuell den Unternehmer „einschüchtern“. Oder gemeint ist der/die Jugendliche mit einem Sex-Pistols-T-Shirt, der/die laut und kämpferisch „Nazis raus“ ruft, was ein NPD-Marschierer auch als „bedrohlich“ empfinden könnte. Damit wird der ureigenste Sinn einer politischen Demonstration ad absurdum geführt, denn schließlich geht es darum, eigene Interessen kämpferisch, machtvoll und lautstark auf die Straße zu tragen.

### Demo vs. Sommerschlussverkauf

Ebenso absurd ist, dass eine Versammlung zukünftig verboten werden kann, wenn sogenannte „Rechte Dritter“ unzumutbar beeinträchtigt werden. Auch mit dieser schwammigen Formulierung wird den Ordnungsbehörden Tür und Tor für Verbote unliebsamer Versammlungen geöffnet. Schließlich haben Ansammlungen von vielen Menschen immer Auswirkungen auf „Unbeteiligte“, seien es Autofahre-

### Meinungsfreiheit? Zum Beispiel 1. Mai in München



Zu Beginn der DGB-Kundgebung am Marienplatz am 1. Mai 08 nahmen Zivilpolizisten eine Genossin zunächst ohne Begründung kurzzeitig fest. Bei einer weiteren Person wurden unter dem skurrilen Vorwand einer „verdachtsunabhängigen Kontrolle auf Grundlage des Schengen-Abkommens“ die Personalien aufgenommen. Und dies mitten auf dem Münchner Marienplatz! Der Vorwurf: während der Versammlung/des Aufzugs des DGB hätten die beiden nicht themenbezogene Redebeiträge über Lautsprecher gehalten.

„Bullen raus aus der Demo“ ist, geht es nach der Polizei „themenfremd“ auf der 1. Mai Demo. Allerdings vergessen die Polizeikräfte dabei, dass sie als Polizisten im Dienst generell nichts innerhalb welcher Demonstration auch immer verloren haben. Einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz in diesem Sinne zu behaupten, kann nur als äußerst freche Schikane verstanden werden und bedeutet einen weiteren Versuch Versammlungsfreiheit mit Füßen zu treten.

Die beiden Vorfälle reihen sich ein in diverse Fälle von Repression, die sich vor dem Hintergrund der Debatten um das geplante bayerische Versammlungsgesetz gegen DemonstrationsteilnehmerInnen häufen.

So wurde dem Anmelder der Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz 2007 vorgeworfen „nichtthemenbezogene Redebeiträge“ und Verstöße gegen den Auflagenbescheid nicht unterbunden zu haben. Er musste vom Amtsgericht freigesprochen werden!

Noch nicht abgeschlossen ist der Prozess gegen die 2. Anmelderin, die mit denselben Vorwürfen konfrontiert ist.

rInnen am Samstag in der Innenstadt, die LadenbesitzerInnen am Rande einer Demonstrationsroute oder die Unternehmer, vor deren Fabrik eine Streikversammlung stattfindet.

Die bürokratischen Hürden für die Anmeldung von Versammlungen werden deutlich in die Höhe geschraubt. Gefordert werden soll demnächst eine vielseitige „Anzeige“ mit dem Ort, dem Zeitpunkt und dem Ende, dem Thema, der erwarteten Anzahl der TeilnehmerInnen, dem beabsichtigten Ablauf, der mitgeführten Gegenstände und technischen Hilfsmittel sowie persönlichen Daten von VeranstalterIn, LeiterIn und OrdnerInnen. Damit wird die jahrelange tendenziell versammlungsfeindliche und auch rechtlich umstrittene Praxis beispielsweise des KVR München per Gesetz für ganz Bayern verpflichtend. Die Frist, vor öffentlicher Bekanntgabe eine Versammlung anzumelden, soll von derzeit 48 Stunden auf bis zu 96 Stunden erhöht werden.

Erweitert werden sollen auch die Befugnisse der Polizei, Filmaufnahmen von Versammlungen anzufertigen und zu speichern. Nach dem Entwurf dürfen „Übersichtsaufnahmen“ zukünftig ganz legal für immer aufbewahrt werden, wenn sie „zur Auswertung des polizeitaktischen Vorgehens verwendet werden“.

### Ganz Bayern auf der „Münchener Linie“

Diese Aufzählung der geplanten Verschärfungen ist immer noch nicht vollständig. Insgesamt entspricht der Gesetzesentwurf dem Wunsch Katalog der Ordnungsbehörden und der Polizei, konkret wohl dem des Münchner Kreisverwaltungsreferates und des Münchner Polizeipräsidiums. Er soll auch heute schon praktizierte Auslegungen in Gesetzesform gießen. Der Entwurf bleibt in vielen Punkten so undeutlich, dass damit der Ermessensspielraum durch Polizei und Ordnungsämter deutlich ausgeweitet wird. Bei der zu erwartenden restriktiven Linie ist damit zu rechnen, dass künftig wohl nur noch solche Versammlungen ungestört stattfinden können, die zahm, freundlich und staatsreu darum bitten, ihre Belange vorbringen zu dürfen.

### Gesetzesverschärfung gegen Nazis?

Die Staatsregierung argumentiert in der Öffentlichkeit damit, mit dem geplanten Versammlungsgesetz neonazistische Aufmärsche leichter untersagen zu können. Tatsächlich wäre das auch heute schon möglich, jedoch mangelt es am politischen Willen der Behörden. So konnten in den Jahren 2006 und 2007 die bundesweit einzigen Ersatzveranstaltungen für den andernorts verbotenen Rudolf-Heß-Marsch ausgerechnet in München stattfinden, ein Verbot wurde trotz der seit 2005 geänderten Rechtslage nicht in Betracht gezogen.

Das neue Versammlungsgesetz würde es im Gegenteil erheblich erschweren, gegen Naziaufmärsche und -veranstaltungen offen und wirkungsvoll zu demonstrieren. Das neue Gesetz würde schon Aktionen der Zivilcourage und des zivilen Ungehorsams gegen rechte Aktivitäten verbieten, selbst wenn sie im Vorfeld eines solchen Anlasses stattfinden.

Die Rote Hilfe ist schon jetzt mit einer Vielzahl an Verfahren wegen angeblicher Verstöße gegen das geltende Versammlungsgesetz konfrontiert, die immer wieder große Mengen an Geld

und Anstrengungen verschlingen. Mit dem neuen Versammlungsgesetz werden diese Verfahren noch zunehmen. Die öffentliche politische Artikulation soll auch dadurch erschwert werden, dass die Kosten und Risiken für Organisationen und Einzelpersonen immer höher werden.

Sollte dieses Gesetz in Kraft treten, wird das auch Auswirkungen auf die Versammlungsfreiheit in anderen Bundesländern haben. Es ist anzunehmen, dass sich die Innenminister der Länder darauf geeinigt haben, im bekanntermaßen versammlungsfeindlichen Bayern mit absoluter Mehrheit der CSU dieses Gesetzesvorhaben durchzuführen, um es bei Erfolg auch in anderen Ländern übernehmen zu können. Umso wichtiger ist es, hier und jetzt das In-Kraft-Treten des Gesetzes zu verhindern!

Lasst uns gemeinsam den CSU-Gesetzesentwurf zur weiteren Einschränkung der Versammlungsfreiheit verhindern!

#### **Solidarität ist eine Waffe!**

*Rote Hilfe, Ortsgruppe München*

*weitere Informationen + Termine:  
versammlung.blogsport.de  
muenchen.verdi.de  
demorecht.de*

In München gab es gegen das geplante bayerische Versammlungsgesetz in den letzten Wochen zwei Demonstrationen. Die erste fand am 31. Mai statt, veranstaltet von einem breiten Bündnis von der FDP bis zu autonomen Gruppen. An dieser Demonstration nahmen über 2500 Menschen, vor allem junge aus dem linken Spektrum teil. Auffällig war, daß die Gewerkschaften auf dieser Demonstration nicht sichtbar waren.

Ein anderes Bild drei Wochen später: Etwa dieselbe Anzahl Menschen demonstriert, diesmal aufgerufen von ver.di und dem DGB Region München und, wie es im Aufruf heißt „unterstützt von DGB – Bezirk Bayern, Landtagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, über 100 Organisationen und Initiativen“.

Hier sind sehr viele ver.di und IG Metall Fahnen zu sehen, was fehlt sind die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration vom 31. Mai. Und noch etwas fällt auf: Viele der Kolleginnen und Kollegen

sind aus anderen bayerischen Städten angereist, trotzdem sind es nur um die 2000 Menschen, die an diesem Tag demonstrieren; eine erfolgreiche Mobilisierung sieht anders aus.

Die Mobilisierung gegen das geplante Gesetz krankte von Anfang an. Nach Meinung des Verfassers waren die Gewerkschaften nicht willens gegen das Gesetz zu demonstrieren, weil viele Funktionäre wohl davon ausgehen, daß es die Gewerkschaften nicht betrifft. Daß sie einem Aufruf zugestimmt haben, ist nur einigen linken Kreisen innerhalb der Gewerkschaft geschuldet, die keine Ruhe gegeben haben, bis der Demo-Aufruf stand.

Das Gesetz soll noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Viel Zeit einen breiten Widerstand zu organisieren, bleibt also nicht mehr. Es ist davon auszugehen, daß der Landtag dem Entwurf – mit kleineren Umformulierungen, die an seinem Wesen aber nichts ändern – zustimmen wird.



# Ein Wahldesaster für Labour

P assenderweise war es am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, als Gordon Browns Labour Party bei den Kommunalwahlen in England und Wales heftige Schläge versetzt wurden, wie auch bei der Wahl zum Bürgermeister von London. Labour verlor mehr als 330 Ratssitze, die Tories gewannen mehr als 250, während die Liberaldemokraten gemäßigte Gewinne erzielten. Der Wähleranteil der Tories betrug 44%, die Liberaldemokraten erhielten 25% der abgegebenen Stimmen, während Labour mit 24% nur auf den dritten Platz kam. Die Wahlbeteiligung scheint um die 35% gelegen zu haben, eine normale Zahl bei Kommunalwahlen. Wo etwas Ärger verursachte, wenn z.B. die Müllabfuhr alle 14 Tage statt jede Woche kam, war die Wahlbeteiligung höher, während in Liverpool Central mit seinem sehr hohen Ausländeranteil die Zahl unter 10% lag.

Die Bankenkrise, die höheren Preise für Nahrungsmittel und Treibstoff, der ständige Anstieg der Kosten für Gas und Elektrizität schaffen mehr Armut; ärmere Leute müssen sich nun entscheiden, ob sie es warm haben wollen oder sich etwas zu essen kaufen. Dazu kam die Entscheidung von Brown, die Untergrenze für die Besteuerung abzuschaffen (die er

selbst früher eingeführt hatte), was 5,3 Millionen der am schlechtesten bezahlten Arbeiter traf, die jetzt um die 200 Pfund mehr im Jahr bezahlen müssen. Dies führte, neben anderem, dazu, daß Labour eine Schlappe erhielt, die die meisten Parlamentarier und Regierungsmitglieder überrascht zu haben scheint.

Die Labour Party verlor die Kontrolle über Gemeinderäte im Süden, wo sie bis vor einigen Jahren schwach war, aber auffälligerweise übernahmen die Tories die Räte von wenigen Städten im Norden (nicht in den Großstädten, wo sie eine rare Spezies sind) und in Wales. In Wales waren sie niemals stark gewesen, daher pflegten die Tories Kandidaten als „Unabhängige“ zu tarnen, aber heuer hatten sie genug Selbstvertrauen, um aus dem Untergrund aufzutauchen. Ehemalige Labour-Hochburgen wie etwa Kohlebergbauggebiete im Süden von Wales kehrten Labour den Rücken. In Blaenau Gwent vergrößerten diejenigen ehemaligen Labour-Mitglieder ihren Anhang, die vor Jahren aus der Partei ausgeschlossen worden waren, da sie sich geweigert hatten, einen Blair-Anhänger, der ihnen von London vor die Nase gesetzt worden war, zu akzeptieren. Dieser hatte die folgenden Wahlen dann alle gewonnen. Flintshire im industriellen Norden von Wales ging ebenso verlo-

ren. Plaid Cymru, die Partei der Nationalisten, verlor die Kontrolle von Gwynedd im ländlichen Westen von Wales, vielleicht, weil ihr angelastet wurde, daß sie in der Welsh Assembly (dem „Parlament“ von Wales) mit Labour eine Koalition eingegangen ist. Man kann sagen, daß die Konservativen in Wales und in Teilen von England wieder einen Fuß in die Tür gebracht haben. Sie waren dort in der Thatcher-Ära verschwunden, spätestens aber durch die Anziehungskraft von New Labour in den frühen 90er Jahren. Einige dieser Ergebnisse sind natürlich der Ausdruck von Proteststimmen. Man kann sie nicht in eine Unterstützung bei den Wahlen zum Parlament in London umrechnen.

Nach der erniedrigenden Niederlage breitete sich das Gerede aus, Brown müsse abgesägt und ein neuer Führer gefunden werden, ebenso eine Diskussion darüber, was alles schiefgelaufen ist. Dabei sind die erwähnten möglichen neuen Führer völlig unseriös: Brown hat sich selbst mit unbedeutenden Figuren umgeben, und obwohl die Blair-Anhänger grinsen, würde niemand ernsthaft einen von Ihnen in Betracht ziehen. Brown ist ein vorsichtiger Mann, der gegen Blairs Einstellungen viele gemäßigte Reformen durchdrückte, um die Armut bei Rentnern, Kindern u.a. zu beseitigen. Er ist ein ernsthaft-



Gwyneth Dunwoody, die 34 Jahre lang Labour-Abgeordnete für Crewe war, starb plötzlich. Deshalb fand am 22. Mai eine Nachwahl statt. Dunwoody war eine alte rechte Sozialdemokratin, aber sie stellte sich sehr der Politik von New Labour entgegen, vor allem

der Privatisierung. Crewe wurde von den Lokomotivfabriken und dem Werk von Rolls Royce beherrscht. Es ist eines der größten Eisenbahnzentren im Land. Dunwoody wurde Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses, der sich mit dem Transportwesen befaßt. Sie stellte unnachgiebig die Probleme heraus, die durch die Privatisierung hervorgerufen wurden. Dies tat sie so sehr, daß Blairs Lakaien sie ersetzten, aber nach vielen Protesten wurde sie wieder eingesetzt.

In Sorge, sie könnten den Sitz nach den desaströsen Kommunalwahlen am 1. Mai verlieren,

setzte das Labour-Gipfeltreffen Dunwoody's Tochter als Kandidatin ein – sie ist ein Mitglied der Welsh Assembly. So verzweifelt war der Labour-Gipfel, daß er versuchte, mit Klassenkampfparolen die Emotionen hochzupeitschen, da der Kandidat der Tories ein Millionär war, der durch eine der Eliteschulen gegangen war, die die traditionelle Elite des Landes ausbilden. Das war bizarr, da Blair den Klassenkampf schon vor Jahren für tot erklärt hatte. Abstoßend aber war, daß man die „Gastarbeiter“ zum Wahlkampfthema machte. Labour möchte Personalausweise einführen; diese sind unpopulär



ter Denker und schaut sehr genau darauf, den weniger Glücklichen in der Gesellschaft zu helfen, aber er versuchte den Superreichen zu gefallen, den Banken und den Finanziers der Londoner City, um sie nicht zu erschrecken. Das endete damit, daß er diejenigen verletzte, denen er helfen wollte. Die Linke im Parlament ist schwach und ihr fehlt eine populäre Führungsgestalt. Sie ist nicht in der Lage, Brown herauszufordern, wie das Scheitern von John McDonnell bewies, als er versuchte, genug Unterstützer zu bekommen, um gegen Brown kandidieren zu können. Brown und verschiedene Minister sprachen von der Notwendigkeit, zuzuhören, um wieder Verbindung zu den Labour-Anhängern zu bekommen. Jedesmal, wenn Blair von den Wählern eine über bekam, wurden diese Banalitäten ausgespuckt. Brown setzte Blairs Taktik fort, den Einfluß der Parteimitglieder und der Gewerkschaften auf dem Labour-Parteitag zurückzudrängen. Es ist daher kaum überraschend, daß sie die Verbindung mit ihrer Wählerbasis verloren haben. Parlamentsabgeordnete von Labour berichteten, in manchen Wahlkreisen „hatten sie all ihre Fußsoldaten verloren“, d.h. die Aktivisten.

Es sind nicht nur die Zugeständnisse bei den Steuern für die Reichen und die ausländischen Multimillionäre, wie die russischen Oligarchen, die hier leben, sondern es ist eine Politik wie die massenhafte Schließung von Postämtern, die Pläne, Arztpraxen zu

und werden mit autoritären Regimes in Verbindung gebracht. Sie waren nur während es Zweiten Weltkriegs in Gebrauch, hauptsächlich wegen der Rationierungen. Labour machte zum Wahlkampfthema, daß ausländische Arbeiter Personalausweise haben müssten – viele Tausende polnische Arbeiter leben in Crewe!

Ein Vorsprung von 7.000 Stimmen für Gwyneth Dunwoody verwandelte sich in eine Mehrheit für die Tories von fast 8.000. Der Ärger über Labour machte es zu einer realen Wahrscheinlichkeit, daß der Sitz verloren gehen würde, aber das Ausmaß der Niederlage



Die streikenden UNITE-Kollegen

schließen und stattdessen Polikliniken in weiter Entfernung einzurichten, die als Privatunternehmen betrieben werden sollen. Die Skandalpresse hat die weit verbreitete Korruption unter den Parlamentariern aufgedeckt. Während des Wahlkampfes um den Stellvertretenden Parteivorsitz haben praktisch alle Kandidaten illegale Zahlungen von Geschäftsleuten

war ein Schock. In den wenigen Tagen, die seitdem vergangen sind, haben nur wenige Labour-Abgeordnete geäußert, daß Brown gehen müsse. Die meisten rufen nach einem Wechsel in der Politik, um verlorene Wähler wiederzugewinnen, besonders die traditionellen Wähler. Die Blair-Clique hat keine glaubwürdige Figur, aber auch die Linke nicht, nach ihrem Scheitern (bei den Wahlen) 2007, um genug Unterstützung zu erhalten. Brown ist von politischen Pygmäen umgeben, darum wird er für jetzt auch bleiben. Aber es sieht so aus, als ob das Projekt „New Labour“ im Stehen sterben würde.

erhalten. Abgeordnete haben Familienangehörige beschäftigt, die in manchen Fällen niemals einen Fuß ins Parlament gesetzt haben. Ausgaben für Flüge, Taxis usw. wurden aufgedeckt, und es stellte sich heraus, daß für Aufwendungen unter 200 Pfund keine Quittungen erforderlich waren. So etwas gilt für niemand anders. Es hat sich ein gewisser Zynismus ausgebreitet, ein Gefühl, sie sind „alle gleich“, „nur für sich selbst da“, das oft gerechtfertigt ist. Dies wurde von einigen Parlamentsabgeordneten wahrgenommen, die nach der Notwendigkeit rufen, der Öffentlichkeit eine Art philosophisches Bild zu präsentieren, wofür Labour steht, was Labour unterscheidet, anders macht. Das wird interessant werden!

Ein zweitägiger Streik am letzten Wochenende von Mitgliedern der Gewerkschaft UNITE bei der Grangemouth Ölraffinerie in Schottland führte zu einem vollständigen Sieg. Die Raffinerie gehörte vorher zu BP, aber sie wurde von einer dieser Private-Equity-Firmen mit dem Namen INEOS gekauft, die sich darauf spezialisiert haben, alte Industriebetriebe aufzukaufen und sie für gewöhnlich dann in Häppchen wieder verkaufen. Der Boss von Ineos, Jim Ratcliffe, entschloß sich, das Berechnungssystem für die Renten der Beschäftigten abzuschaffen. Wie u.a. bei den Postämtern und im Öffentlichen Bereich basierte das Rentensystem auf dem letzten Jahreslohn. Das wollen jetzt alle durch einen niedrigeren Ausgangswert ersetzen. Dem stellte sich UNITE entgegen und INEOS kapituliert. Aber sie beharrten darauf, daß für neu Eingestellte nicht den letzten Jahreslohn als Berechnungsgrundlage gelten solle. So rief UNITE als Beginn des Arbeitskampfes zu einem zweitägigen Streik auf. Grangemouth versorgt das gesamte britische Öl- und Gasleitungsnetz in der Nordsee mit Dampf und anderen Dienstleistungen, damit Öl und Gas an Land gepumpt werden können. So brachten die Streikenden bei Grangemouth bald die gesamte britische Öl- und Gasförderung zum Erliegen. Ineos kapituliert und die Berechnungsgrundlage der Renten bleibt, wie sie war.

# Einige Anmerkungen zu Afghanistan

**I**ch denke, es ist es lohnend, von Großbritannien aus einige Gedanken zum Thema Afghanistan beizutragen, mit dem sich die letzte Arsti beschäftigt hat. Natürlich ist Afghanistan multiethnisch, aber es war eine ethnische Gruppe, die es über 200 Jahre lang regiert

hat, die Paschtunen. Die einzigen Ausnahmen waren vier Monate im Jahr 1929 und die Zeit zwischen dem Fall des PDPA-Regimes 1992 und dem Sieg der Taliban 1996. Die Taliban erhielten ihre Unterstützung von den Paschtunen, und sie tun es noch. Sie wurden vom Geheimdienst Pakistans und dessen Militär unterstützt. Auf der anderen Seite der Grenze, in Pakistan, gibt es fast genauso viele Paschtunen. Das Britische Empire führte drei Kriege mit dem Ziel, Afghanistan an Indien anzuschließen: 1838 bis 1842, 1878 bis 1880 und 1919. Sie scheiterten. Die Briten entwickel-



ten Respekt sowohl für die kämpferischen Qualitäten der Paschtunen als auch für ihren unabhängigen Geist. Die Stammesgebiete auf der pakistansischen Seite der Grenze konnten

niemals unter die Kontrolle der Regierung in Britisch Indien gebracht werden; diese Situation dauert bis heute an. Das Verlangen nach Paschtunistan, was bedeuten würde, die paschtunischen Gebiete von Pakistan abzutrennen und sie an Afghanistan anzugliedern, ist ein ständiger Grund

zur Besorgnis in Pakistan, einer zerbrechlichen und künstlichen Schöpfung, die in ihrem Aufbau ebenso multiethnisch ist.

Britische Militärs und seit wenigen Jahren auch einige Politiker haben gesagt, der Krieg im Irak sei verloren, die NATO verliert den Krieg in Afghanistan, aber mit mehr Truppen und mehr Nachschub kann er gewonnen werden. Von daher rührt der Druck, vor allem auf Deutschland, sich in die Kampfhandlungen im Süden einzuschalten. Hier sagen sie: „Die Deutschen sollten diesen Komplex wegen Hitler und der Nazis über-

## Unrecht in Liverpool bereinigt

Im Jahr 2007 gab die TGWU-Sektion (Transportarbeitergewerkschaft) von UNITE, der Supergewerkschaft, die durch die Vereinigung von AMICUS und TGWU zustandekam, zu, daß eine Abstimmung über eine Resolution, die Liverpooler Dockarbeiter in ihrem langen Kampf zu unterstützen, die bei der Konferenz der TGWU als „verloren“ gewertet worden war, in Wirklichkeit gewonnen wurde. Die damalige Führung unter Bill Morris hatte gelogen.

Am 23. Mai berichtete die Liverpool Daily Post auf der ersten Seite, daß Eddie Roberts, der vor 14 Jahren von Bill Morris finanzieller Unregelmäßigkeiten bezichtigt worden war, durch eine erneute Untersuchung von diesem Vorwurf

freigesprochen wurde. Diese war mit einer Entschuldigung versehen. Seine Rente wurde erhöht.

Eddie Roberts begann sein Arbeitsleben 1962 in den Ford-Werken in Halewood, außerhalb Liverpool. Am Ende des Jahrzehnts war er Erster Vertrauensmann; er wurde zu einer lokalen Legende. Dank Roberts zog die TGWU zehntausende von Arbeitern an, deren Gewerkschaften korrupt waren und die sich weigerten, zu kämpfen. Er wurde hauptamtlicher Funktionär der TGWU in Liverpool und später der führende Funktionär in der Region.

1994, während man mit den Dockarbeitern zu tun hatte, leitete Bill Morris, der Generalsekretär der TGWU, eine Untersuchung über

die Finanzen der TGWU in der Gegend von Liverpool ein. Diese führte dazu, daß Roberts, John Farrell und zwei andere von ihren Posten entfernt wurden. Mir wurde erzählt, daß Streikende während einer langen Auseinandersetzung in Liverpool „unter dem Ladentisch“ bezahlt wurden, d.h. inoffiziell, aus einer geheimen Kasse.

John Farrell war der Erste Vertrauensmann der TGWU in den Vauxhall-Werken (General Motors) in Ellesmere Port. Er hatte diesen Posten von Tony Woodley übernommen, als dieser hauptamtlicher Funktionär der TGWU in Liverpool geworden war. Woodley wurde zum stellvertretenden Generalsekretär der TGWU gewählt, als Morris in Rente ging.

Es hatte Spannungen zwischen der TGWU-Linken in London und derjenigen im Nordwesten von

winden; das ist lange her!“ Aber was bedeutet es, in Afghanistan zu gewinnen?

Die USA hatten einen Afghanen, der im Ölgeschäft tätig ist und der auch Paschtune ist, in der Hinterhand. Karsai wurde gebührend als Präsident installiert, aber seine Regierung wird von anderen Ethnien aus der Nordallianz dominiert, die die Bodenkämpfe für die USA ausführten. Nicht nur seine Regierung, auch seine regionalen Gouverneure, seine Polizei usw., alle sind korrupt; viele sind in den Drogenhandel verwickelt. In Bezug auf die Menschenrechte ist diese Regierung marginal besser als die Taliban, aber sie ist schlimmer, was Kriminalität, Korruption und Drogen betrifft. Als britische Truppen einen korrupten Gouverneur absetzten, verurteilte Karsai sie deswegen und er blockierte die Ernennung von Paddy Ashdown zum Vizekönig. (Ashdown hatte den Job in Bosnien getan, wo er gewählte Politiker einfach entließ, wenn sie nicht taten, was er ihnen sagte.) Karsai griff die Briten auch an, weil sie sich um eine Übereinkunft mit den Taliban bemühten. Britische Truppen waren daraufhin gezwungen, sich unter dem Schutz der Taliban zurückzuziehen. Sehr erniedrigend! Karsai versuchte, den Afghanen zu zeigen, daß er kein Hampelmann des Westens ist.

In seiner Rede auf der Labour-Parteikonferenz 2007 gab der britische Außenminister David Milliband zu, daß es für die Kriege im Irak und in Afghanistan keine militärische Lösung gebe. Noch glauben anscheinend einige Politiker in den beteiligten NATO-Ländern, daß sie in Afghanistan möglich

ist. Die NATO-Intervention wirkt völlig unkoordiniert. Es gibt die eine Seite, die „die Herzen und Hirne gewinnen“ will, und auf der anderen Seite die Be-



strebungen, die Taliban mit militärischer Gewalt auszulöschen. Diese zwei Ziele verhalten sich oft gegensätzlich zueinander, wenn Dörfer in Stücke gesprengt werden und Hochzeitsgesellschaften aus der Luft bombardiert werden. Die NATO versucht, eine Art staatlicher Struktur zu schaffen, auf der Karsais Regime aufgebaut werden könnte, während sie gleichzeitig versucht, die Taliban, seinen Feind, auszulöschen. Da die Basis der Taliban die Paschtunen sind, die größte ethnische Gruppierung in Afghanistan und traditionell die herrschende Nationalität dort, könnte der Kampf noch viele Jahrzehnte lang dauern. Ebenso hat die Auseinandersetzung, ungeachtet

der obskurantistischen Philosophie der Taliban, teilweise den Charakter eines nationalen Befreiungskampfes gegen fremde Besatzer und deren lokale Marionetten.

Das afghanische Abenteuer ist ebenso schlecht durchdacht wie das irakische. Vor kurzem stellte sich heraus, daß die Regierung Blair annahm, da die Irakis überwiegend weltlich eingestellt waren, könne Saddam leicht ersetzt werden. Der Einfluß der schiitischen Fundamentalisten, ähnlich wie im Iran, überraschte sie völlig. Niemals zuvor hatten sie von Mukthada al-Sadr und seiner schiitischen Bewegung gehört. Offensichtlich überredete Jack Straw Blair, sich mit einer Gruppe von Irak-Experten zu treffen. Das tat er einmal, aber vielleicht nur, um Straw glücklich zu machen, da er von ihren Ratschlägen keinen beherzigte. Manche Menschen befragen die Sterne, andere Teeblätter, George W. Bush hatte dafür Gott. Blair aber hatte diesen Luxus nicht, da Gottes Stellvertreter auf Erden, der Papst und die auserwählten Kirchenführer, alle gegen den Krieg waren. So hatte er nur seinen Glauben an sich selbst – und wohin hat uns dieser geführt? Es ist nicht klug, Analogien mit anderen historischen Situationen herzustellen, aber man kann Parallelen zu Vietnam sehen und dem Scheitern des Versuchs der USA, dem Süden ein Marionettenregime aufzupropfen, während sie gleichzeitig die Nationale Befreiungsfront und die nordvietnamesische Armee bekämpften. Die NATO sollte aus Afghanistan verschwinden und es den Afghanen selbst überlassen, eine Lösung zu finden!

*m.j. (5.5.08)*

England gegeben. Der Grund war, daß die Londoner Linke, die von der KP dominiert war, als Teil eines Deals nicht einem Rechten den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs streitig machen wollte, aber die Linke im Nordwesten stellte John Farrell als Kandidaten für diesen Posten auf. Bei der Auseinandersetzung der Liverpools Dockarbeiter tat Morris nichts, um sie zu unterstützen. Es war nicht das einzige, daß er z.B. der ÖTV sagte, sie solle nicht die Liverpools Streikenden unterstützen, da

die Auseinandersetzung „inoffiziell“ sei.

In dem Artikel der Daily Post berichtete Eddie Roberts, daß Morris diesen Fall fabriziert hatte, um Tony Blair zu helfen, da kämpferische Gewerkschaften eine Peinlichkeit für New Labour waren. (Blair und Morris saßen zusammen in einem Ausschuß, und der Letztere wurde nach seiner Pensionierung von Blair in das House of Lords entsandt.) Als Morris von der Daily Post um eine Stellungnahme gebeten wurde, sagte er nur, das sei

Geschichte, und die würde er nicht kommentieren.

*m.j. (26.5.08)*

#### P.S.

Morris war ein Mann der Linken, als er das erste Mal zum Generalsekretär der TGWU gewählt wurde, in einer Kampfabstimmung gegen den rechten Flügel. Er stammt aus Westindien und ist der erste schwarze Gewerkschaftsführer in Großbritannien. Nach und nach rückte er nach rechts.

**A**m 8. Juni des Jahres fanden in Sachsen die Kommunalwahlen statt. Den Medien waren sie eine kurze Meldung wert. Zum einen wegen der weiter gesunkenen und geringen Wahlbeteiligung von weit unter 50 Prozent, zum anderen wegen dem

so machen es alle anderen Figuren in der bürgerlich-politischen Arena.

Eine Ausnahme ist die LINKE. Sie versucht in den Städten und Kreisen mit Aktionen und Initiativen den Nazis etwas entgegenzusetzen. Von den anderen Parteien bekommt sie dazu meist keine Unterstützung.

Und das ist nicht nur so dahergesagt. Bei der Ministerpräsidentenwahl gab es nämlich auch einen NPD-Kandidaten. Dieser erhielt zwei Stimmen mehr als die NPD im Landtag tatsächlich Sitze hat. Das ist nichts Neues und auch ist kein Zufall. Das war bereits bei der Wahl von Milbradt

## Schon wieder mal besorgt...

### Nach der Kommunalwahl: NPD flächendeckend in den sächsischen Kreistagen vertreten

erfolgreichen Abschneiden der NPD. Die Nazis konnten ihren prozentualen Stimmenanteil von 1,3 Prozent auf 5,1 Prozent steigern. Zum ersten Mal sind sie flächendeckend zur Wahl angetreten. Voller Häme berichtete die CDU-nahe Sächsische Zeitung im Vorfeld der Wahl über die Schwierigkeiten der NPD, genügend Kandidaten zusammenzubekommen. Ihre Listen bekäme sie nur zusammen, weil sie Westkader nach Sachsen importiere, orakelte das Blatt. Diese Taktik würde nicht aufgehen, so die Zeitungsmacher, zumal auch die Wahlprognostiker die NPD bei einem Stimmenanteil von unter zwei Prozent sahen.

Jetzt sitzen die Nazis in allen sächsischen Kreistagen. Ein Novum und sicher auch eine neue Qualität. Vor allem in den ländlichen Regionen haben die Nazis inzwischen eine feste Basis. Das beste Ergebnis erreichten sie in der Sächsischen Schweiz, einer braunen Hochburg, über die wir schon des Öfteren berichtet haben. Mit 7,5 Prozent der Stimmen liegen sie da deutlich vor der SPD.

Natürlich sind die politischen Akteure wieder einmal zu tiefst besorgt und erschreckt. Und sie reagieren wie gewohnt. Der neue Ministerpräsident Stanislaus Tillich (MP Milbradt musste wegen Unfähigkeit und seiner Verstrickung um Spekulationsgeschäfte der Sächsischen Landesbank zurücktreten) ruft jetzt dazu auf, sich stärker mit der NPD und ihren Parolen auseinanderzusetzen. So hat es schon Biedenkopf gemacht, so hat es Milbradt gemacht, so machen es die blassen Gestalten der SPD und

Dafür bekommt sie dann aber die Rechnung präsentiert. Natürlich von den Nazis. Regelmäßig werden Scheiben von Parteibüros eingeworfen,



*NPD-Wahlkampf im sächsischen Himmel*

manchmal ein Büro zerstört und die Wände mit Naziparolen beschmiert. Und natürlich arbeitet die Polizei völlig erfolglos. Die Bösewichte sind einfach nicht zu kriegen!

Eindeutiger Sieger der Kommunalwahl ist aber die CDU. Sie bleibt trotz leichter Verluste, so der Kommentator der Sächsischen Zeitung, ganz klar die bestimmende und die stabilste politische Kraft in Sachsen. Für den neuen Ministerpräsidenten sei das eine gute Ausgangslage für die kommende Landtagswahl.

Sie freuen sich die Herren! Wenn man so fest im Sattel sitzt ist die NPD für sie eher ein Randproblem. Da überwiegt die Freude über den Wahlsieg. Und man kann jede Wette eingehen, dass Tillichs Aufruf gegen die NPD bereits in wenigen Tagen vergessen ist. Ernst gemeint war er sowieso nie. Wie soll man sich denn auch mit den Nazis ernsthaft auseinandersetzen, wenn deren Ideologie in den eigenen Reihen verwurzelt ist?

so. Wurde durch die Medien damals der Vorgang noch als die Begleichung alter Rechnungen durch frustrierte Hinterbänkler dargestellt, so geht das heute nicht mehr. Das sind Überzeugungstäter, das sind Nazis ohne das Parteibuch der NPD. Darüber, dass es von dieser Sorte mehrere gibt und wie diese mit faschistischen Kreisen verbunden sind, haben wir berichtet.

Deshalb war das nach der Wahl von Tillich auch kein Thema mehr. Schnell geht man jetzt zur Tagesordnung über. Diese wird keine ernsthafte Bekämpfung der Nazis beinhalten. Man wird eher den Ratschlag des Dresdner Politologen, Patzelt, eines profilierten Schönschwätzers des Neoliberalismus, aufgreifen. In einem Interview in der Sächsischen Zeitung meinte er: „Der CDU möchte ich als vordringlich ans Herz legen, den rechten Rand sauber zu kriegen. Mein Rat an die übrigen demokratischen Parteien lautet: Behindert die CDU nicht dabei, am rechten Rand der NPD Wähler wegzufischen“. Im Klartext heißt das: CDU rücke noch weiter nach rechts, übernehme Naziparolen und überhole damit die NPD auf der rechten Spur!

Wahrlich eine saubere Strategie von sauberen Demokraten. Da weiß man nicht wen man mehr fürchten soll. Die NPD oder die CDU oder alle Beiden! Es spricht zurzeit nichts dagegen, dass die CDU den Patzelt-Ratschlag nicht annimmt. Die sächsische CDU wird weiter nach rechts rücken und dabei die anderen Parteien mitnehmen. Es ist fatal wie sich der Schatten von Weimar zeigt.

# Die Sowohl-als-auch-Partei

Den Mitgliedern von „Die Linke“ steht in den nächsten Monaten eine Programmdiskussion bevor. Kann eine Vereinigung mit einer sozialistischen Linie und einer des Brückenschlags zu den Regierenden auf einen Nenner kommen?

Die Parteilandschaft der Bundesrepublik hat sich zu einem Fünfparteiensystem entwickelt – mit einer im Aufwind befindlichen Vereinigung links von der schwächelnden SPD. „Die Linke“ hat auf ihrem Gründungsparteitag zunächst zur Selbstverständigung „Programmatische Eckpunkte“ verabschiedet. Nun beabsichtigt sie, ein Parteiprogramm zu erarbeiten. Wie sich ihre Zielsetzung und vor allem ihre Politik entwickeln, wird davon abhängen, ob sie den Erwartungen von vielen abhängig Arbeitenden und sozial Ausgegrenzten an eine konsequente Interessenvertretung gegen die Offensive des Kapitals gerecht werden wird. Wenn ja, bleibt sie als Bestandteil sozialer und politischer Gegenwehr im Aufwind; wenn nein, wird sie sich als neuer „linker Flügel“ des politischen Systems an den Futterkrippen der Staatsmacht einrichten und unweigerlich an Glaubwürdigkeit und Zustimmung verlieren. Bloße Hoffnungen oder gar politischer Glaube an linke Lauterkeit ihrer Politiker helfen nicht weiter.

## Innere Gegensätze

Die marxistische Linke muß, wenn sie auf diese Entwicklung Einfluß nehmen will, den vielschichtigen, widersprüchlichen Charakter der neuen Partei begreifen und ihre eigenen politischen und programmatischen Positionen deutlich machen. Sie sollte sich dabei darauf einstellen, daß die Entscheidung zwischen den Alternativen Interessenvertreterin der abhängig arbeitenden Klasse oder Manövriermasse der Kapitalherrschaft eine ganze Weile offen bleiben wird. Wohl längere Zeit werden wir es mit beiden Tendenzen zu tun haben. Deren Gewichtung ist ungewiß, weil von den Klassenkämpfen, dem

Verhältnis zwischen westdeutschen und ostdeutschen Landesverbänden, aber auch eben vom Agieren der antikapitalistischen Linken abhängig. Sie ist nicht zuletzt deshalb schwer zu bestimmen, weil „links blinken“ – gerade auch in Programmdokumenten – als Methode rechter, kapitalismusfreundlicher Politik außerordentlich wirksam ist.

Auch linke Parteien können nicht danach beurteilt werden, was sie von sich selbst sagen, sondern ausschließlich danach, welche Rolle sie tatsächlich in den politischen Auseinandersetzungen spielen. Die neue Vereinigung ist zum einen das Resultat einer 18jährigen erfolgreichen Entwicklung der linken „Ostpartei“ PDS unter den Bedingungen des „gewerbsmäßigen Parlamentarismus“. Zum anderen ist sie vor allem in Westdeutschland eine Allianz unterschiedlicher Linker, bestehend aus Mitgliedern der ehemaligen PDS, engagierten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, die sich enttäuscht von der SPD abgewandt haben, ehemaligen Mitgliedern der DKP und anderer Organisationen der antikapitalistischen und marxistischen Linken und nicht zuletzt von abhängig Arbeitenden und sozial Ausgegrenzten mit dem Bedürfnis, sich parteipolitisch organisiert besser gegen den neoliberalen Kapitalismus wehren zu können.

Die politische Spitze dieser Allianz ist deren Bundestagsfraktion. Diese steht im großen und ganzen für einen antineoliberalen Oppositionskurs gegen Sozialabbau, Privatisierung und Kriegführungspolitik. Ihre Schwäche besteht insbesondere in einer unzureichenden Aufklärung der arbeitenden Klasse über die wirklichen gesellschaftlichen Zusammenhänge ihrer sozialen und politischen Situation.

In Ostdeutschland ist „Die Linke“ im Grunde genommen die „alte“ PDS mit ihren bekannten Problemen einer Sowohl-als-auch-Partei. Regional, so in Leipzig, betreibt sie eine engagierte linke Politik, besorgt aber auch, wie besonders in Berlin, bereits als Dublette der neoliberal gewandelten SPD die politischen Geschäfte

des Kapitals. Da werden herzliche Geburtstagsgrüße an den Genossen Fidel Castro übersandt und Kuba als „totalitäres Regime“ verurteilt. Viele ihrer Politiker kämpfen gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum, andere sind daran beteiligt, das kommunale Eigentum zu verscherbeln. Die große Mehrzahl ihrer Abgeordneten ist gegen die Kriegseinsätze der Bundeswehr in aller Welt. Einzelne loben die NATO oder preisen gar die Bundeswehr „als Friedensarmee“, ohne daß sie dafür etwa von der Partei zurechtgewiesen werden.

„Die Linke“ in Ostdeutschland ist eine „Partei in der Partei“. Sie übt entscheidenden politischen, programmatischen und personellen Einfluß auf die gesamte Vereinigung aus. Auf dem Weg zu einer Art des kapitalistischen Betriebs, in dem unten gearbeitet und oben Geld verdient wird, hat sie bereits ein gutes Stück zurückgelegt. In ihr hat sich eine zum Teil gut bezahlte und vielfältig privilegierte Sozialschicht in der Größenordnung von etwa 2500 Abgeordneten, Fraktionsmitarbeitern, politischen Beamten und Partei- bzw. Stiftungsangestellten herausgebildet, die indirekt oder direkt von der Partei leben – aber nicht unbedingt für deren erklärte Ziele. Diese Sozialschicht, insbesondere ihre Führungsgruppe, entwickelt eigene Interessen und auch eigene politische und ideologische Strategien der „Besitzstandswahrung und -erweiterung“.

## Widerstand oder Anpassung

Das Selbstverständnis aller Vorstände der Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist das einer Regierungspartei im Wartestand. Das Bonmot von der neuen Gruppierung als „PDS (m. L.)“, also der alten PDS „mit Lafontaine“, hat hinsichtlich Ostdeutschland insofern einen gewissen Realitätsgehalt, als dort nicht wenige Mitglieder hoffen, mit Oskar Lafontaine könne die Partei zumindest das Markenzeichen einer konsequent antineoliberalen



Politik zurückgewinnen. Ob dies tatsächlich gelingt, bleibt vor allem angesichts der Interessenlage ihrer Funktionäre auf Landesebene und möglicher neuer Regierungsbeteiligungen sehr ungewiß.

In Westdeutschland ist „Die Linke“ dagegen unverkennbar in der Hauptsache systemkritische Oppositionspartei. Die begünstigenden Umstände für Anpassung sind wenig entwickelt. Die westdeutsche PDS stand in ihrer Mehrheit der Praxis der Regierungsbeteiligung im Osten kritisch gegenüber. Die WASG ist als erklärte Protestpartei gegen die neoliberale Politik der SPD-geführten Bundesregierung unter Gerhard Schröder entstanden. In dem Maße, wie ihre Mitglieder diese Grundeinstellung in den einzelnen Landesverbänden durchsetzen, ist auch das Wort vom Partieneubildungsprozeß berechtigt. Vor allem ist die Basis deutlich stärker eine selbstbewußte politische Kraft.

„Die Linke“ insgesamt resultiert ganz wesentlich aus einem spontanen Streben der arbeitenden Klasse nach politischer Eigenständigkeit gegenüber dem Kapital und dessen Parteien und insofern aus einer gewissen Linksentwicklung der Gesellschaft (aber keineswegs der Herrschaftsverhältnisse). Dieses Streben war und ist immer noch sehr bescheiden. Es findet seinen gemeinsamen Nenner in der Ablehnung der von den anderen Parteien betriebenen Politik des Sozialabbaus, der Privatisierung und der Stellenkürzungen. Da es in der Zuspitzung des Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit seine Ursache hat, wird es in der Tendenz zunehmen.

Programme linker Parteien wie auch die zur Gründung von „Die Linke“ verabschiedeten „Programmatischen Eckpunkte“ sollten in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden. Die Geschichte kennt nur wenige Beispiele, daß solche Zielbestimmungen tatsächlich eine „aufgepflanzte Fahne“ (Friedrich Engels) bzw. taugliche Handlungsorientierungen im Kampf gegen das Kapital und für eine sozialistische Gesellschaft waren. Auch konnten „gute“ Programme, wie das Erfurter SPD-Programm von 1891, keineswegs aus sich heraus gewährleisten, daß die betreffenden Parteien in politischen Entscheidungssituationen links handelten. Das hing jeweils

von der politischen Kraft und Konsequenz der sozialistischen Kräfte in den Organisationen ab. Dennoch hat eine Programmdebatte aus Sicht der marxistischen Linken in und außerhalb der Partei „Die Linke“ ihren Sinn. Es geht schließlich um Klarheit über den Zustand des gegenwärtigen Kapitalismus und hinsichtlich der vor allem daraus resultierenden Grundsätze, Aufgaben und Ziele des politischen Kampfes.

### Probleme der „Eckpunkte“

Die am 16. Juni dieses Jahres angenommenen „Eckpunkte“ liefern kein überzeugendes Programm sozialistischer Politik. Es ist ein Sowohl-als-auch, ein Gemisch von akzeptablen, gegensätzlichen bzw. nebulösen Wertungen und Grundsatzzpositionen. Es geht dabei nicht um Meinungsverschiedenheiten, die man ausdiskutieren könnte, sondern um zwei unterschiedliche Linien, die miteinander unvereinbar sind: eine traditionell sozialistische Linie und eine Linie des Lavierens und des Brückenschlags zu den Regierenden. Sozialistische Programme zielen auf progressive Veränderung und beginnen demzufolge mit einer Analyse des Zustandes des Kapitalismus und der Klassenmachtverhältnisse. Eine Hinwendung zu einem Wertekatalog als Ausgangspunkt markiert seit dem Godesberger Programm von 1959 die Abkehr vom wissenschaftlichen Sozialismus. Die „Eckpunkte“ machen beides: Ihre Kapitalismusanalyse ist in Teilen durchaus richtig, aber zugleich selektiv.

Im ersten Abschnitt „Gemeinsam für eine andere Politik“ ist vom Übergang des „sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zu einer marktradikalen, neoliberalen Politik“ und „vom entfesselten Kapitalismus“ die Rede. Im zweiten Abschnitt „Eine andere Welt ist nötig“ wird darauf hingewiesen, daß „alle Lebensbereiche der Kapitalverwertung und insbesondere der Steigerung der Aktienkurse“ unterworfen werden und wachsende Gewinne mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit und der Ausbreitung von Niedriglohnsektoren einhergehen. Einer „Weltgesellschaft der Freien und Gleichen“ stünden „die Herrschafts-

und Eigentumsstrukturen des modernen Kapitalismus entgegen“. Es fehlt allerdings eine Analyse des deutschen Kapitalismus ebenso wie eine Einschätzung des Klassenkräfteverhältnisses in der Bundesrepublik. Bereits im ersten Abschnitt erfolgt ein Bekenntnis zum Wertesozialismus im Sinne des Chemnitzer PDS-Parteiprogramms von 2003: Politisches Handeln leite sich aus „dem Zusammenhang von Ziel, Weg und Wertorientierungen“ ab.

Auf die wichtige Frage nach den grundlegenden Aufgaben, die sich die Partei stellt, gibt es eine Reihe von Antworten. Strategisches Ziel sei ein „politischer Richtungswechsel“, heißt es im ersten Abschnitt, und im vierten wird präzisiert: „Es ist die strategische Kernaufgabe der Linken, zur Veränderung der Kräfteverhältnisse als Voraussetzung für einen Richtungswechsel beizutragen.“ Es gehe um die „gemeinsamen Interessen abhängig Arbeitender“, um eine „politische Sammlungsbewegung“ für einen Richtungswechsel. Es gelte, Mehrheiten für die Durchsetzung „alternativer Reformprojekte“ zu gewinnen. So weit, so gut. Nur bleiben die „Eckpunkte“ dann sehr vage, wenn es um die Bedingungen, Möglichkeiten und Wege eines solchen Richtungswechsels geht.

Mit Marx' Verständnis des untrennbaren Zusammenhangs von Ökonomie und Politik und seinem Verständnis des Staates und der mit ihm verbundenen politischen Institutionen als Instrumente der Kapitalherrschaft haben die „Eckpunkte“ offensichtlich nichts am Hut. Man hat den Eindruck: Es werden Formulierungen gewählt, die auf den ersten Blick radikal kapitalismuskritisch und traditionell marxistisch erscheinen, aber eigentlich dazu in einem grundlegenden Widerspruch stehen. Es gehe, so heißt es im vierten Abschnitt, um „Machtbestrebungen der herrschenden Klasse“ und nicht etwa um die bestehende stabile Machtkonstellation zugunsten der ökonomisch und politisch herrschenden Klasse.

Angekündigt werden „Grundzüge einer umfassenden gesellschaftlichen Umgestaltung, um die Vorherrschaft der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft zu beenden“. Aber dies wird nicht unteretzt durch ein Programm zur Besei-

tigung der Vorherrschaft des kapitalistischen Eigentums, zumindest zur Vergesellschaftung der Banken und Großkonzerne.

### Analyse- und Erkenntnis-schranken

Die Weigerung, zur Kenntnis zu nehmen, daß das Kapital derzeit politisch fest im Sattel sitzt, ist der eine schwache Punkt des programmatischen Gründungsdokuments. Der andere ist, daß zwar – im Unterpunkt „Wirtschaft und Umwelt“ des dritten Abschnitts – richtig gesagt wird, daß die heutige Wirtschaftsordnung zu „Niedrigstlohnkonkurrenz, Armutsmigration, Umweltzerstörung“ usw. führt. Aber dieser Ansatz, die grundlegende Ursache der sozialen Verunsicherung und Polarisierung im Modus der Kapitalakkumulation zu sehen, erlangt keine konzeptionelle Bedeutung. Die hier sichtbar werdenden Analyse- und Erkenntnis-schranken sind offenbar nur die Konsequenz einer Haltung, die das kapitalistische Eigentum selbst nicht in Frage stellen will. Negiert man zudem den derzeitigen stabilen Zustand der Klassenverhältnisse, dann kann man auch ein „gestaltendes“ Politikverständnis entwickeln, das das Selbstverständnis der neuen Partei als konsequente Opposition gegen den Neoliberalismus relativiert.

Wenn man die „Veränderung der Kräfteverhältnisse“ für die Kernaufgabe der Linken hält, dann muß man diese Veränderung als Entwicklung von politisch-organisatorischer und geistig-kultureller Gegenmacht gegen das Kapital definieren. Das geschieht auch teilweise: so unter anderem hinsichtlich der Befürwortung eines breiten Bündnisses gegen den Neoliberalismus, einer strategischen Zusammenarbeit der politischen Linken mit den Gewerkschaften und den sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen.

Aber diese Orientierung hat eine fatale Bruchstelle: das Bekenntnis zur Regierungsbeteiligung als eine aktuelle Variante „politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung“. Die Erfahrungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zeigen, daß Regierungsbeteiligungen für die Lösung der Kernaufgabe

nicht nur nichts nützen, sondern das Gegenteil bewirken, indem sie das Kräfteverhältnis erheblich zuungunsten der abhängig Arbeitenden verschlechtert. An die Stelle eines breiten Bündnisses gegen den Neoliberalismus tritt mit dem Einzug in die Regierung die Teilhabe an der neoliberalen Politik und die Kontraststellung zu solchen Bündnissen. Angekündigte soziale Verbesserungen und Reformalternativen erweisen sich als leere Versprechungen oder zu vernachlässigende Detailkorrekturen. Die Partei, zunächst Teil einer antineoliberalen Sammlungsbewegung, geht aus Regierungskoalitionen nicht gestärkt hervor, sondern muß Federn lassen, wird von einer Vertrauenskrise gebeutelt oder ist, wie in Berlin, geradezu Bestandteil der etablierten Machtkonstellation zur Absicherung der neoliberalen Politik geworden. Dazu aber wird in den „Eckpunkten“ nichts gesagt. Statt dessen werden vielfältige „Maßstäbe für Regierungsbeteiligungen“ wie die „Durchsetzung alternativer Projekte und Reformvorhaben“ formuliert, die dem Normalbürger verständlich erscheinen, aber nur darüber hinwegtäuschen, daß es sich dabei derzeit um einen verhängnisvollen Irrweg linker Politik handelt. Wenn man diesen Weg einschlägt, sind die Interessen des Führungspersonals der Partei (oder eines ihrer Landesverbände) eng mit den Interessen der ökonomisch herrschenden Klasse verbunden.

Staatspolitik ist nun einmal weder eine autonome Sphäre gegenüber der kapitalistischen Basis noch eine Willensfrage prinzipienfester linker Regierungspolitiker, sondern eben das Resultat gegebener Kräfteverhältnisse, die man erst einmal ändern muß.

### Marxistisch orientierte Leitsätze

Die „Eckpunkte“, die in ihrem Selbstverständnis „kein geschlossenes Parteiprogramm der neuen Linken“ sein wollen, werden dies auch nach ihrer vorgesehenen Überarbeitung nicht werden. Die über bereits zehn Jahre anhaltende Programmdebatte in der PDS war niemals ein gleichberechtigter Dia-

log der verschiedenen Richtungen und schon gar keine Diskussion unter Marxisten. Nichts spricht dafür, daß das jetzt nach der Konstituierung der neuen Partei anders werden kann. Die Programmdebatte wurde stets von „Modernesozialisten“ und Regierunglinken dominiert, die auf Druck zwar, so zeigt es die Erfahrung, andere Positionen zulassen, aber immer darauf bedacht sind, ihre Grundlinie beizubehalten: Definition des Kapitalismus als kapitaldominierte Gesellschaft, Verständnis des Sozialismus als Wertesystem und Aufgabe in der bestehenden Gesellschaft, Ablehnung eines vom Klassenkampf ausgehenden Politikverständnisses, Beschreibung sozialistischer Politik als Transformationsstrategie auf dem Wege der Überwindung der Kapitaldominanz, Verurteilung des Realsozialismus als Stalinismus, Leugnung des Primats des außerparlamentarischen Kampfes, Relativierung des antineoliberalen Kampfes als Markenzeichen der Linken. Nachdenklich stimmt im übrigen, daß sich in der Partei offensichtlich ein Widerspruch zwischen den „Eckpunkten“ und den verabschiedeten bzw. noch zu verabschiedenden Gründungsdokumenten in den einzelnen Bundesländern auftut. Die Ausprägung dieses Widerspruchs ist in den einzelnen Ländern und in Ost und West sehr unterschiedlich und kann erst nach Abschluß der entsprechenden Landesparteitage im November dieses Jahres eingeschätzt werden. So gut wie keine Beachtung findet der Linkstrend der „Eckpunkte“ z. B. in der „Gründungserklärung der Partei Die Linke.Sachsen“ vom 15. Juli „Für ein Leben in Menschenwürde“.

Es wird wenig Sinn machen, wenn die marxistische Linke sich darauf beschränkt, die weitere Debatte um ein Programm kritisch zu begleiten und darum zu kämpfen, es mit einigen weiteren „linken Passagen“ oder Marx-Zitaten anzureichern. An der skizzierten Gesamtlinie wird nichts zu ändern sein. Dazu ist das Kräfteverhältnis in dieser Partei allzu eindeutig. In der Programmdiskussion geht es jedoch um zwei durchaus wichtige Aspekte: Es gibt innerhalb der neuen Partei eine ernsthafte Differenz darüber, ob der konsequente Kampf gegen den Neoliberalismus ihr politisches Markenzeichen wird

oder diese Position, wie offenbar die ostdeutschen Landesvorstände meinen, programmatisch abgeschwächt wird. Anliegen von Marxisten sollte es in diesem Zusammenhang auch sein, die verheerenden Illusionen im Zusammenhang mit der Frage von Regierungsbeteiligungen zu thematisieren. Es wäre zudem sinnvoll, wenn die marxistische Linke in und außerhalb der Partei sich mit eigenen programmatischen Leitsätzen zu Wort meldet. Adressat wären nicht nur die Genossen der Partei „Die Linke“, sondern die antikapitalistische Linke insgesamt und im weiteren Sinne die arbeitende Klasse der Bundesrepublik.

Es geht darum, im intermarxistischen Dialog eine Verständigung über Leitsätze einer tauglichen Handlungsorientierung im Kampf gegen die neoliberale Kapitaloffensive und für eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu erreichen. Dies schließt intensive Debatten über ein ganze Reihe programmatischer Fragen ein – wie hinsichtlich der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus und der bestehenden Klassenmachtverhältnisse als Ausgangspunkt sozialistischer Programmatik, eines an den Interessen der arbeitenden Klasse und dem Vorrang des außerparlamentarischen Kampfes orientierten Politikbegriffs, der Aufgaben bei der Verteidigung der Tagesinteressen der bloßen Eigentümer von Arbeitskraft, eines Übergangsprogramms zur Veränderung der Machtverhältnisse und eines Verständnisses von Sozialismus als demokratischer gemeinwirtschaftlicher Gesellschaftsordnung, die die Erfahrungen der Vergangenheit ebenso berücksichtigt wie die Anforderungen unserer Zeit.

*Ekkehard Lieberam*

*Eine erweiterte Fassung des Textes erscheint zusammen mit weiteren Beiträgen zu Programmfragen (von Erich Buchholz, Nele Hirsch, Anton Latzo, Sabine Lösung und Winfried Wolf) in der Oktober-Ausgabe des Bulletins „Geraer Sozialistischer Dialog“. Ekkehard Lieberam ist Vorsitzender des Marxistischen Forums Sachsen in und bei der Partei „Die Linke“.*

## Nachtrag:

1. hat der Parteitag ein bemerkenswertes Konzept der Vertretung

der Interessen der abhängig Beschäftigten entwickelt. Dieses Konzept, wenn es denn durchgehalten wird, ist geeignet für einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf. Bis auf einige Inkonsistenzen ist es auch ein taugliches Aktionsprogramm zur Mobilisierung der abhängig Beschäftigten gegen die neoliberale Kapitaloffensive.

2. In den beabsichtigten Mobilisierungskampagnen liegen Möglichkeiten für die marxistische Linke, aus der Defensive herauszukommen. Sie muss genau überlegen, welche eigenen Themen, Forderungen und Aktivitäten sie dabei einbringt. Die Partei-Linke schickt sich an den Fehler von Gera zu wiederholen und geht mit der Mitte (mit gelegentlichen Erweiterungsversuchen bescheidener Art) auf Kuschelkurs, anstatt durchgängig eigene Positionen zu entwickeln und damit den notwendigen Druck von links aufzubauen. Dies, so steht zu vermuten, wird sich rächen.

3. Wesentliche Ursache für die reale Möglichkeit, die politische Klassenbildung voranzubringen, ist die offensichtlich anhaltende Verschärfung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit in Gestalt einer zunehmenden Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der abhängig Arbeitenden.

4. Beachtung verdient ebenfalls die Entwicklung in der Linksjugend und vor allem auch des Studierendenverbandes Die Linke.SDS. Es entstehen neue Chancen für eine Renaissance des Marxismus, für die Entwicklung marxistisch gebildeter junger Menschen.

5. Wir müssen damit rechnen, dass die PDL weiter im Aufwind bleibt und in einem beträchtlichen Umfang die politischen Auseinandersetzungen beeinflusst oder bestimmt. Das Verhältnis von SPD zur Linkspartei hat sich bereits von 2005 zu 2008 (bei Wahlen und Meinungsumfragen) von 4 zu 1 auf 2 zu 1 verändert und kann sich weiter zu Gunsten der PDL verschieben.

6. Der verabschiedete Leittrag und das damit geschärfte linke Profil der PDL basiert auf einer Allianz der PDL-Linken mit moderaten Linken bis in die Mitte der Partei. Der neoliberale Flügel, der die PDS fast völlig im Griff hatte, ist in die Defensive geraten. Er bereitet sich

offensichtlich auf „bessere Zeiten vor“. Auf dem Parteitag hat er nur punktuell eingegriffen. Er war es augenscheinlich auch, der in einem kalkulierten Umfang die Stimmenverluste für Lafontaine organisiert hat. Der Konsens (Mitte-Rechts in PDL) der Realpolitik (Und Parlamentsfixierung) ist nicht gebrochen – sondern durch Lafontaine mit Argument – und Wortgewalt nur nach links verschoben worden. Auseinandersetzungen wurden auf dem Parteitag kaum geführt – sie



kamen lediglich in Nebensätzen, Seitenhieben etc. vor. Die entscheidenden Auseinandersetzungen stehen noch aus. So wird Berlin für Prinzipientreue in der EU-Frage gelobt – die miese Rolle bei den Streiks von verdi (BVG) und öffentlicher Dienst mit keinem Wort erwähnt.

7. Auch nach dem Parteitag ist vor der Illusion zu warnen, dass diese Partei auf dem Wege zu einer Partei ist, wie sie die abhängig Arbeitenden in diesem Lande im Kampf brauchen. Mit was wir rechnen müssen, ist ein schwankender Charakter, ein Hin und Her in der Politik der PDL über längere Zeit zwischen Anpassung und Widerstand. Das Übergewicht der einen oder anderen Tendenz hängt von Unwägbarkeiten ab, auch von einer konsequenteren Einflussnahme der wenigen marxistischen Kräfte in dieser Partei.

8. Ein Blick auf die Liste der Delegierten zeigt, dass die „Reformlinken“ (zumeist auch Mitglieder des Forums Demokratischer Sozialismus) etwa ein Viertel der Vorstandsmitglieder stellen. Etwa sieben Mitglieder sind – weniger oder mehr – Marxisten.

# Rezeption

## Die Kunst der Revolution

Endlich liegt ein weiterer Text August Thalheimers in Broschürenform (80 Seiten) vor. Es war Thalheimers letztes erhaltenes Werk und behandelte zunächst eine ästhetische Fragestellung. Es handelt sich um den erstmals vollständig publizierten Text, nach einer auszugsweisen Veröffentlichung im Jahr 1971. Theodor Bergmann, der bereits 2004 die Biographie der Familie Thalheimer herausgegeben hat (Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten. Hamburg 2004) stellte das maschinenschriftliche Manuskript zur Verfügung und schrieb editorische Vorbemerkungen und eine Einführung.

### Essay über Kunst und Revolution

August und Cläre Thalheimer lebten im Exil in Kuba und konnte nur brieflichen Kontakt zum Sohn Roy-Ruben in Australien und der Tochter Sita in den USA halten. Sita war Künstlerin, und der vorliegende Essay war in erster Linie für sie geschrieben, zur Reflexion über ihre Arbeit und ihres Berufes. August Thalheimer nutzte aber auch die Gelegenheit grundsätzliche Positionen zur gesellschaftlichen Rolle der Kunst und ihrem Verhältnis zur sozi-

alistischen Umgestaltung darzulegen. Bergmann: „Der Essay lässt deutlich Thalheimers Geschichtsverständnis erkennen. Er sieht Geschichte nicht deterministisch, sondern offen: Immer gibt es Alternativen. Menschen machen die Geschichte (unter den vorgefundenen Bedingungen), wenn sie sich als Klasse organisieren.“ Insbesondere behandelt der Essay einen wichtigen Aspekt der Einschätzung der widersprüchlichen Entwicklung des „ersten sozialistischen Großversuchs“ durch Thalheimer.

Zunächst behandelt Thalheimer den Begriff der Abbildung, der für Kunst und Wissenschaft gemeinsame und unterschiedliche Merkmale hat. Dann geht er auf die gesellschaftliche Funktion der Kunst in ihren zahlreichen Formen in der Urgesellschaft ein. Hier erklärt er anschaulich das Entstehen von religiösen Ausdrucksformen. Die primitiven Gesellschaften waren „in höchstem Grade abhängig von der Natur. Sie verstehen noch nicht, sie methodisch zu beherrschen. Daraus entspringt das religiöse und mythologische, d. h. irrationale und phantastische Verhältnis zur Natur, das sich naturgemäß so in ihrer Kunst widerspiegelt“.

Der Essay stellt die Frage nach einer revolutionären Kunst und behandelt die Rolle der Kunst in der Vorbereitung der bürgerlichen und sozialistischen Revolution. Die

Rolle der Kunst nach dem Sieg des Sozialismus kann nur hypothetisch behandelt werden. Er beschreibt die Grundmerkmale dieser Zukunftsgesellschaft und lässt klar erkennen, dass diese Gesellschaft noch nicht existiert, auch nicht in der damaligen Sowjetunion.

### Der russische Sonderfall

Im Abschnitt „Der russische Sonderfall“ skizziert Thalheimer eine materialistische Gesellschaftsanalyse der Sowjetgesellschaft, erklärt deren Mängel und begründet seine grundsätzliche Kritik an der stalinistisch deformierten Gesellschaft. Er zeigt klar die besonderen Schwierigkeiten der russischen Arbeiterklasse auf, einer „besonderen, gewaltigen Aufgabe, der ursprünglichen Akkumulation in einem Entwicklungsland (der nachholenden Entwicklung) bei gleichzeitiger weltpolitischer Isolation und ökonomisch-technologischem Boykott fast der gesamten kapitalistischen Welt. Daher bleibt der Lebensstandard auf lange Zeit niedrig. Dazu kommt dann der Abbau der anfänglichen proletarischen Demokratie, der Räte, der Autonomie der Gewerkschaften und der innerparteilichen Demokratie. Daher kann die quantitativ wachsende Arbeiterklasse nicht zu einer Klasse für sich werden. An die Stelle der proletarischen Demokratie tritt »die zentralistische, staatliche Zwangsgewalt in immer steigendem Ausmaß. Nur die immer mehr steigende und alle Ansätze der

Anzeige

## SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!

Anti-Repressionsarbeit kostet auch Geld. Die **ROTE HILFE** leistet im Rahmen ihrer Möglichkeiten finanzielle Hilfe für diejenigen, die wegen ihrer politischen Tätigkeit von staatlicher Repression betroffen sind. Die Mittel dafür bringen wir aus unseren Mitgliedsbeiträgen und Spenden auf. Unsere finanzielle Hilfe kann nur dementsprechend hoch sein.

**Werdet Mitglied in der ROTEN HILFE e.V.!**  
Spendet für die Anti-Repressionsarbeit!

**ROTE HILFE e.V.**  
Bundesgeschäftsstelle  
Postfach 3255, 37022 Göttingen  
Tel.: 0551 - 770 80 08  
(Di. & Do. 15<sup>00</sup> - 20<sup>00</sup> Uhr)  
Fax: 0551 - 770 80 09

bundesvorstand@rote-hilfe.de  
www.rote-hilfe.de



Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.  
Kontonummer: 19 11 00 - 462  
BLZ: 440 100 46  
Postbank Dortmund

Die Rote Hilfe. Die parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation.

**WERDET MITGLIED IN DER ROTEN HILFE**

demokratischen Selbsttätigkeit der Werktätigen verschlingende Zwangsgewalt konnte der Aufgabe der ursprünglichen Akkumulation und der Selbstverwaltung unter den in Russland gegebenen Bedingungen gerecht werden.“

Thalheimer analysierte die „neue, streng hierarchisch gegliederte führende Oberschicht“, ohne den Begriff „neue Klasse“ zu verwenden. Zu dieser Schicht gehörten führende Elemente der KP, die mit der bürgerlichen Intelligenz, der Bourgeoisie und der ehemaligen zaristischen Bürokratie verschmolzen waren. „Das Ergebnis ist der universale Polizei- und Beamtenstaat, in dem die Regierungsmaschine alle selbständigen Regungen der Gesellschaft ersetzt, in dem alle Organisationen von oben und außen gelenkt sind.“ Die proletarischen Massenorganisationen in der Sowjetunion waren „keine demokratischen Organisationen mehr. Und schließlich ist aus der Kommunistischen Partei selbst jede Spur innerer Demokratie verschwunden. Alle ihre [der Arbeiterklasse] Organisationen: Sowjets, Gewerkschaften, Genossenschaften, Partei sind ihr entfremdet, sind aus Mitteln ihrer Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit zu Mitteln der Fremdbestimmung und der befohlenen, erzwungenen Tätigkeit von oben und außen geworden.“

Die neue bürokratische Schicht sieht Thalheimer als Hindernis für die Selbstbestimmung der Werktätigen. Der Widerspruch zwischen Bürokratie und Werktätigen könne nur gelöst werden, „wenn die atomisierten Arbeiter ein selbstbestimmendes und kollektiv handelndes Ganzes werden im Widerstand und Kampf gegen die allmächtige Staatsmaschinerie. Nur

dieser Kampf kann die politischen Vorbedingungen schaffen für die klassenlose sozialistische Gesellschaft!“

Grundsätzliche Kritik übte er an der stalinschen Kulturpolitik deren „sozialistischen Realismus“, die Teile der Kunst nicht nur verbot, sondern auch vorschrieb, was Kunst und Literatur aussagen dürfen und sollen. Kunst dürfe nun nicht mehr Kritikwürdiges kritisieren, sondern solle sich fügen, diese rechtfertigen und möglichst fördern. „Unter solchen Bedingungen verliert die Kunst eine ihrer wichtigen, gesellschaftlichen Funktionen, sie muss verkrüppeln“. Der sozialistische Realismus tendiere dahin, „sich selbst aufzuheben ..., wird zur Schematik und Schönfärberei“.

### Vergeblicher Warner

So geht dieser Essay weit über die Erörterung der Probleme der Kunst hinaus. Die damalige Sowjetgesellschaft wird prinzipiell aus marxistischer Sicht einer Kritik unterworfen. Thalheimer grenzt sich ab von kritikloser Euphorie, ebenso wie von totaler Verdammung. Er erkennt die weltgeschichtliche Bedeutung „des ers-

ten Großversuches, die Grenzen des Kapitalismus zu überschreiten“. Er anerkennt deren positive Leistungen und kritisiert die Erscheinungen des Niedergangs der Stalin-Ara, warnt vor der existentiellen Bedrohung des Großversuches, wenn eine Korrektur ausbleiben sollte. Er sollte Recht behalten. Sein Essay ist aber auch ein Zeugnis dafür, dass es Alternativen gab und dass die stalinistische Degeneration nicht unvermeidlich und ohne Alternativen war.

Heiner Jestrabek

August Thalheimer: *Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst. Ein Versuch. Erstveröffentlichung des vollständigen Manuskripts mit einer Einführung von Theodor Bergmann. München-Heidenheim 2008. Bestellmöglichkeit über die Redaktionsadresse.*

Anzeige



BRD  
DRITTE WELT  
69  
Völkermord  
Türkei, Deutschland und die Armenier  
Reinhard Pohl:  
Völkermord  
Türkei, Deutschland und die Armenier  
2008, 48 Seiten, 2 Euro  
www.brd-dritte-welt.de  
Magazin Verlag  
Schneffelstr. 6, 24118 Kiel  
Fax: 0431 / 570 98 82

## Völkermord an den Armeniern

Geschildert wird der Völkermord selbst, insbesondere aber die deutsche Verantwortung. Außerdem geht es um die Leugnung, vor allem durch türkische Stellen. Die Thesen der Leugner werden Punkt für Punkt beleuchtet.  
Eine umfangreiche Literaturübersicht hilft denen, die sich über den Völkermord ausführlicher informieren wollen.

## August Thalheimer Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre, DIN-A5  
80 Seiten, 6,-  
Herausgegeben von  
Heiner Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen

und einer Einführung von Theodor Bergmann.

### Bestellungen an:

Deutscher Freidenker-Verband Ostwürttemberg e.V., Hellensteinstr. 3, 89518 Heidenheim  
**oder**  
T. Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg

# Rezension

## Krieg und Gesellschaftssystem

von Lion Wagner

Das Buch „Krieg und Gesellschaftssystem – Studien zur bewaffneten politischen Gewalt und zur politischen Nichtgewalt“ erschien im Jahre 1998. Das Buch ist die Antwort auf die ganze Fülle an Schriften zur Kriegs-Friedensproblematik, die mit nicht wissenschaftlich belegbaren Aussagen hantieren. Schon im Vorwort wird diesen Schriften der Kampf angesagt. Und dieses Versprechen löst das Buch auch auf seinen 467 Seiten ein.

Das gebundene Buch bietet des Weiteren auch verschiedene Präzisierungen der marxistischen Auffassung in dieser Frage. Somit wird dieses Buch zu einer wichtigen Lektüre für alle diejenigen, die die Gründe für Kriege erkennen wollen, die die Frage ob ein Krieg gerecht oder ungerecht ist, beantworten wollen.

Nach dem Vorwort gibt der Autor Empfehlungen für das Studium seines Buches. Darin verdeutlicht er nicht nur seine Bereitschaft an einer kritischen Betrachtung, sondern sein Interesse an einer kritischen Auseinandersetzung.

Im Wissen, dass zur Klärung der Krieg-Friedens-Frage eine gewisse Vorbildung nötig ist, versucht der Autor diese Vorbildung in den ersten Kapiteln darzustellen und die LeserInnen in entsprechenden Grundlagen zu schulen. Da dies dem Genossen Lion Wagner auch gelingt, ist es möglich dieses Buch auch ohne große Vorbildung nicht nur zu lesen, sondern eben auch zu studieren und schließlich zu verstehen. In Zeiten großer Unklarheiten in der Bewegung ist dies ein Trumpf.

Es fällt auch positiv auf, dass der Autor nicht vorgibt, alle Fragen im Buch erschöpfend zu beantworten. Vielmehr schreibt er ganz offen, dass die Behauptung XY in dem Buch nicht erschöpfend beantwortet werden kann. Auch beschreibt Lion Wagner, in welchen Fragen er selbst noch Erkenntnismängel hat.

Der Autor beginnt mit den politisch-ökonomischen Grundlagen. Beispielsweise werden hier Begriffe

wie Ware, Gebrauchswert, usw. erklärt, das Wertgesetz wird erläutert, es wird erklärt was eine Lohn-Preis-Spirale ist, wie Wert entsteht, was Kapital, Ausbeutung, Kapitalismus, Imperialismus, Neokolonialismus ist. Des Weiteren wird gezeigt, was gesellschaftlicher Fortschritt bedeutet, denn dies ist später wichtig, um Kriege in gerechte bzw. ungerechte zu unterscheiden. Auch Punkte wie der Zerfall der Sklavenhaltergesellschaft, des Feudalismus werden behandelt.

Nach diesen Ausführungen werden die politisch-ideologischen Grundlagen gelegt. In diesem Kapitel werden Punkte wie bürgerliche Ideologie, Klassen und soziale Schichten behandelt. Fragen wie ob das Berufsmanagement eine neue herrschende Klasse ist, werden beantwortet. Was ist Politik, was sind die Merkmale eines Staates, was ist eine ökonomische Gesellschaftsformation, was das Wesen des Menschen, worin besteht die Wechselbeziehung zwischen Verhältnissen und Verhalten, was ist politische Gewalt usw. werden ebenso behandelt.

Wenn die LeserInnen sich entsprechend geschult haben landen sie auf S. 196 und im Teil B.

In diesem werden verschiedene Theorien, mit denen wir immer wieder konfrontiert werden, wissenschaftlich auseinander genommen. So z.B. die verschiedenen biologischen Erklärungen über die angeblichen Gründe von Kriegen. Zur Veranschaulichung werden immer wieder Regelschemata dargestellt.

Das Buch nimmt anschaulich Thesen wie die des Aggressionstribs, der unvermeidbar zum Krieg führen soll, auseinander. Ich habe noch kein Buch studiert, in dem so anschaulich solche Thesen widerlegt wurden. Der wissenschaftliche Charakter des Buches zeigt sich schon an den Argumentationswegen. Auch die unwissenschaftlichen Thesen werden zunächst dargestellt, ohne sie zu bewerten. Dann werden deren unhaltbare Aussagen widerlegt

und erst dann wird ein Schluss gezogen und die These verworfen.

Nach den biologischen Thesen werden dann die psychologischen Thesen betrachtet. So z.B. die psychologische Todestriebthese. Oder auch die Frustrations-Aggressions-Hypothese.

Mittels des historischen Materialismus wird erläutert, wie Kriege entstanden. Verschiedene Kriegstypen werden dargestellt. Und so kommt Genosse Wagner dann zur Kriegsursache in den vorkapitalistischen Klassengesellschaften. Auch die Kriegsursache in der imperialistischen Epoche wird schließlich definiert. Hierzu werden präzise Definitionen angeboten.

Die Kriegsursachen werden sowohl im politisch-ökonomischen, im psychologischen sowie im politökonomisch-ideologischen Bereich definiert.

Das Buch behandelt aber den bisherigen marxistischen Standpunkt durchaus mit der notwendigen kritischen Haltung. Die Übernahme der Kriegsdefinition nach Clausewitz wird zu Recht kritisiert und durch eigene Präzisierungen auf einen höheren Stand gehoben.

Im Punkt 10 geht es dann um gerechte und ungerechte Kriege. Diese werden nicht nur definiert, es wird auch argumentiert, warum überhaupt eine Unterscheidung notwendig ist. Allgemeine Bewertungsgrundsätze werden angeführt, ebenso wie das objektive Bewertungskriterium und das subjektive Werturteil.

Der 11. Punkt ist die Einteilung der Kriege in der imperialistischen Epoche, ihr politisches Wesen und moralischer Charakter.

Sehr anschaulich werden dann die Kriegsbeispiele in Punkt 12, in denen dann das vorherige Wissen angewandt wird und man somit auch selbst überprüfen kann, ob man zum gleichen Urteil gekommen wäre. Beispiele sind u.a. der deutsch-französische Krieg 1870/71, Bosnien-Herzegowina-Krieg, 1. Weltkrieg, 2. Weltkrieg und der 2. Golfkrieg. →



# Rezeption

## Das letzte Gefecht



Rossana Rossandas Buch „Die Tochter des 20. Jahrhunderts“ erzählt von den erwartungs- und hoffnungsvollen Nachkriegsjahren nach 1945. Gleichzeitig ist es die Geschichte aus ihrer Sicht „der größten, bestorganisierten und Intelligentesten Kommunistischen Partei Europas“.

Rossana Rossanda (geb. 1924) schließt sich als Studentin der Kunstgeschichte 1943 der Resistenza, dem linken Widerstand in Norditalien, an. Jetzt schmuggelt sie als Partisanin Nachrichten, Waffen, Medikamente von Mailand nach Como. Nach der Befreiung tritt sie in die Kommunistische Partei Italien (KPI) ein und wird zur wichtigen Funktionärin in der Region Mailand, fährt mit dem Velo von einer Fabrik zur nächsten, hält Reden vor den Arbeitern, verteilt Flugblätter. Später gründet und leitet sie die Casa della Cultura, in der Jahrzehnte lang europäische Geistesgrößen verkehren. Dieses Institut, obwohl der Partei angegliedert, lässt ihr Spielraum zwischen

Es werden aus der Analyse heraus auch Voraussagen über die künftige Kriegsgefahr gemacht.

Im Teil C wird dann eine Kritik am Pazifismus herausgearbeitet. Der Pazifismus ist in der linken Bewegung in Deutschland sehr stark verankert. Somit ist eine Kritik am Pazifismus gerade auch hier sehr wichtig. In der Kritik wird angeführt, welche Stellung man zum gesellschaftlichen Fortschritt (ob man will oder nicht) einnimmt, wenn man den Weg des Pazifismus geht.

Das Buch enthält noch verschiedene Dokumente sowie ein Sachwortverzeichnis, mittels derer man das Buch auch als Nachschlagewerk nutzen kann. Ebenfalls sehr positiv aufgefallen ist das sehr ausführliche Inhaltsverzeichnis. Dieses macht es einem auch bei einem späteren Nachschlagen leicht möglich die gesuchten Punkte im Buch wiederzufinden.

Mark Staskiewicz, Berlin

Das Buch kostet 10 Euro + 6,90 (Paketgewicht) und kann auf dem Postweg bestellt werden: GWS, Postfach 652141, 13316 Berlin ISBN 3-00-001870-0

der offiziellen Parteilinie und ihren eigenen politischen Vorstellungen.

### Als die Hoffnung zerbrach

Vor den Lesern rollen nun die unmittelbare Nachkriegszeit und vor allem die fünfziger und sechziger Jahre ab. „Das infernalische Jahr 56“ (Jean Villain), das die PdA in der Deutschschweiz in den Grundfesten erschütterte, vermochte die KPI nur zu streifen. Noch anderthalb Jahre nach der sogenannten Geheimrede Chruschtschows über die Verbrechen Stalins sah man im Lichtschacht der großen KPI-Zentrale in Mailand das übergroße Porträt von Stalin, dem Vater aller, Völker: Entstalinisierung auf italienisch.

Die Partei rettete zwar ihren Apparat, konnte aber nicht verhindern, dass sich unter ihren Mitgliedern Zweifel breit machten. Rossanda: „In jenen Monaten zerbrach die Vorstellung, die kommunistischen Parteien und die Sowjetunion bildeten eine kompakte Einheit. Die Zeit der Unschuld war vorbei.“ Und weiter: „Damals bekam ich über Nacht graue Haare, es ist wirklich wahr, das passierte, ich war 32 Jahre alt.“

Rossanda, inzwischen Mitglied der Zentralkomitees, versucht die Partei stärker nach links zu rücken, weg vom Ruf „die besten Sozialdemokraten aller Zeiten“ zu sein. Andererseits wollte sie eine stärkere Distanzierung zur Politik der KPdSU. Ihr wütender Protest (rückblickend richtig) gegen den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei und ihre Begeisterung für die Proteste der aufmüpfigen Jugendlichen um 1968 (rückblickend überschätzt) bringen das Fass zum Überlaufen. 1969 wird Rossanda aus der Partei ausgeschlossen.

Ich erinnere mich an den V. Parteitag der PdAS in Genf an Pfingsten 1952, an dem Léon Nicole, der Genfer Volkstribun, aus der Partei hätte ausgeschlossen werden sollen. Auf den dringenden Rat der italienischen Delegation, welche die Einheit der fortschrittlichen Kräfte beschwor, verzichtete die PdA auf den Ausschluss. Den gleichen Ratschlag hätte man gerne der großen KPI 1969 beim Aus-

schluss von Rossanda gegeben. Die ungleich stärkere Partei hätte auch eine Querdenkerin ertragen. (Nicole allerdings wurde im Dezember 1952 gleichwohl ausgeschlossen.) Die PdA hat nicht nur in diesem Fall wenigstens kurzfristig dem Wunsch der KPI entsprochen, sie hat sich allgemein an deren Politik orientiert. Die Leiter dieser Partei waren immer Intellektuelle. Das reicht von ihrem Gründer Gramsci über Togliatti und Berlinguer bis zu den Nachfolgern. Im Gegensatz dazu mussten die Generalsekretäre in anderen Ländern, zum Beispiel in Frankreich, der zweiten großen Kommunistischen Partei, immer Proletarier sein.

### „Il manifesto“

Der Hinauswurf schmerzt Rossanda, auch wenn sie schreibt: „Um Kommunist zu sein, braucht es keinen Ausweis.“ aber gleichzeitig weiß „Um ein Land zu bewegen, braucht man eine große Partei.“ Diesen Widerspruch kann auch die blitzgescheite Denkerin nicht aufheben. Ihr eigenwilliger Schreibstil, besonders die eingestreuten allgemeinen und philosophischen Betrachtungen, haben literarische Qualität. Die unzähligen Namen, die sie nennt, die, wenn überhaupt, bestenfalls einem Sektionsfunktionär bekannt sind, habe ich als Hommage an die üblicherweise Namenlosen gelesen.

1968, kurz vor ihrem Ausschluss, gründet Rossanda mit Gleichgesinnten die Zeitschrift „Il Manifesto“. Der Titel will auf die Nähe zum Kommunistischen Manifest von Marx hinweisen. Die Zeitschrift wird später zur angesehenen Zeitung mit dem Untertitel „Kommunistische Tageszeitung“ und erscheint bis heute.

Bruno Margadant

Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 475 Seiten, Gebunden, 26,80 Euro ISBN 978-3-518-41936-6

Nachdruck aus:  
Verlagsgenossenschaft Vorwärts

**vorwärts**  
die fortschrittliche Zeitung

Postfach 2469, 8026 Zürich  
administration@vorwaerts.ch  
www.vorwaerts.ch

# Recht für „Kriegsverräter“

„Was bitte ist verwerflich am Verrat des deutschen Vernichtungskrieges?“ – DIE LINKE kämpft für Rehabilitierung der NS-Opfer

Erst im Jahre 2002 wurden die Urteile der NS-Justiz gegen sogenannte Deserteure aufgehoben, und die noch Überlebenden wurden endlich vom skandalösen Makel der Vorbestraftheit befreit. Mit den Aufhebungsgesetzen von 1998 und 2002 erfuhren Deserteure, Widerstandskämpfer und Zwangsarbeiter endlich unverrückbare Rechtspositionen, die ihnen über Jahrzehnte in der Bundesrepublik verwehrt worden waren. So weit, so gut. Allerdings berücksichtigten diese Gesetze nicht die sogenannten Kriegsverräter, die zu tausenden der blutigen NS-Militärjustiz zum Opfer gefallen sind.

In enger Absprache mit der „Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz e.V.“ und dessen Vorsitzenden Ludwig Baumann hat DIE LINKE im Bundestag jetzt einen Gesetzesentwurf eingebracht, der dieses letzte Tabu endlich aufheben soll. Mit der kürzlich erschienen Studie des Militärgeschichtlers Wolfram Wette gibt es außerdem nun ein wissenschaftliches Standardwerk, das akribisch untersucht, warum viele einfache Soldaten wegen widerständigen Verhaltens von den Wehrmachtsgewaltigen zum Tode verurteilt worden sind. Für die Debatte ist zu beachten, dass es sich um den Kriegsverratsparagrafen in der Fassung von 1934, um klares NS-Terror-Recht, treffender um „gesetzliches Unrecht“ (Radbruch) handelt. Wolfram Wette arbeitete dies in der Frankfurter Rundschau vom 16. Juni 2007 heraus: „Für Kriegsverrat führte die nationalsozialistische Reichsregierung generell die Todesstrafe ein. Wir haben es bei den ab 1934 gültigen Kriegsverrats-Bestimmungen also mit radikalisiertem NS-Recht zu tun, und nicht mit in gleicher Weise schon früher gültigem Kriegsrecht.“ Somit wurden Soldaten verurteilt und hingerichtet, wenn sie sich um sowjetische Kriegsgefangene kümmerten, Juden bei der Flucht halfen, zu den Partisanen überlieferten oder wenn sie sich dem sinnlosen Vernichtungskrieg verweigerten.

Bis heute lehnt die Mehrheit des Bundestages die Rehabilitierung eben dieser NS-Opfer ab. Mit der hanebüchernen Begründung, dass der „Kriegsverräter“ in einigen Fällen wirklich Unrecht begangen

hätte, da er durch den „Verrat“ die eigenen Soldaten gefährdet haben könnte. In der ersten Lesung des Gesetzes verstieg sich der CSU-Abgeordnete Norbert Geis zu der Bemerkung: „Wer Kriegsverrat beging, hat oft in einer verbrecherischen Weise den eigenen Kameraden geschadet, ja sie oft in Lebensgefahr gebracht, in der sie dann auch umgekommen sind, dies zum Beispiel dann, wenn der Verräter zu den feindlichen Linien überwechselte und, um sich dort lieb Kind zu machen (...)“ Allein die Formulierung „lieb Kind zu machen“ sagt alles über die geistige Verfasstheit der rechts-konservativen Kreise aus, die offensichtlich die Mehrheitsmeinung der Unionsfraktionen nach wie vor in diesen Fragen bestimmen. Die – ebenso deutliche – Gegenposition formulierte der ehemalige Deserteur Ludwig Baumann in einem Brief an Bundesjustizministerin Brigitte Zypries: „Dabei lässt sich nicht ernsthaft bestreiten, dass Millionen Zivilisten, KZ-Insassen und Soldaten nicht hätten sterben brauchen, wenn mehr Kriegsverrat begangen worden wäre.“ Wie wahr.

Zur ersten Lesung des Rehabilitierungsantrages signalisierten allein DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen Zustimmung. CDU und FDP ergingen sich in apologetischen Reden, die SPD lamentierte und signalisierte schlussendlich aber ebenfalls Ablehnung.

Mit der abschließenden Lesung, die am geschichtsträchtigen 9. November stattfinden sollte, kam aber Bewegung in die Diskussion. Bereits im Sommer hatte der 31. Evangelische Kirchentag einstimmig die Abgeordneten aufgefordert, Kriegsverräter endlich zu rehabilitieren und dem Antrag der LINKEN zuzustimmen. Ebenfalls erschien die in der Presse hoch gelobte Studie „Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und Kriegsverrat“ der Wissenschaftler Wette und Vogel, und die Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz machte öffentlich großen Druck.

Aufgrund dieses Drucks deutete Justizministerin Zypries bei der Ausstellungseröffnung „Was damals Recht war... – Soldaten und Zivilisten vor den Gerichten der Wehrmacht“ am 21. Juni 2007 an, dass eine pauschale Rehabilitierung der „Kriegsverräter“ vielleicht doch in Betracht zu ziehen sei. Danach geschah erstmal nichts. Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion bestätigte Zypries ihre Einschätzung und teilte gleichzeitig mit, dass

sie keine „Eilbedürftigkeit“ sehen würde. 62 Jahre nach Ende des NS-Faschismus!

Die abschließende Beratung des Antrages fand dennoch nicht statt. Ob das Datum zu heikel erschien oder ob tatsächlich auf Seiten der SPD eine Zustimmung erwogen wird, ist nicht zu überprüfen. Fest steht, dass am Mittwoch vor der Schlussabstimmung im Plenum der federführende Rechtsausschuss eine Anhörung zum Thema beschlossen hat. Folge: Die Abstimmung am 9. November musste verschoben werden. Gleichzeitig entsteht so die Chance, eine breitere Öffentlichkeit für das Thema zu gewinnen.

Die Debatte um die Rehabilitierung der Kriegsverräter zeigt deutlich, in welchen Bahnen sich auch heute die Vergangenheitspolitik abspielt: Noch immer gibt es den offensichtlichen Wunsch, die Wehrmacht vom NS-Regime abzutrennen und den Eindruck zu erwecken, die NS-Militärjustiz habe selbst nach heutigen Maßstäben rechtmäßig gehandelt. Erinnerung sei an die Rede des Ministerpräsidenten Oettinger, der meinte, den NS-Marine-Richter Filbinger vom Täter zum Opfer umdeuten zu können. Der Politikwissenschaftler Joachim Perels machte mit Blick auf die Debatten über die NS-Militärjustiz und dessen heutige Beurteilung klar, wie diese zu bewerten ist: „Gefordert ist die straf- und völkerrechtlich begründete Distanz zu dem in Normen und Befehlen gekleideten Weisungssystem der Wehrmacht, das weitgehend einer maßnahmenstaatlichen Logik der Vernichtung der Rechtspositionen von Kriegsgegnern und Zivilisten unterlag und daher als Bezugsgrundlage für die Beurteilung von Tötungsaktionen ausscheiden musste.“

Es gilt, diese Erkenntnis jeden Tag aufs Neue zu verteidigen und einer reaktionären Vergangenheitspolitik Aufklärung entgegenzusetzen.

Jan Korte

Nachdruck aus: Disput

Redaktion Disput

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Telefon: (030) 24 009 510

Telefax: (030) 24 009 399

disbut@die-linke.de

Der Disput ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE und wird vom Parteivorstand herausgegeben. Er erscheint in der Regel jeden dritten Freitag im Monat.

Jan Korte ist Mitglied des Parteivorstandes und Bundestagsabgeordneter.  
jan.korte@die-linke.de

## Literaturliste

- K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition** eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag 1983, 234 Seiten , 14,00 €
- Die Bremer Linksradikalen** 66 Seiten, 2,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Fluchtpunkte**, Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung 316 Seiten, 20
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- August Thalheimer and German Communism** – Revolutionary History 320 Seiten, 15
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

**Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg**



**240 Seiten, Paperback,**  
**12,-**  
 ISBN 3-00-010296-5  
 Herausgegeben  
 von der Gruppe Arbeiterstimme

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

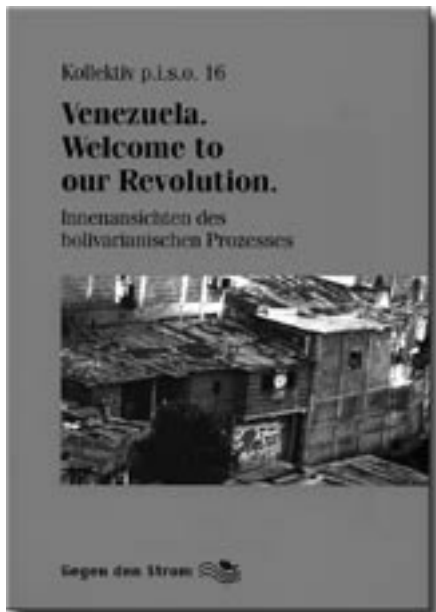
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



**510 Seiten, Paperback,**  
**20,-**  
 ISBN 3-87975-767-4

## Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des  
 bolivarianischen Prozesses



**168 Seiten, Paperback,**  
**10,-**  
 ISBN 3-9809970-1-4  
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

**Bestelladresse:**  
**Gegen den Strom**  
**Schwanthalerstraße 139**  
**80339 München**  
**gds-verlag@gmx.de**

oder:  
**T. Gradi**  
**Postfach 910307**  
**90261 Nürnberg**



**624 Seiten, Paperback,**  
**20,-**  
 ISBN 3-87975-836-0

**Bestelladresse:**  
**T. Gradi**  
**Postfach 910307**  
**90261 Nürnberg**